Nr. 50. 31. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 20. Februar 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Die Nachwahl in Köln-Land.

Aus Köln wird uns geschrieben:

An dem „Siege" des Zentrums im Wahlkreise Köln-Land, den es seit dem Jahre 1871 inne hat, war diesmal nicht zu zweifeln. Allerdings konnte mit einer Stichwahl gerechnet werden. Wenn es dazu nicht gekommen ist, so liegt die Hauptschuld an den Liberalen, deren Presse sich auf einige Versammlungsberichte beschränkte und nicht einmal einen redaktionellen Aufruf zur Wahl ihres Kandidaten brachte. Der Erfolg war, daß eine Menge Auchliberaler schon im ersten Wahlgange für den Zentrumsmann stimmte. Die „Kölnische Zeitung" gibt das unverhohlen und ohne ein Wort des Bedauerns zu. Sie schreibt:

> Wenn der Wahlsiegverkündiger in der Bürgergesellschaft das Ergebnis so übermäßig gefeiert hat, so war er übermäßig bescheiden. Das Zentrum hatte mit äußerster Anstrengung gekämpft; es hatte ein Mandat zu verteidigen, das ihm seit 40 Jahren sicher war. Wohl ein Dutzend Abgeordnete und eine Legion von geschickten Rednern waren in diesen Wahlkreis geeilt, um für das Zentrum zu werben. Trotzdem hat das Zentrum nicht mehr erreicht, als den Besitzstand zu erhalten, den es schon im Jahre 1912 errungen hatte. Es gewann zu den 33 381 Stimmen kaum so viel hinzu, wie der Vermehrung der Wahlberechtigten entspricht. Wenn man berücksichtigt, daß nicht wenige mittelparteiliche Wähler um das Ungestüm und die Hetze einer Stichwahl zu vermeiden, von vornherein für den bürgerlichen Kandidaten eingetreten sind, so hat das Zentrum in Köln-Land keinen besonderen Grund Siegeshymnen anzustimmen. Nach der Kölner Ersatzwahl muß man feststellen, daß sie unter Umständen stattgefunden hat, die für die Parteiverhältnisse im Reich nicht typisch sind.

Unrichtig ist, wenn dasselbe Blatt meint, der Sieg des Zentrums wäre noch stärker gewesen, wenn der sozialdemokratische Kandidat, Genosse Sollmann, sich nicht durch den Polizeiprozeß viele Freunde erworben hätte. Diejenigen, die am Kölner Polizeiprozeß ungetrübte Freude hatten, waren selbstverständlich solche, die auch früher schon in der Opposition standen und sozialdemokratisch wählten. Wenn der Prozeß die Volkstümlichkeit des Kandidaten erhöht hat, so steht andererseits fest, daß der Prozeß den Kandidaten wochenlang an der Agitation gehindert hat. Es darf auch nicht vergessen werden, daß Sollmann die Kandidatur erst seit Anfang Dezember inne hatte. Nimmt man noch die gewaltigen Schwierigkeiten in diesem Wahlkreise hinzu — wegen Lokalmangels konnten wir nur etwa 60, das Zentrum aber 200 Versammlungen abhalten —, so haben wir keinen Grund, uns den Erfolg verkleinern zu lassen, der in der Steigerung unserer Stimmenzahl um mehrere hundert liegt. Uebrigens ist es in Köln offenes Geheimnis, daß der größere Stimmenzuwachs des Zentrums, abgesehen von dem Zustrom aus liberalem Lager, durch Wahlmogeleien erreicht ist. Zentrumsanhänger rühmen sich damit, daß ganz systematisch eine Menge schwarzer Wähler schon seit Monaten in den Wahlkreis „verzogen" ist. Es ist daher reichlich viel Heuchelei dabei, wenn die „Kölnische Volkszeitung" behauptet, „die Werbekraft der Sozialdemokratie sei gebrochen". Das Zentrum feiert den „Sieg" auch weniger als einen Erfolg über die Sozialdemokratie, als einen Sieg über die Quertreiber. Triumphierend schreibt dazu die „Kölnische Volkszeitung":

> Was in Köln-Land gesiegt hat, ist das alte Zentrum, wie es war, ist und bleibt. In diesem Wahlkampfe marschierten die Führer der Quertreiber mit der Sozialdemokratie zum Kampfe gegen das Zentrum auf. Das sozialdemokratische Organ, die Rheinische Zeitung, druckte mit Bereitwilligkeit alles ab, was ihr die Herren Dr. Karl Maria Kaufmann, Graf Oppersdorff, Pfarrer Nieborowski, Ständeordnung, Westfälische Rundschau u. a. m. gegen das Zentrum zur Verfügung stellten. Vergebens! Die Wählerschaft weiß, was sie von diesen Kronzeugen gegen das Zentrum zu halten hat. Sie bewertet sie genau so, wie alle anderen Feinde des Zentrums.
>
> Das Zentrum freut sich seines gestrigen Erfolges; es wird auf der bisherigen Bahn fortschreiten. Die Wählerschaft ist der Quertreiberei, die mit der Sozialdemokratie empfindlich geschlagen worden ist, herzlich satt. Sie geht über sie zur Tagesordnung über und verlangt: Bahn frei für ungehinderte Zentrumsarbeit!

Aus dieser Taktik heraus wird man in der Zentrumspresse Kölner Richtung noch viel über den „Sieg" in Köln-Land lesen. Man muß eben die Kölner Richtung als das allein sichere Bollwerk gegen die Sozialdemokratie anpreisen in der Hoffnung, daß dadurch die Sturmwolken im klerikalen Lager sich etwas zerteilen.

Sehr erfreulich ist es, daß die Sozialdemokratie in diesem Wahlkreise gerade in ländlichen Orten Stimmenzunahmen zu verzeichnen hatte, denen beim Zentrum mancherorts Rückgang gegenüber stand. Bei der Bewertung des Gesamtergebnisses darf man auch nicht vergessen, daß der Zuwachs von 8000 Wählern nicht aus Industriearbeitern, sondern in der großen Mehrheit aus Beamten und Privatangestellten besteht, die in neuerstandene bessere Wohnviertel gezogen sind, wo die Proletarier höchstens das Dachgeschoß bezahlen können. Die Kölner Partei ist sich darüber klar, daß gerade auf diese Schichten in verstärktem Maße unsere Werbearbeit ausgedehnt werden muß. In einer überfüllten Parteiversammlung zu Köln wurde das Ergebnis keineswegs mit Entmutigung aufgenommen. Die Versammlung ging im Gegenteil mit Begeisterung zu neuer Arbeit auseinander. Zentrumsburgen, zumal inmitten der M.-Gladbach-Kölner Richtung, sind schwer verschanzt, und nur zähe Minierarbeit kann ihnen beikommen. Die Genossen von Köln-Land werden diese Arbeit mit vermehrter Anstrengung fortsetzen. Bei der nächsten allgemeinen Wahl wird der Kampfplatz anders aussehen als jetzt. Dafür wird rechtzeitig gesorgt werden.

Der Wahlkampf in Jerichow.

Die Konservativen arbeiten mit Hochdruck, um das Mandat zu erobern, das sie für die Mehrheitsbildung mit dem Zentrum so dringend brauchen. Mit größter Liebenswürdigkeit bitten sie jetzt um die Wahlhilfe derselben Fortschrittspartei, die sie sonst gar nicht genug beschimpfen können. Und bezeichnend für konservative Ehrlichkeit ist es, daß die konservativen Blätter das fällige Wutgeheul über die fortschrittliche Wahlparole zurückstellen bis zum Tag nach der Wahl und statt dessen so tun, als hätte die fortschrittliche Parteileitung ihren Wählern die Abstimmung freigegeben. Dem tritt die „Freisinnige Zeitung" entgegen, indem sie schreibt:

> Wir betonen noch einmal, was wir gestern schon gesagt haben: „Entscheidend für die liberalen Wähler muß die Rücksicht auf die Mehrheitsbildung im Reichstag sein. Die Linksmehrheit muß erhalten und gestärkt werden." Daraus folgt, „daß die liberalen Wähler am kommenden Freitag dem konservativen Kandidaten jegliche Unterstützung versagen."

Aber auch andere, noch bedenklichere Mittel werden angewandt. Das „Berliner Tageblatt" meldet aus Magdeburg:

> Freundliche Wahlhilfe versuchte für die am 20. d. M. in Jerichow bevorstehende Stichwahl der Magdeburger Polizeipräsident Herr v. Alten dem konservativen Kandidaten zu leisten. Da für die Stichwahl die freisinnigen Stimmen ausschlaggebend sind, besuchte der Polizeipräsident den fortschrittlichen Kandidaten Fleischermeister Kobelt persönlich, um ihn zu bewegen, seinen Einfluß bei den freisinnigen Wählern des Wahlkreises dahin geltend zu machen, ihre Stimmen für den konservativen Kandidaten abzugeben. Herr Kobelt lehnte es jedoch ab, in dieser Weise für die konservative Kandidatur zu wirken. Die Wahlparole lautet nach wie vor für die Stichwahl auf Unterstützung des Sozialdemokraten.

Bezeichnend für den Terrorismus, den die Konservativen treiben, ist auch die Tatsache, daß die beiden bürgerlichen Blätter in Burg es abgelehnt haben, die Parole der fortschrittlichen Zentralleitung zur Stichwahl im Inseratenteil zu veröffentlichen. Auch das nationalliberale „Tageblatt" hat diese Ablehnung mit der Rücksichtnahme auf seine Abonnenten begründet. Man möchte also diese den Reaktionären so unangenehme Parole einfach totschweigen!

Die fortschrittlichen Wähler aber können daraus ersehen, daß sie in der Tat nur den Konservativen die Kastanien aus dem Feuer holen würden, wenn sie nicht Mann für Mann ihre Stimme dem Sozialdemokraten geben würden.

Haut dem Kerl mit dem Knüppel über die Ohren!

O pfui! Wer wird so reden! —

Nun, niemand anders, als Herr Paasche, Vizepräsident des Deutschen Reichstages, Weltreisender engros, Heiliger im Nebenamt. Freilich nicht über einen Reichstagskollegen sprach er so, dazu ist Herr Paasche zu gebildet! Versteht sich! Sondern über die „faulen Neger" in Afrika. Und das kam so:

Bei Besprechung der grauenhaften Arbeitsverhältnisse in Deutsch-Ostafrika fühlte sich Herr Solf, der Staatssekretär des Reichskolonialamtes, veranlaßt, seine lebhafte Mißbilligung über die besonders durch den Abg. Mumm enthüllten Scheußlichkeiten zu beteuern. Auf seinen eigenen Reisen in Kamerun, so erzählte Herr Solf, sei er einem armen Negerweibe begegnet, das ganz ermattet und aufgelöst am Wege zusammengesunken sei. Es habe eine Ladung Kautschuk zu schleppen gehabt, die er, Herr Solf, ein starker rüstiger Mann, nicht einen halben Kilometer weit hätte tragen können. Aber, so fügte Herr Solf zur Beruhigung der anwesenden Gemüter hinzu, die Schuld an diesen Zuständen trügen die Eingeborenen. Auf der Abmarschstation würde jedem Träger sein genau gemessenes Gewicht Kautschuk zugeteilt, den Frauen weniger als den Männern und den Kindern weniger als den Frauen. Sobald aber die Marschkolonne unterwegs sei und der Kontrolle entzogen, da packten die Neger ihre Lasten den Weibern und Kindern auf, die nun fast zusammenbrächen, während die Männer rauchend und lachend sich amüsieren. Das ging Herrn Paasche wider den Strich. Er ergrimmte ob dieser Schändlichkeit und rief aus: „Wenn so ein Kerl das tut, dann ist es doch das beste, man haut ihm auf der Stelle mit dem Knüttel über die Ohren!" — Ist das nicht bezaubernd? Herr Paasche will die Schandtat an den Weibern und Kindern wettmachen durch eine Schandtat an den Männern. Ein Kolonialmathematiker, glaubt er, ebenso wie in der Mathematik zweimal Minus ein Plus ergibt, daß in den Kolonien zwei Schandtaten eine Kulturtat ergeben.

Knuten-Oertel, der daneben saß, platzte beinahe wegen der Schmutzkonkurrenz, die ihm plötzlich der heilige Paasche machte. Herr Solf aber wurde fast verlegen, als ihm so offenkundig die „Kultur" und der „Geist" zutage trat, den Herr Paasche auf seinen Reisen in den deutschen Kolonien aufgenommen hatte und nunmehr zum besten gab. Herrn Paasche war auch nicht ganz wohl dabei, als ihm nun seine Prügellust von unseren Genossen kräftig vorgehalten wurde. Er faselte wirres Zeug über die „Erziehung zur Arbeit", zu der wir alle mit mehr oder weniger Zwang erzogen worden seien, und stellte die Nilpferdpeitsche, die auf den Rücken der Negersklaven mit blutziehenden Striemen heruntersaust, auf eine Reihe mit dem Katzenkopf, den eine Mutter in Berlin ihrem Mädel gibt, oder mit der Haselnußstaude, mit der ein Vater seinem Jungen die zehn Gebote beizubringen versucht.

Aber diese Selbstphotographie des Herrn Paasche war noch das weniger Interessante der beiden interessanten Sitzungen vom Mittwoch und Donnerstag. Nur ein wenig lüfteten die Herren Erzberger und Mumm, der eine als Vertreter der katholischen Mission, der andere als der Vertreter der evangelischen Konkurrenzfirma, den Schleusendeckel ihrer Enthüllungen — und siehe da: es roch furchtbar im ganzen Hause. Haltet die Nasen zu, alle, die Ihr eintretet: der Kolonialetat wird beraten! So sollte an dem inschriftslosen Hause ein Transparent für die Zeit der Kolonialberatung die Eintretenden warnen. In der Tat! Was bei der diesjährigen Generaldebatte in der Budgetkommission an empörenden Zuständen in den deutschen Kolonien wieder konstatiert werden mußte, das schreit zum Himmel. Im Museum für römische Altertümer in Mainz sahen wir in Stein gemeißelt, wie germanische Barbaren von den Römern kriegsgefangen in die Sklaverei abgeführt werden. Die gefangenen Söhne des freien Germaniens sind mit grausam enger Halskette aneinander gefesselt, und so werden sie davongetrieben wie liebe Vieh. Diese römischen Steinbilder sind rund 1700 Jahre alt. Wer aber diese Zustände heute noch lebendig erblicken will, der wandele in die deutschen Kolonien Afrikas. Freilich nicht mehr der Germane trägt als römischer Sklave das Halseisen. Wir sind ja ein „Kulturvolk" geworden und halten uns jetzt selber Sklaven. In Deutsch-Ostafrika schlägt jetzt der Enkel jener Germanen die Neger in Fesseln und schleppt sie in genau dem gleichen kurzen Halseisen in die Sklaverei, wie wir sie in den römischen, anderthalbjahrtausend alten Steinbildern des Mainzer Museums erblicken. Doch damals war man ehrlich und nannte einen Sklaven einen Sklaven, heute sind wir Christen und nennen einen Sklaven einen freien Arbeiter. Nach diesem schändlichen System werden heute noch in Kamerun und sonstwo Neger zwangsweise zur Arbeit für die Weißen gepreßt. Leben und Sicherheit der Eingeborenen ist noch jetzt nicht gesetzlich geregelt. Man hat ihnen zwar eine Erbschaftssteuer auferlegt — im Etat sind 50 000 M. daraus vorgesehen —, aber ein Erbrecht hat man ihnen noch nicht sichergestellt. Herr Erzberger war so entrüstet, daß er für seine Person erklärte, in Zukunft, wenn diese Zustände nicht aufhörten, keinen Pfennig mehr für koloniale Zwecke bewilligen zu wollen. Herr Solf hörte sein Stichwort — denn es handelte sich natürlich zwischen beiden nur um eine verabredete Rührszene — und dankte prompt dem Abgeordneten dafür, daß er mit der Ablehnung des Kolonialetats gedroht habe! Das werde hoffentlich seinen Eindruck nach außen hin nicht verfehlen. Man konnte es den Konservativen schließlich nicht übelnehmen, als sie erklärten, das sei wohl in aller Weltgeschichte noch nicht dagewesen, daß ein Staatssekretär seinen herzlichen Dank abstatte für die Drohung, den Etat abzulehnen!

In der Tat seltsam! Sitzen Sie auch recht sicher auf Ihrem Stuhle, Herr Solf? —

•

Ueber die Sitzung der Budgetkommission wird uns berichtet:

Bei der Besprechung der Arbeiterfrage in den Kolonien sah sich zunächst der Abg. Gothein (Vp.) genötigt, die Ausführungen seines Kollegen Waldstein, die den Plantagenbesitzern ideale Humanitätsbestrebungen zugesprochen wissen wollten, zu interpretieren, suchte aber gleichwohl die Plantagengesellschaften zu verteidigen, soweit ihre Wichtigkeit für die Entwickelung der Volkswirtschaft in den Kolonien in Betracht komme. Die Eingeborenenwirtschaft solle gewiß der Plantagenwirtschaft vorgezogen werden, aber alle Plantagenwirtschaft zu untersagen, gehe zu weit. Die zwangsweise Anwerbung von Arbeitern müsse verboten werden. Abg. Schwarze (Z.) wandte sich ebenfalls gegen den Arbeitszwang bei den Eingeborenen und verlangte, daß jede Plantage ihr Arbeiterdorf habe, damit die Möglichkeit bestehe, dem Arbeiter eine Lebensweise zu gewähren, die er in der Heimat führe. Den Standpunkt des ausbeuterischen Kapitals vertrat mit aller Offenherzigkeit und Rücksichtslosigkeit der Abg. Paasche (natl.): In der Plantagenwirtschaft müsse festgehalten werden; es sei eine Kulturaufgabe, den Negern den Segen der Arbeit beizubringen. Ohne einen gewissen Druck gehe es nicht. Zwar seien die gerügten Vorkommnisse bedauerlich, aber man dürfe nicht verallgemeinern. Die Eingeborenen müssen dem erzieherischen Einflusse der Weißen

unterworfen werden. Wie er sich diese Erziehung denkt, bewies er stehenden Fußes, indem er ein begeistertes Loblied auf die Wohltat und den Segen der Prügelstrafe sang. Staatssekretär Dr. Solf teilte aus den Berichten des Gouverneurs von Kamerun mit, daß dieser sich unbedingt gegen Zwangsarbeit ausgesprochen habe. Mit dem Verbot der Zulassung weiterer Plantagen werde das Kind mit dem Bade ausgeschüttet.

Eine Resolution Mumm stellte eine Reihe von Forderungen im Interesse der Eingeborenen auf.

Hierzu beantragten die Sozialdemokraten: **Neugründungen von Plantagen sind in den tropischen Kolonien nicht mehr zuzulassen**, und ferner der Resolution hinzuzufügen: **Regelung der Arbeiterverhältnisse**, insbesondere hinsichtlich der Arbeitszeit und Minimalsätze der Löhne durch eine von der Regierung zu erlassende und zu kontrollierende Arbeiterordnung auf Grundlage des **freien Arbeitsvertrages**. Genossen Weill und Ledebour begründeten die Anträge und polemisierten leidhaft gegen die Haltung der Regierung, besonders Ledebour nahm sich die Prügelpädagogik des Herrn Paasche vor. Es sei grundfalsch, von einer Faulheit der Neger zu sprechen. Der Neger wehre sich nur gegen die kapitalistische Ausbeutung, die, wenn sie erst Eingang gefunden habe, die heimische Wirtschaft auflöse und Zustände schaffe, wie sie Europa, besonders Deutschland im Mittelalter durchgemacht habe. Es sei nötig, daß die Regierung über die Besitzverhältnisse in den Gebieten Auskunft gebe, die von den projektierten Bahnbauten berührt oder aufgeschlossen werden sollen. Abg. Oertel (k.) pflichtete Herrn Paasche darin bei, daß es sich bei den Eingeborenenschindereien nur um Ausnahmen handele. Die Verwaltung stelle sich immer auf die Seite der Schwarzen und verdiene unbedingt Vertrauen. An der Plantagenwirtschaft müsse entschieden festgehalten werden.

Eine Resolution des Zentrums verlangte Bestimmungen, wonach

1. der staatliche Arbeitszwang in jeder Form ausgeschlossen ist,
2. die Arbeiter angesiedelt werden bei Schaffung ausreichender Eingeborenen-Reservate, insbesondere auf Europäerplantagen die Arbeiter in Dörfern seßhaft gemacht werden unter Zuweisung von ausreichendem Land als freies Eigentum zur Selbstbewirtschaftung,
3. die Frauen von den eingeborenen Arbeitern nicht getrennt werden,
4. die Abgabe von Regierungsländereien zur Anlegung von Plantagen von der Errichtung eigener Bauerndörfer für die Arbeiterfamilien abhängig gemacht wird.

Eine Resolution der Fortschrittler wünschte erhebliche Verstärkung der ärztlichen Versorgung in den Schutzgebieten, besonders im tropischen Afrika; ein Antrag Keinath (natl.) die Förderung der ärztlichen Weiterbildung in den Kolonien.

Im weiteren Verlaufe der Beratungen trat Abg. Mumm (Wirtsch. Vg.) dafür ein, daß das Schwergewicht der Kolonialpolitik auf die Eingeborenenkultur gelegt werde; er bestätigte die Ausführungen Ledebours über den Fleiß und die Wirtschaftlichkeit der Neger und wandte sich gegen das System der öffentlichen Arbeiteranwerbung und Zwangsarbeit. Abg. Waldstein (Vp.) stimmte ihm darin zu, daß es sich bei den Mißhandlungen der Neger nicht um Einzelfälle handle und polemisierte gegen die sozialdemokratischen Anträge. Abg. Erzberger (Z.) begründete den Zentrumsantrag, daß durch eine baldigst zu erlassende kaiserliche Verordnung Leben, Freiheit und Eigentum der Eingeborenen der Schutzgebiete sichergestellt werde. Der Sklavenhandel bestehe in ungeniertester Form fort, die Haussklaverei vermindere sich nur wenig.

Die vorliegenden Resolutionen wurden angenommen bis auf die der Sozialdemokraten, die Neugründungen von Plantagen generell verboten wissen wollte.

Hüter der Parlamentsrechte.

Nicht genug damit, daß der Fortschritt im Dreiklassenparlament die Ausübung der vornehmsten parlamentarischen Pflicht, die Wahrung und Verteidigung der Volksrechte gegen Vergewaltigungsgelüste der Staatsorgane fast ausschließlich der Sozialdemokratie überläßt — es scheint nachgerade auch eine Gepflogenheit der freisinnigen Presse werden zu sollen, die Sozialdemokratie im Gouvernantentone dafür abzurüffeln, daß sie wenigstens das tut, was die verdammte Pflicht jedes nicht ganz knickebeinig gewordenen Liberalismus wäre!

Ein geradezu ungeheuerlicher Fall hysterischer Gouvernantenhaftigkeit liegt diesmal vor. Es handelt sich dabei um die ebenso glückliche wie energische Zurückweisung, die Genosse Liebknecht am Schlusse der Dienstagssitzung den geradezu befremdlichen Ausfällen des Polizeiministers zuteil werden ließ. Unser Genosse hatte in durchaus sachlichen Ausführungen, die formell zwar scharf pointiert und geschliffen waren, aber auch nicht entfernt irgendeine präsidiale Rüge herausforderten, die Praxis des Oberverwaltungsgerichts der gebührenden Kritik unterzogen. Kaum hatte der sozialdemokratische Redner geschlossen, als sich mit der Gebärde eines eifrigen Schulbuben, der seine Lektion brillant gelernt, der Minister des Innern zum Wort meldete. Man glaubte wunder, welche Trümpfe er nun ausspielen würde. Aber was kam? Keine Silbe einer sachlichen Entgegnung! Nichts als die persönliche Invektive, ob sich denn Liebknecht einbilde, um so viel klüger zu sein, als die Herren vom Oberverwaltungsgericht, daß er deren Urteil zu kritisieren wage. Selbst die Rechte getraute sich nicht, diese Entgleisung durch den schwächsten Höflichkeitsbeifall zu cachieren. Mochte sie doch selbst fühlen, daß sich im Munde dieses Ministers die Frage nach einer intellektuellen Legitimation doppelt komisch ausnehme. Obendrein folgte diesem Geistesblitz sofort der zweite, daß Liebknechts Kritik auf nichts anderes, als auf eine Richterbeeinflussung hinauslaufe. Als Herrn von Dallwitz zugerufen wurde: „Nanu, was sagten Sie denn im Falle Jagow?" besann er sich einen Augenblick, fand keine Antwort und klappte zusammen wie ein Taschenmesser.

Liebknechts treffliche Entgegnung brauchen wir nicht zu wiederholen. Nur das wollen wir betonen, daß seine Schlußkennzeichnung der unmöglichen Einfälle des Ministers als „schnoddriger Bemerkungen" in der Tat das Gelindeste darstellten, was diesem „starken" Manne gesagt werden mußte. Wie aber glossiert die „Vossische Zeitung" diesen Vorgang? Unter der Stichmarke: „Sozialdemokratische Ausschreitungen im Abgeordnetenhause" sucht sie den Anschein zu erwecken, als ob der sozialdemokratische Redner Provokationen und Exzesse begangen habe. Während sie die beispiellosen Ausfälligkeiten des Ministers nur „sehr erregt" nennt, wirft sie Liebknecht „Ungehörigkeit" vor. Statt aller Kritik sei dieser fortschrittlichen Glossierung ein nationalliberales Urteil gegenübergestellt. Die „National-Zeitung" schrieb nämlich über die gleiche Szene:

„Darauf meldet sich der Herr Minister v. Dallwitz sehr eifrig zum Wort, um in seltsam schroffen und überhebenden Worten die Ausführungen des Dr. Liebknecht zurückzuweisen. Ob Herr Dr. Liebknecht glaube, daß er klüger sei, als die Herren vom Oberverwaltungsgericht. Wolle er seinen Wünschen folgen, so würde das ein Eingriff in die Selbständigkeit des Oberverwaltungsgerichts bedeuten.

Sehr erregt ergreift darauf Dr. Liebknecht nochmal das Wort und bedauert es, daß der Minister so wenig sachlich zu reden verstände und ihm eine Kritik an der Tätigkeit der Gerichte mit so schlechten Gründen verweigern wolle. Mit schnoddrigen Redensarten könne man eine solche Angelegenheit nicht abtun."

Wenn sich die „Vossische Zeitung" und andere freisinnige Blätter, die es angeht, noch einen Rest politischer Schamhaftigkeit bewahrt haben, wird ihnen sicherlich ob dieses Vergleichs die Schamröte ins Gesicht steigen.

Politische Uebersicht.

Der Fall Hamm. — Die Marinedebatte.

In besonderer Besprechung, losgelöst von allen übrigen Fragen, die in der Generaldebatte behandelt waren, wurde heute der Fall der Witwe Hamm erörtert. Genosse Dittmann, und die Herren Dr. Pfeiffer vom Zentrum und Dr. Heckscher von der Fortschrittlichen Volkspartei hatten sich der Interessen der unschuldig verurteilten Frau und der beleidigten Gerechtigkeit angenommen. Der sozialdemokratische Redner gab in anschaulicher Darstellung an der Hand eines sehr gewissenhaft studierten Aktenmaterials eine klare und eindrucksvolle Schilderung des Tatbestandes, die in der Forderung gipfelte, daß illegale Einflüsse den rechtmäßigen Gang des neu aufgenommenen Verfahrens streng zurückgewiesen werden sollen. Die Einzelheiten, die Genosse Dittmann vortrug, überzeugten das Haus sowohl von den unerhörten Ausschreitungen, die sich der frühere Kriminalkommissar v. Treskow hat zuschulden kommen lassen, wie auch von der unbedingten Notwendigkeit, dem Recht endlich zum Sieg zu verhelfen. Mit lebhafter Entrüstung wurde die Darstellung von der Wirksamkeit des Herrn v. Treskow aufgenommen. Die beiden anderen Redner schlossen sich den Angaben unseres Genossen an und Herr Dr. Pfeiffer betonte namentlich, daß es sich hier um einen anständigen Menschen handelt. Dagegen hielten es die Parteien der Rechten bezeichnenderweise für angemessen, auch in dieser Angelegenheit, in der es doch Parteiunterschiede nicht geben sollte, wie Genosse Dittmann mit Recht hervorgehoben hatte, ihre schweren Bedenken gegen das Vorgehen des Reichstags zu äußern.

Nach der Abstimmung über die zum Titel „Staatssekretär" gestellten Resolutionen wurde die Spezialdiskussion rasch erledigt. Der von der Budgetkommission angefochtene Titel, der sich auf die Einstellung eines sechsten Reichsanwalts bezog, wurde bei schwacher Besetzung des Hauses gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Zentrums angenommen.

Dann begann die Generaldebatte über den Marineetat, die durch eine Rede des Genossen Noske eingeleitet wurde. Mit großer Sachlichkeit erörterte unser Redner die wichtigsten Fragen, die der Marineetat in diesem Jahre aufwirft. Er zeigte die große Entwickleung der deutschen Flotte trotz aller zahlreichen Reden über eine notwendige Verständigung unter den Nationen. Er zeigte auch, wie mit der Entwickelung der Flotte sich die Fälle brakonischer Justiz und schlechter Behandlung der Soldaten vermehrt haben. Die schweren Unfälle, die sich im vorigen Jahre ereignet haben, namentlich der Untergang der beiden Marineluftschiffe, veranlaßte unseren Redner zu einer strengen Kritik der begangenen Unvorsichtigkeiten und Verfehlungen, über die er vom Staatssekretär Auskunft verlangte. Einen großen Teil seiner Ausführungen widmete unser Genosse der Frage einer internationalen Verständigung über die Rüstungsbeschränkungen. Er erinnerte an die früheren Verhandlungen über diese Frage und an ihre wenig aussichtsreiche Durchführung. Mit einer großzügigen Betrachtung über die künftige Entwickelung der Beziehungen zwischen Deutschland und den beiden Westmächten schloß Noske seine sehr wirkungsvollen Darlegungen.

Der Staatssekretär des Reichsmarineamts ging auf zahlreiche der von unserem Redner vorgetragenen Fälle ein und verteidigte, so gut es ging, seine Verwaltung. Ueber die große Frage der Rüstungseinschränkung äußerte er sich leider nur sehr unvollständig und zaghaft. Diese Zurückhaltung fand in den Ausführungen des Herrn Erzberger noch eine besondere Unterstützung, da der Zentrumsredner die Schuld am Rüstungstreiben vor allem England zuschiebt.

Die Weiterberatung wird am Freitag erfolgen.

Alles in bester Ordnung.

Die polizeilichen Mißstände mögen noch so groß sein, gerichtliche Verhandlungen mögen noch so viel belastendes Material zu Tage gefördert haben, die preußische Regierung kehrt sich nicht daran. Für sie handelt es sich stets um Ausnahmefälle, die die böse Sozialdemokratie aus Agitationslust zu verallgemeinern bestrebt ist, im großen ganzen aber findet sie alles ist bester Ordnung. In den Akten steht nichts von Polizeiskandalen, und was nicht in den Akten steht, ist für die Herren am grünen Tisch nicht auf der Welt.

Was im Abgeordnetenhause am Donnerstag bei der weiteren Beratung des Etats des Ministeriums des Innern von der linken Seite gegen die Polizei vorgebracht wurde, ist gewiß nicht schmeichelhaft für sie. In jedem Staat, der nicht in erster Linie Polizeistaat ist und sein will, würde die Regierung es für ihre Pflicht halten, im Parlament der Polizei nachdrücklichst vor Augen zu führen, daß die Bürger nicht ihretwegen da sind, sondern sie der Bürger wegen, die zu schützen sie berufen ist. Anders in Preußen. Je wuchtiger die Anklage unseres Genossen Liebknecht gegen den Berliner Polizeipräsidenten v. Jagow war, um so mehr erscheint er Herrn v. Dallwitz der geeignete Mann zur Ausfüllung seines Postens. Selbst Jagows offenbar ungesetzliches Verbot des Vereins Berliner Schutzleute, das außer Liebknecht auch der Abg. Cassel (fortschr. Vp.) scharf verurteilte, ist in den Augen seines obersten Vorgesetzten eine Heldentat, derentwegen der Polizeigewaltige von Berlin eine besondere Auszeichnung verdient. Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, wenn Herr v. Jagow sich bald zu neuen Heldentaten rüstet, um so mehr, da er die große Majorität des Abgeordnetenhauses auf seiner Seite weiß. Stimmten doch nur die Fortschrittler, Sozialdemokraten und Polen für den fortschrittlichen Antrag, der die Regierung ersucht, darauf hinzuwirken, daß die gesetzlich zulässigen Vereinigungen von Beamten nicht behindert und insbesondere der Vereinigung der Berliner Schutzmänner vom Berliner Polizeipräsidenten keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden.

Genau so wie nach Ansicht des Ministers bei der Berliner Polizei ist nach Ansicht seines Vertreters bei der Polizei in den Provinzen alles in bester Ordnung. Zwar trug Genosse Hue ein ungeheuer reichhaltiges Material zum Beweis des Gegenteils vor. Der Regierungskommissar mußte auch zugeben, daß die Ausführungen unseres Genossen zum größten Teil den Tatsachen entsprechen, aber er zog daraus nicht den allein richtigen Schluß, daß es Pflicht der Regierung sei, entsprechend dem sozialdemokratischen Antrage eine sorgfältige Untersuchung einzuleiten, sondern im Gegenteil, er meinte, daß die Regierung gegen etwaige Mißstände schon von selbst einschreitet. Die Erfahrung lehrt freilich das Gegenteil.

Am Freitag soll die Debatte weitergehen. Aber bevor das Haus sich vertagte, hatte es noch eine heitere Viertelstunde. Der neugewählte christlichsoziale Abgeordnete Heins hielt seine Jungfernrede, worin er weidlich auf die Juden schimpfte und durch unfreiwillige Witze den Befähigungsnachweis als Clown des Dreiklassenparlaments erbrachte. Hoffentlich gibt Herr Heins bald wieder eine Extravorstellung, damit in den Ernst der Beratungen etwas Abwechselung hineingetragen wird.

Die „Verwaltungsreform" im Herrenhaus.

Das preußische Volk hat zurzeit wieder die unverdiente Ehre, daß die erlauchten, edlen, geborenen und ernannten Gesetzgeber einige Nachmittage der landwirtschaftlichen Woche für sein Wohl opfern. Das Herrenhaus tagt nämlich wieder einmal, vermehrt um die Begnadeten des letzten Geburtstags-Pairsschubs. Gleich zu Beginn konnte gestern der alte Herr v. Wedel im deutlichen Gegensatz zu Herrn Kaempf mitteilen, daß S. M. die Glückwünsche des Herrenhauses bei der Defiliercour gnädigst entgegengenommen habe. . . . Fast ohne Debatte erledigte man das Gesetz über die Bevollmächtigung der Amtsgerichtsschreiber zur Beglaubigung von Unterschriften, wobei ein Regierungskommissar dem Posener Oberbürgermeister Dr. Wilms die für die Notare tröstliche Gewißheit gab, daß das Publikum die Beglaubigungen nicht billiger bekommen werde, wenn jetzt nicht mehr die Richter, sondern nur die Gerichtsschreiber sie besorgen. Dann kam man zu der Novelle zum Landesverwaltungsgesetz. Es ist das bekanntlich das hochgepriesene Wunderwerk, das die Immediatkommission, indem sie die Sehnsucht braver Liberaler auf das äußerste anspannte, in jahrelangen, geheimnisvollen Beratungen fertiggestellt hat. Wenn die Sache ans Dreiklassenhaus kommt, wird es an der Zeit sein, sie im einzelnen zu würdigen. Für heute genügt es zu sagen, daß der Polizeiminister v. Dallwitz diese „Reform" als einen Fortschritt lobte, wodurch ihr wahrer Charakter zur Genüge klargestellt erscheint. Es wird nämlich die Anfechtbarkeit von Polizeiverordnungen tüchtig eingeschränkt, der Rest sind ein paar innere Aenderungen des Dienstbetriebes, die uns im einzelnen um so weniger zu interessieren brauchen, als die preußische Verwaltung ja zweifellos an ihrer bewährten Tradition festhalten wird: alles durch das Volk bezahlt, alles gegen das Volk gerichtet! Ein paar Oberbürgermeister hätten ja gern eine wirkliche Reform, aber davon ist natürlich keine Rede; ihr Rückversicherungsantrag wird morgen Freitag, wo das weitergeht, wohl abgelehnt werden.

Die starke Regierung.

An der Spitze der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom Freitag erklärt die Reichsregierung, daß sie der Zabernkommission keinen Schritt entgegenkommen werde. Die Erklärung lautet:

> In konservativen Blättern wird die Erklärung, die der Reichskanzler in der „Zabernkommission" hat abgeben lassen, dahin gedeutet, daß die Regierung mit dem Reichstage über Fragen der Kommandogewalt zu diskutieren gedenke. Das ist ein tatsächlicher Irrtum. Die Frage, in welchen Fällen das Militär bei inneren Unruhen einzuschreiten hat, ist in den einzelnen Bundesstaaten durch Verfassung, Gesetz und allgemeine Rechtsgrundsätze geregelt. Auf der Basis dieser Rechtslage erläßt die Kommandogewalt ihre Instruktionen. Für eine reichsrechtliche Bestimmung der Grenzen zwischen der Militär- und Polizeigewalt, die ein Teil des Reichstags wünscht, kann wie in der Kommission erklärt worden ist, die Zustimmung des Bundesrats nicht in Aussicht gestellt werden. Inwiefern in der Bereitwilligkeit der Regierung, der Kommission über die bestehenden rechtlichen Zustände, Auskunft zu erteilen, eine Bereitwilligkeit liegen soll, die Kommandogewalt zur Debatte zu stellen, ist hiernach nicht verständlich."

Der Reichstag weiß nun, woran er ist. Ueber die Kommandogewalt will der Reichskanzler nicht mit ihm diskutieren. Sie sei, so wird offiziös vorgeschützt, durch Verfassung, Gesetz und Rechtsgrundsätze der Einzelstaaten festgelegt. Wie aber von den Offizieren Verfassung und Gesetz respektiert werden, das hat ja Zabern bewiesen. Und die Staatsstreichler von Zabern sind ja freigesprochen worden!

Wenn die Reichstagsmehrheit auch nur einen Funken Rechts- und Selbstgefühl besitzt, kann sie sich durch diese wohlfeile Ausrede unmöglich abspeisen lassen. Sie muß mit äußerster Energie dafür eintreten, daß von Reichs wegen den Ausschreitungen und Anmaßungen der Militärkamarilla ein Damm entgegengesetzt wird. Es wäre eine beispiellose Kurzsichtigkeit, wenn das Zentrum aus partikularistischen Gründen den preußischen Scharfmachern in dieser Frage sekundieren wollte. Hat sich doch Bethmann Hollweg, wie die „National-Zeitung" richtig bemerkt, durch diese seine Stellungnahme nur dem Machtgebot des Januschauers unterworfen.

Aber wir sind ja nachgerade die beispielloseste Preisgabe der Volks- und Parlamentsrechte durch die bürgerlichen Parteien gewöhnt. In Sachen der Krupp-Kommission ließ sich der Reichstag von der Regierung maulschellieren, ohne mit der Wimper zu zucken. Es wäre also kein Wunder, wenn auch hier die Rechte des Volkes feige preisgegeben würden.

Konservative Gottesfurcht und Sittlichkeit.

Wie schon aus der gestrigen Nummer unseres Blattes zu ersehen war, haben sich am Mittwoch Reichstag und Abgeordnetenhaus hauptsächlich mit der „Unsittlichkeit" beschäftigt. Der Reichstag anläßlich der Beratung des Etats des Reichsjustizamt, das Abgeordnetenhaus gelegentlich der Beratung des Etats des Ministeriums des Innern. Dort will man — es ist charakteristisch — die Unsittlichkeit durch die Justiz bekämpfen, hier durch die Polizei. Der konservative Reichstagsredner Dr. Oertel hätte also, wenn er schon mit Schlagworten schließen wollte, passend mit dem Satze: Justitia fundamentum regnorum (die Gerechtigkeit ist die Grundlage der Reiche) schließen können. Er tat dies aber nicht, sondern rief am Ende seiner Auslassungen mit frommem Augenaufschlag: Fundamentum regnorum timor dei (Das Fundament der Staaten ist die Gottesfurcht). Beinahe wie S. M. selbst, der auch fast in jede Rede eine fromme Wendung einflicht. Die Tatsachen aber beweisen, daß mit der landläufigen Gottesfurcht in Punkto Sittlichkeit gar nichts getan ist. Der hohe Prozentsatz geschlechtskranker Offiziere und Akademiker stammt doch zumeist aus den Kreisen der Gottesfurcht und frommen Sitte, und die konservativen Gesinnungsgenossen des speziell über die Berliner „Unsittlichkeit" zeternden Landtagsredners Schenk zu Schweinsberg sind bei all ihrer Gottesfurcht anerkannte Nutznießer sothaner Unsittlichkeit. Indessen, diese sexuelle Unsittlichkeit ist noch gering und harmlos gegen die Unsittlichkeit, die darin liegt, daß die gottesfürchtigen Herren ihre Mitmenschen aushungern und nach jeder Hinsicht unterdrücken. Das ganze konservative Regiment ist eine große Unsittlichkeit und zeugt von keinerlei echter Gottesfurcht. Und

unter dieser Herrschaft wird es auch nie zu wahrer Sittlichkeit kommen. Die kann weder durch die Gerichte und erst recht nicht durch die Polizei erreicht werden, sondern nur durch eine gründliche Umwälzung der gesamten heutigen Unordnung, wie die Sozialdemokratie sie erstrebt. Es muß die allgemeine Unmoral verschwinden; dann wird auch die geschlechtliche verschwinden, die lediglich ein Teil, ein besonders widerwärtiger Ausfluß jener ist.

Der hessische Landtag

tritt am 26. Februar zur Budgetberatung zusammen, vorher aber wird die Zweite Kammer sich mit den Rückäußerungen der Ersten Kammer zur Beamtenbesoldungsvorlage zu befassen haben. Hierbei dürfte es zu einem Konflikt zwischen beiden Kammern kommen, an dem möglicherweise die Besoldungsvorlage scheitert. Die Erste Kammer hat die fast einstimmig von der Zweiten Kammer festgesetzten Lehrergehälter wesentlich reduziert, und da die Volksvertretung wahrscheinlich auf ihrem Beschluß beharrt, so muß entweder die Erste Kammer nachgeben oder die gesamte Vorlage fällt. Sehr geschmackvoll wirkte es, daß die „hohen und erlauchten" Herren, als sie beschlossen hatten, die Lehrergehälter zu reduzieren, für die Vermögenssteuer und die kommunale Grundsteuer den „Ertragswert" und nicht den wahren Wert zugrunde zu legen beantragten. Dadurch würden die Großgrundbesitzer ganz bedeutende Steuerbeträge weniger zu zahlen haben. Die Bevorrechteten von Geburt und Geldsackgnaden wissen überall ihre Interessen denen der Allgemeinheit voranzustellen.

Gerichtliche Wahlprüfungen

beantragten in der hessischen Zweiten Kammer die Fortschrittler. Die Wahlprüfungen, die jetzt das Parlament selbst, wie fast überall, vornimmt, sollen dem Oberlandesgericht übertragen werden. Den Anlaß zu diesem Antrag bot die Gültigkeitserklärung der durch Freibierspenden zustandegekommenen Wahl des nationalliberalen Abg. Kredel (Odenwald). Der Gesetzgebungsausschuß der II. Kammer lehnte mit allen gegen die freisinnige Stimme den Antrag ab, da er eine Beschränkung der Rechte der Volksvertretung darstelle.

Arreststrafen für Gemeindebeamte.

Der Amtmann Grube in Amt Pelkum (Kreis Hamm in Westfalen) hat an die Gemeindevertreter der Gemeinden des Amtes folgenden Erlaß gerichtet:

„Wenn Gemeindevertreter über Verhandlungen in der Gemeindevertretung nach außen berichten oder der Presse Mitteilung machen, so wird gegen sie nach § 88 der westfälischen Landgemeindeordnung vorgegangen."

§ 88 der westfälischen Landgemeindeordnung lautet:

„In Betreff der Dienstvergehen der Amtmänner, Gemeindevorsteher und Stellvertreter, sowie der sonstigen Amts- und Gemeindebeamten und Diener, kommen die darauf bezüglichen Gesetze mit der Maßgabe zur Anwendung, daß der Amtmann befugt ist, die Unterbeamten des Amtes sowie der Gemeinden mit Ordnungsstrafen bis zu drei Talern und die blos zu mechanischen Dienstleistungen angestellten Diener mit Arreststrafen bis zu drei Tagen zu belegen."

Amtmann Grube war Hauptmann und Kompagniechef; daraus erklärt sich wohl seine Sympathie für Arreststrafen. Aber Gemeindevertreter sind keine Rekruten und deshalb wird er mit seinem Schweigegebot, das sich offenbar gegen sozialdemokratische Gemeindevertreter richtet, kein Glück haben. Der angezogene § 88 ist gegen Gemeindevertreter gar nicht anwendbar, denn sie sind weder Beamte noch Diener. Der Amtmann wird sich deshalb auch darein finden müssen, daß er Gemeindevertretern nichts zu sagen hat.

Wieder ein Spionageprozeß.

Vor dem vereinigten zweiten und dritten Strafsenat des Reichsgerichts begann gestern vormittag die Verhandlung gegen den 17 Jahre alten Kaufmannslehrling Bernhard Schnitzler und den 27 Jahre alten Kaufmann Heinrich Kossler, beide in Köln. Es sind sieben Zeugen und drei Sachverständige erschienen. Schnitzler, der seit Oktober 1912 bei der Rheinisch-Westfälischen Sprengstoff A. G. Köln tätig war, eignete sich eine Anzahl Schriftstücke an und verübte Landesverrat, indem er sie einem französischen Nachrichtenbureau übermittelte. Kossler, ein Freund Schnitzlers, soll sich dadurch strafbar gemacht haben, daß er von dem geplanten Verbrechen Schnitzlers der Behörde keine Kenntnis gegeben hat. Die Oeffentlichkeit wurde während der ganzen Dauer der Verhandlung ausgeschlossen.

Die schwedische Krise.

Stockholm, 18. Februar. (Eig. Ber.) Das Ministerium Hammarskjöld hat sich am Mittwoch den beiden Kammern vorgestellt und dort die Auflösung der Zweiten Kammer in Aussicht gestellt. Die neuen Herren wollen demnach davon Abstand nehmen, die Militärvorlage erst einzubringen und auf die Ablehnung zu warten, um einen richtiggehenden „nationalen" Auflösungsgrund zu haben. Herr Wallenberg ist zu klug, um an das Gelingen eines so plumpen Spiels zu glauben. Und so hat man sich schnell entschlossen, die Kammer heimzusenden und die Entscheidung der Wähler anzurufen. Wann diese Neuwahlen stattfinden werden, ist noch nicht bekannt.

Der dem Ministerium in den Kammern bereitete Empfang war naturgemäß ein sehr kühler. Daß die neuen Männer das Vertrauen der Konservativen haben, brauchte nicht erst bestätigt zu werden. Dagegen haben die liberalen und sozialdemokratischen Redner in beiden Kammern klar und deutlich erklärt, daß dieses Kabinett das Vertrauen ihrer, der Mehrheitsparteien, nicht habe. Der liberale Redner in der Zweiten Kammer bedauerte die Verzögerung, die die Regelung der Landesverteidigung durch die eingetretene Krise erleide, machte aber der Regierung klar, daß sie keine Aussichten habe, eine Mehrheit im Reichstage zu bilden.

Noch deutlicher sind unsere Parteigenossen geworden. Sie haben bereits am Dienstagnachmittag dem Kabinett Hammarskjöld mitgeteilt, daß sie aus der Landesverteidigungskommission ausscheiden, weil die Voraussetzungen, unter denen sie seinerzeit eintraten, nicht mehr vorhanden sind. Die Fraktion war mit drei ihrer Mitglieder, den Genossen Branting, Thorsson und Ryden in der Kommission vertreten, das vierte Mitglied, Christiernsson, ist vor einiger Zeit wegen Differenzen mit seiner Wahlkreisorganisation vom Mandat zurückgetreten.

Die erste Regierungshandlung des neuen Kabinetts war eine Aktion des Justizministers gegen die Presse. Noch am Dienstagnachmittag wurden zwei Blätter, ein Gelegenheitsblatt, „Die Republik", sowie das alte „Fäderneslandet" konfisziert.

Italien.

Massenkundgebungen gegen die libyschen Ausgaben.

Rom, 17. Februar. (Eig. Ber.) In ganz Italien finden in diesen Tagen von der Partei angesagte Volksversammlungen gegen die libyschen Ausgaben statt. Ueberall weist die Partei die Massen darauf hin, wie die in Libyen vergeudeten Millionen wohl einen freudigen Karneval für die Spekulanten und Submissionsunternehmer bedeutet haben, aber eine lange Fastenzeit für die Massen nach sich ziehen, die heute unter der Krise der schwersten Arbeitslosigkeit leiden. Die Zahl der Versammlungen, die bis jetzt überall stark besucht wurden, beläuft sich auf viele hunderte.

Aus der Partei.

Ein Schwindler.

Wie aus Baden berichtet wird, treibt sich dort ein Schwindler herum. Er nennt sich Bezler oder auch Müller und versucht unter der Angabe, daß er in Offenburg ein sozialdemokratisches Parteisekretariat errichte oder leite, Gelder aus dem Bebelfonds zu verwalten habe, sich Mittel zu verschaffen. Da es nicht ausgeschlossen ist, daß dieser Schwindler auch schon anderwärts aufgetreten ist, sei vor ihm gewarnt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Der staatsgefährliche Roman.

In den Redaktionsräumen des „Hamburger Echo" fand am Mittwochvormittag eine hochnotpeinliche Durchsuchung aller Schubfächer statt. Ein halbes Dutzend Kriminalbeamte bemühte sich, eine Spur von dem Verfasser des Romans „Franz Bergg, ein Proletarierleben" zu entdecken. Dem Verantwortlichen des „Echo", Genossen Reitze, ist bereits am Dienstag bei einer gerichtlichen Vernehmung eröffnet worden, daß der preußische Kriegsminister gegen ihn und den Schriftsteller Nikolaus Welter wegen des genannten Romans Strafantrag gestellt habe. Durch das Kapitel „Im Reiche der Feldmütze" soll das gesamte Offizier- und Unteroffizierkorps der deutschen Armee beleidigt sein. Außerdem wird in diesem Kapitel eine Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen gefunden. Ob mit der angeblich verächtlich gemachten Staatseinrichtung die Feldmütze oder etwas anderes gemeint ist, steht noch dahin. Bei der außerordentlich gründlich vorgenommenen Haussuchung in der Redaktion des „Hamb. Echo" fiel der Polizei als einzige Trophäe die von der Verlagsanstalt des Romans herausgegebene Propagandaschrift in die Hände. Die Broschüre wurde beschlagnahmt. Näheres als den Namen Nikolaus Welter enthält diese Broschüre über den Verfasser des Romans allerdings auch nicht. Der Roman selbst, der im „Echo" vollständig zum Abdruck gelangt ist, wurde vorläufig noch nicht konfisziert. Die Polizei bemüht sich zunächst noch, den Schriftsteller Welter, der die lebenswahren, erschütternden Aufzeichnungen des Proletariers Bergg bearbeitet hat, zu ermitteln.

Soziales.

Vereinsvorsitzender oder gewerbsmäßiger Stellenvermittler?

Als erster Vorsitzender des Vorstandes des Vereins „Volkswohl" tritt der Kaufmann Ley auf, der im Hause Linkstr. 13 zu Berlin sein Geschäftslokal hat. Im selben Hause betreibt seine Frau das Gewerbe als Gesindevermieterin. Der „Verein", der nach seinen „Satzungen" durch geeignete Maßnahmen die Arbeitsfähigkeit und -möglichkeit seiner Mitglieder fördern will, und vor dem wir wiederholt gewarnt haben, bezeichnet als solches Mittel im § 8 den „kostenlosen" Stellennachweis. Das Statut sieht auch eine Generalversammlung des sogenannten Vereins vor, die einmal im Jahr tagen soll und zu der sämtlichen stimmberechtigten Mitgliedern der Zutritt zugestanden wird. Wer Mitglied werden will, muß ein Eintrittsgeld von 2 M. zahlen, und der monatliche Beitrag beträgt 60 Pf. Dafür sollen die Mitglieder Anspruch auf die Stellenvermittelung haben.

Herr Ley wurde nun wegen Uebertretung des Stellenvermittler-Gesetzes angeklagt und auch vom Landgericht verurteilt, weil er ohne polizeiliche Erlaubnis das Gewerbe des Stellenvermittlers betrieben habe. Und zwar nahm das Landgericht Rückfall im Sinne des Stellenvermittler-Gesetzes an und erkannte demgemäß auf die höhere Rückfallstrafe, die es auf 300 M. bemaß. Herr Ley ist nämlich schon einmal wegen unbefugter Ausübung des Gewerbes als Stellenvermittler bestraft worden, damals aber auf Grund der Gewerbeordnung, die auch eine Strafe dafür vorsah. Das Landgericht ging davon aus, daß der Tatbestand in beiden Fällen derselbe sei und daß es für die Annahme des Rückfalls gleichgültig wäre, daß das frühere Mal die Strafe auf Grund eines anderen Gesetzes ausgesprochen worden sei. — Was die Sache selber angeht, so nahm das Landgericht an, daß der Verein der Herr Ley sei, mit anderen Worten, daß der Verein nur ein Deckmantel sei, unter dem Herr Ley die gewerbsmäßige Stellenvermittelung betreibe. Er habe, so wurde ausgeführt, um die Stellenvermittelung ohne Genehmigung betreiben zu können und daraus seinen Unterhalt zu ziehen, den Verein geschaffen. Unerheblich wäre, daß im Laufe der Jahre auch einige Unterstützungen in Krankheitsfällen gezahlt worden seien. Die Arbeitsuchenden hätten Stellen vermittelt haben wollen und hätten deshalb das Eintrittsgeld und die 60 Pf. Monatsbeitrag gezahlt. Nach Annahme des Gerichts habe Angeklagter die nicht unerheblichen Ueberschüsse in seine eigene Tasche gesteckt.

Der Angeklagte legte Revision ein.

Das Kammergericht hob nun zwar am Montag das Urteil auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück, aber nur wegen des Strafmaßes, indem es davon ausging, daß der Begriff des Rückfalls im Sinne des Stellenvermittler-Gesetzes verkannt worden sei. Die Feststellungen des Landgerichts, daß Ley ohne Genehmigung das Gewerbe des Stellenvermittlers ausgeübt habe, hielt das Kammergericht ausdrücklich aufrecht. Diese Feststellungen ließen keinen Rechtsirrtum erkennen. Danach stehe fest, daß der Verein nur eine vorgeschobene Sache sei und daß der Angeklagte gewerbsmäßig die Stellenvermittelung betrieben habe. Was aber die Frage des Rückfalls angehe, so irre das Landgericht. In der Beziehung stehe das Kammergericht auch bezüglich der Anwendung der Rückfallstrafe aus dem Stellenvermittler-Gesetze auf demselben Standpunkt, auf den es sich schon in bezug auf das neue Lotteriegesetz gestellt habe, welches auch die Rückfallstrafe eingeführt habe. Im Gegensatz zum Reichsgericht halte das Kammergericht daran fest, nunmehr auch bezüglich des Stellenvermittler-Gesetzes, daß ein Rückfall im Sinne des Gesetzes nur vorliege, wenn die frühere Strafe auf Grund desselben Gesetzes ausgesprochen sei, das die Rückfallstrafe einführe. Hier also nur dann, wenn die frühere Strafe auf Grund des Stellenvermittler-Gesetzes ausgesprochen worden wäre. Das sei auch rechtlich nicht schlimm, da die frühere Strafe nach dem Stellenvermittler-Gesetze höchstens 5 Jahre zurückliegen dürfe, wenn auf Rückfallstrafe soll erkannt werden können. Die 5 Jahre seit Einführung des Stellenvermittler-Gesetzes seien ja bald verstrichen. Jedenfalls könne hier die Rückfallstrafe nicht zur Anwendung kommen.

Aus dem Gewerbegericht.

1. Ein eigenartiges Rechtsbureau.

Vor den Schranken des Gewerbegerichts standen gestern die Inhaber einer Detektei und eines „Rechtsbureaus" Friedländer und Hanke. Eine Stenotypistin forderte rückständiges Gehalt im Betrage von 43 M. Sie war gegen monatlich 45 M. bis 12. 1. 14 bei den Beklagten tätig. An diesem Tage verließ die Klägerin das Kontor, weil die Beklagten das Gehalt nicht in der bedungenen Weise zahlten und außerdem der Aufenthalt in den ungeheizten Räumen bei 5 bis 8 Grad Kälte unmöglich war. Die Beklagten dagegen wenden ein, die Klägerin sei infolge Krankheit zur Arbeit unfähig gewesen. Da sie bereits krank — blutarm — in Beschäftigung getreten sei, treffe sie ein Verschulden und deshalb würde das fällige Gehalt gegen den dem Geschäft verursachten Schaden aufgerechnet.

Den Beklagten wurde vom Vorsitzenden mit aller wünschenswerten Deutlichkeit gesagt, daß diese „Rechtsauffassung" bei dem Inhaber eines „Rechtsbureaus" mehr als eigentümlich sei. Natürlich wurden die Beklagten zur Zahlung der Klagesumme verurteilt. Die Klägerin wäre berechtigt gewesen, auch für die einmonatliche Kündigungsfrist Entschädigung zu fordern.

2. Kinderbeschäftigung.

Ein Buchdruckerlehrling forderte von der Buchdruckerei Paul Mandelstamm Entschädigung für 17 Wochen à 5 M., in Summa 85 M.

Der kaum vierzehnjährige Junge war bei der beklagten Firma ohne die vorgeschriebene ärztliche Untersuchung 17 Wochen lang als Druckerlehrling tätig. Nach dieser Zeit erst will der Beklagte bemerkt haben, daß der Kläger körperlich unfähig zu der Arbeit sei. Er bot ihm an, als Setzerlehrling bei ihm weiter zu lernen. Darauf ging der Kläger nicht ein. Gegen den Klageanspruch wendet der Beklagte ein, er habe gar nicht gewußt, daß der Kläger ohne ärztliche Untersuchung eingestellt war. Er habe den Kläger auch nicht entlassen, sondern die Setzerlehrstelle angeboten. Die Sorglosigkeit des Beklagten veranlaßte einen der Beisitzer mit Recht zu dem Ausruf: „Wie können sie ein solches Kind in so verantwortliche Tätigkeit nehmen? Das ist moralisch nicht zu verantworten." Das Gericht kam zu folgendem Urteil: Der Beklagte mußte spätestens nach 4 Wochen wissen, daß der Kläger körperlich unfähig war zu der Arbeit. Während der weiteren 13 Wochen habe der Beklagte auf diese Weise einen Arbeitsburschen gespart. Deshalb sei der Anspruch auf eine Entschädigung von weiteren 5 M. zu dem bezahlten Lohn von 5 M. pro Woche für 13 Wochen berechtigt. Der Kläger war nicht verpflichtet, sich auf eine Aenderung des Lehrverhältnisses einzulassen.

3. Ein „Prachtgebiß".

Eine Agentin des Zahnateliers Schmidt jetzt Pufahl, Brunnenstraße 62, forderte 77 M. Provision.

Der Beklagte wendete Zahlungsunfähigkeit der Kunden ein und machte eine Gegenforderung für ein der Klägerin gelieferes Gebiß geltend. Es handelte sich hauptsächlich um Abzahlungsgeschäfte. Die Zeugenaussagen widerlegten die Behauptung des Beklagten. Bezüglich des strittigen Gebisses wurde festgestellt, daß der Klägerin ein solches „Prachtstück" zur Reklame gegeben werden sollte. Es paßte jedoch nicht und es waren auch bereits gebrauchte Zähne dazu verwendet worden. Deshalb verzichtete die Klägerin darauf.

Das Gericht sprach der Klägerin 69,35 M. zu. In Rücksicht auf den Abzahlungscharakter des Geschäfts mußten die vermittelten Kundinnen durchaus als zahlungsfähig angesehen werden. Die Provision ist mithin zu zahlen. Das Gebiß der Klägerin war entweder ein „Prachtstück" zu Reklamezwecken, und dann brauchte es nicht bezahlt zu werden, oder aber es war kein solches, dann konnte die Klägerin die Annahme verweigern, weil im Gebrauch gewesene Zähne dazu verwendet wurden.

Aus Industrie und Handel.

Viehzucht in Deutsch-Südwestafrika.

In der Kolonialabteilung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft berichtete Direktor Neumann über die Verwendung von deutschem Zuchtvieh in Südwestafrika auf Grund einer Studienreise, die er in der deutschen Kolonie unternommen hat. Er kam dabei zu folgenden Schlußergebnissen: Angesichts des bestehenden Wassermangels, der geringen Züchtungskenntnisse und des schwierigen Absatzes infolge ungenügender Verkehrsverhältnisse müsse das Zuchtziel noch möglichst eingeschränkt werden. Man soll sich vor einer forcierten Milchwirtschaft hüten, da man Milch und Käse aus jenen heißen Gegenden ohne komplizierte Kühlanlagen nur schwer haltbar herstellen oder gar exportieren könnte. Das Zuchtziel müsse ein gutes Arbeitsvieh und die Fleischproduktion sein. Ein weiteres Fortschreiten auf dem Gebiete der Viehzucht, eine intensivere Erschließung des Landes und vor allem die Durchführung von Maßnahmen, die dazu beitragen, die nachteiligen Folgen von Trockenperioden zu beseitigen oder doch wenigstens zu mildern, werden dazu helfen, die Natur zu meistern. Heute aber schon die Natur zu bezwingen zu versuchen dadurch, daß man eine hochgezüchtete Rindviehzucht auf die völlig unvorbereitete südwestafrikanische Scholle verpflanzt, wird nicht gelingen.

In Erwartung des Petroleummonopols erhöht jetzt wiederum eine Petroleumgesellschaft, die zum Konzern der Deutschen Bank gehört, ihr Aktienkapital. Die Deutsche Petroleum-A. G. ist die Verkaufsgesellschaft für die Petroleumproduktion, die von den der Deutschen Bank unterstehenden rumänischen Gesellschaften geliefert wird. Insbesondere liefert die Steaua Romana an die Deutsche Petroleum A.-G. Die Kapitalerhöhung wird 15 Millionen Mark betragen und verdoppelt fast das Aktienkapital, das heute 20 Millionen groß ist. Davon sollen aber nur 25 Proz. eingezahlt werden. Die neuen Mittel sollen der Ausdehnung verschiedener neuer Unternehmungen dienen, da man vom Petroleum-Monopol größere Lieferungserträge erwartet. Die Kapitalserhöhung hat weiter den Zweck, der Deutschen Bank die Kontrolle über die Gesellschaft zu sichern. Die Deutsche Bank will nämlich die alten Aktien der Deutschen Petroleum-A.-G. abstoßen und an die Börse bringen. Um aber nicht den Einfluß auf die Gesellschaft zu verlieren, ist dann eine Kapitalserhöhung nötig, wobei die neuen Aktien im Besitz der Deutschen Bank bleiben. Daher ist die Einzahlung auch nur auf 25 Proz. festgesetzt worden.

Die Deutsche Petroleum-A.-G. erhöhte im letzten Geschäftsjahr ihre Dividende von 7 auf 8 Proz.

Die Aufhebung der Zuckersteuer wird auch von den Zuckerproduzenten gefordert. Am Donnerstag tagte in Berlin die „Vereinigung zur Hebung des Zuckerverbrauchs" und forderte in einer Resolution von der Reichsregierung, endlich die des öftern zugesagte Herabsetzung der Zuckersteuer mit tunlichster Beschleunigung herbeizuführen.

Letzte Nachrichten.

Die genarrten Franzosen.

Paris, 19. Februar. (W. T. B.) In einer Blättermeldung aus Petersburg wird darüber Beschwerde geführt, daß die russische Regierung die Absicht habe, die Maschinenlieferungen für die Eisenwerke von Perm einem englischen Syndikat zu übergeben, obgleich deren Angebot ungünstiger sei als das der französischen Industrie. Es sei dies um so seltsamer, als der frühere Ministerpräsident Kokowtzow anläßlich der Erhöhung der russischen Eisenbahnanleihe auf 600 Millionen dem früheren Botschafter Delcassé ausdrücklich versprochen habe, daß die Lieferungen für die Eisenwerke von Perm, welche gleich den Putilowwerken Kriegsmaterial erzeugen, der französischen Industrie überlassen werden sollten.

Schutzleute als Totschläger.

Beuthen (Oberschlesien), 19. Februar. (W. T. B.) Das Schwurgericht verurteilte heute zwei Polizeisergeanten, die in der Nacht zum 25. August v. J. auf der Polizeiwache in Königshütte den Grubenarbeiter Grzib schwer mißhandelten und ihm u. a. einen Stich in die Lunge versetzten, so daß er starb, und zwar den Polizeisergeanten Kokot zu drei Jahren, Wegehaupt zu zweieinhalb Jahren Gefängnis.

A. Wertheim — Heute billige Lebensmittel

Obst		Gemüse		Fleisch		Fische		Geflügel	
Mandarinen	Pfund 18, 22 Pf.	Weißkohl	Pfund 2 Pf.	Schmorfleisch	Pfund 85 Pf.	Kabeljau ohne Kopf, in ganzen Fischen	Pfund 14 Pf.	Hühner	Stück 1.60 bis 2.70
Apfelsinen	Dutzend 18, 28, 35 Pf.	Mohrrüben	3 Pfund 10 Pf.	Roastbeef mit Knochen	Pfund 90 Pf.	Seelachs „ „	Pfund 16 Pf.	Poulets gefroren	Stück 1.20
Blut-Orangen	Dutzend 28, 38 Pf.	Kartoffeln	10 Pfund 22 Pf.	Rinderkamm	Pfund 70 Pf.	Schellfisch	Pfund 25 Pf.	Enten	Stück 2.75 bis 4.00
Zitronen	Dutzend 25, 35 Pf.	Blumenkohl	Kopf 10, 15, 18 Pf.	Fehlrippe	Pfund 75 Pf.	Goldbarsche	Pfund 22 Pf.	Birkwild	Stück 1.90 bis 2.30
Kochäpfel	5 Pfund 75 Pf.	Märk. Rübchen	3 Pfund 25 Pf.	Schweinekamm	Pfund 75 Pf.	Grosse Schollen	Pfund 35 Pf.	Schneehühner	Stück 1.10
Graue Reinetten	2 Pfund 35 Pf.	Meerrettich	Pfund 18 Pf.	Schweinekoteletten	Pfd. 85 Pf.	Rotzungen	Pfund 25 Pf.	Haselhühner	Stück 70 Pf.
Rote Aepfel	2 Pfund 35 Pf.	Schnittlauch	Topf 20 Pf.	Schweinebauch	Pfund 70 Pf.	Kaulbarsche	Pfund 25 Pf.	**Butter**	
Almeria-Wein	Pfund 45 Pf.	Sellerie	Knolle 3, 8, 10 Pf.	Rückenfett	Pfund 55 Pf.	Steinbutten	Pfund 80 Pf.	Koch- u. Backbutt.	Pfd. 1.10 u. 1.18
Rhabarber	Bund 5, 10 Pf.	Maiakartoffeln	Pfund 10 Pf.	Pökelkamm	Pfund 75 Pf.	Lebende Plötzen	Pfd. 35, 60 Pf.	Tischbutter	Pfd. 1.28 ½-Pfd-P. 64 Pf.
								Tafelbutter	Pfd 1.32 ½-Pfd-P 66 Pf.

Ananas Pfund **58** u. **68** Pf. | **Kiel. Sprotten** Kiste ca. 1 Pfund **40** Pf. | **Gänse** gefroren, Pfund **48** Pf.

Oeffentliche politische Versammlungen.

Sechster Wahlkreis.

Sonntag, den 22. Februar, abends 6 Uhr, in den Pharus-Sälen, Müllerstr. 142:

Oeffentliche politische Versammlung für Männer und Frauen.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Schriftstellers Max Schütte. 2. Diskussion. 225/7

Nach der Versammlung:

Gemütliches Beisammensein und Tanz.

Zahlreichen Besuch erwartet. Der Einberufer: Georg Petersdorf, Türkenstr. 15.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berliner Reichstagswahlkreises.

Montag, den 23. Februar, abends 8½ Uhr:

4 Mitglieder-Versammlungen der Jugendlichen von 18 bis 21 Jahren

in folgenden Lokalen:

Berolina-Festsäle, Schönhauser Allee 28.
Kaczorowski, Ravenéstraße 6.
Hase, Hochstraße 31.
Schröder, Stromstraße 36.

Tagesordnung:

1. **Vortrag.** 2. **Diskussion.**

Referenten: **S. Katzenstein — Max Peters — Wilhelm Paetzel — Ernst Neumann.**

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

225/6* Der Vorstand.

Patentanwalt Prillwitz
Berlin N.W. 21. Thurmstraße 34.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Linienstr. 83-85.
Telephon: Amt Norden 1987, 1239, 9714, 185.

Sonntag, den 22. Februar 1914, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, großer Saal:

Allgemeine Branchenversammlung der Rohrleger u. Helfer.

Tagesordnung:

1. **Vortrag des Reichstagsabgeordneten Spiegel.** 2. Diskussion. 3. Verbands- u. Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Sonntag, den 22. Februar 1914, vormittags 10 Uhr, im Lokal von Haberland, Linienstr. 73:

Versammlung der Kesselschmiede.

Tagesordnung:

1. **Die Entwickelung der Technik und unsere Stellung zur Maschinenarbeit.** Referent: Kollege Fritz Carl. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.

Sonntag, den 22. Februar 1914, vormittags 10 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59:

Branchen-Versammlung der Werkzeugmacher, Werkzeugschleifer, Einrichter sowie sämtlicher Zigarettenmaschinenführer.

Tagesordnung:

Fortsetzung der am 25. Januar vertagten Versammlung.

Da zwei wichtige Anträge zur Beratung stehen, ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

113/3 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Freitag, den 20. Februar, abends 8½ Uhr, bei Boeker, Weberstraße 17:

Kombinierte Versammlung der Ortsverwaltung und Kontrollkommission.

Sargtischler.

Sonntag, den 22. Februar, vormittags 10 Uhr, bei Michaltscheck, Petersburger Straße 84:

Branchen-Versammlung.

Tagesordnung: **Verbands- und Branchenangelegenheiten.**

Sonntag, den 22. Februar, vormittags 10 Uhr, bei Boeker, Weberstraße 17:

Gemeinsame Versammlung

der Bautischler, Einsetzer, Treppengeländerarbeiter, Bodenleger und Jalousiearbeiter.

Tagesordnung:

1. **Bautätigkeit und Geschäftslage in den Baubranchen der Holzindustrie.** Referent Kollege Richard Leopold. 2. Diskussion.

Montag, den 23. Februar, nachmittags von 3 bis abends 9 Uhr finden im **Gewerkschaftshause,** Engelufer 15, die

Ausschußwahlen zur Krankenkasse der Tischler und Pianofortearbeiter

statt.

Soweit die Kollegen in den in Frage kommenden Betrieben noch nicht im Besitze von Wahlkarten sind, muß der Vertrauensmann sich im Bureau der Krankenkasse, Oranienstraße 37, nachmittags von 4—7 Uhr unverzüglich Formulare zur Feststellung der Wahlberechtigung einfordern.

Die vom Holzarbeiter-Verband aufgestellte Liste trägt die Bezeichnung

Liste I.

83/11 Die Ortsverwaltung.

„BEROLINA" Fliesenleger-Produktivgenossenschaft (E. G. m. b. H.)

Schöneberg, Sachsendamm 44.

Bilanz per 31. Dezember 1913.

Aktiva.		Passiva.		
Kassa-Konto	200,99 M.	Kreditoren-Konto		4347,96 M.
Waren-Konto	8844,13 „	Genossensch.-Anteil-Kont.		5750,— „
Debitoren-Konto	16679,84 „	Reservefonds-Konto		5750,— „
Inventar-Konto	387,75 „	Produktionsfonds-Konto		2400,— „
		Notfonds-Konto:		
		Bestand	8500,—	
		Ueberweisung des Geschäftsverlustes	635,25	7864,75 „
	26112,71			26112,71 M.

Die Mitgliederzahl betrug am 31. Dezember 1913 8 und ist im Laufe des Jahres unverändert geblieben. 102/9

Das Genossenschafts-Anteil-Konto betrug am 31. Dezember 115 Anteile mit 5750,— M.; die Haftsumme belief sich ebenfalls auf 5750,— M.

Das Genossenschafts-Anteil-Konto sowie die Haftsumme sind im Laufe des Jahres unverändert geblieben.

Der Vorstand.
Heinr. Huxhold. Wilh. Wüsthof.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Sektion 5, Industriearbeiter.

Sonntag, den 22. Februar 1914, vormittags 9½ Uhr, in den „Musiker-Sälen", Kaiser-Wilhelm-Straße 31:

Sektions-Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:

1. Bericht der Sektionsleitung vom verflossenen Jahr und Neuwahl. 2. Bericht über den Stand der Agitationskasse und Neuwahl des Kassierers und der Revisoren. 3. Stellungnahme zu den eingegangenen Anträgen und Verschiedenes.

Mitgliedsbuch ist mitzubringen. Wer 8 Wochen mit den Beiträgen im Rückstande ist, erhält keinen Zutritt. Als Versammlungsausweis dient ein Stempel, den jeder ins Buch hineingedruckt erhält.

Ein vollzähliges Erscheinen erwartet

62/12 Die Sektionsleitung. I. A.: Karl Fromke.

Verantw. Redakt.: Alfred Wielepp, Neukölln. Inseratenteil verantw. Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Gewerkschaftliches.

Terrorismus christlicher Gewerkvereinler.

In was für eine Klemme die gelegentlich vom Regierungstisch gelobten christlichen Gewerkvereine kommen, wenn das von den konservativen und nationalliberalen Scharfmachern stürmisch geforderte „Gesetz zum Schutze der Arbeitswilligen“ in Kraft tritt, dafür liegt wieder ein lehrreicher Beweisfall vor. Der Streit zwischen den „Berlinern“ und „Kölnern“, der augenblicklich so hell lodert wie nie zuvor, wird naturgemäß auch auf den Arbeitsplätzen zwischen den Anhängern der beiden Richtungen ausgefochten. Im Jahre 1912 wurde der christliche Gewerkschaftssekretär **Töllner** in Allenstein „wegen Bedrohung und Beleidigung“ von den „Berliner Fachabteilungen“ angehörenden Maurern zu 100 Mark Geldstrafe eventl. 10 Tagen Gefängnis, zwei andere christlich organisierte Maurer wegen desselben Delikts zu je 50 M. oder 5 Tagen Gefängnis verurteilt. Jetzt teilt das „Korrespondenzblatt der beruflichen Fachabteilungen“ (Nr. 3), Berliner Richtung, mit, „die christlichen Herren hätten sich seither nicht gebessert“, was ein neuer Terrorismusfall in Allenstein beweise. Da dieser „Fall“ einer der typischen ist, die von den Scharfmachern als Beweis für den Terrorismus der „sozialdemokratischen Gewerkschafter“ angeführt werden, seien die wesentlichen Darlegungen des „Berliner“ Blattes nun wiedergegeben:

„Am 3. November 1913 begann der Maurer **Kuklik** seine Arbeit an einem Bau des Maurermeisters Pfeiffer-Allenstein. **Sofort wurde Kuklik von einem christlich organisierten Maurer gesagt, daß er wie alle andern Bauarbeiter am nächsten Tag sein Mitgliedsbuch vom christlichen Bauarbeiterverbande zur Kontrolle auf den Bau mitzubringen habe,** anscheinend seien verschiedene Bauarbeiter nicht organisiert. Kuklik, welcher früher dem christlich organisierten Bauarbeiterverbande angehörte, hatte nach seiner Angabe mit demselben schlechte Erfahrungen gemacht, weshalb er aus dem Verbande ausgetreten war.

Darauf ist der **Vertrauensmann und Kassierer in der Zahlstelle des christlichen Bauarbeiterverbandes** Narrek an Kuklik herangetreten und **verlangte von ihm, daß er dem christlichen Verbande beitrete, andernfalls er die Arbeit niederlegen müsse.** Als Kuklik sich weigerte, dem christlichen Verbande beizutreten, ging Narrek zum Polier und **verlangte, daß dieser den unorganisierten Kollegen aus der Arbeit entlasse, andernfalls würden die anderen organisierten Maurer die Arbeit niederlegen.** Der Polier teilte dieses Kuklik mit und fügte selbst hinzu, falls er dem christlichen Verbande nicht beitrete, müsse er ihn aus der Arbeit entlassen, da ja andernfalls die andern christlich organisierten Bauarbeiter die Arbeit niederlegen wollten. **Weil Kuklik aber von dem christlichen Verbande nichts wissen wollte, wurde er vom Polier aus der Arbeit entlassen.**

Der arbeitslose Kuklik strengte sofort gegen den Maurer Narrek die **gerichtliche Klage wegen Schadenersatz von 60 M. an.** In den gerichtlichen Verhandlungen wurde nun dieser Terrorismusakt durch Zeugen, die ebenfalls dem christlichen Bauarbeiterverbande angehören, klar festgestellt; das **Gericht verurteilte Narrek, an Kuklik die 60 M. Schadenersatz zu zahlen.** Außerdem wurden ihm die sämtlichen gerichtlichen Kosten auferlegt.“

Da hätten wir also „den Terrorismus in seiner krassesten Form“, wie die Scharfmacherpresse ein solches Vorkommnis zu kommentieren pflegt. Diesmal handelt es sich um einen Vertrauensmann des christlichen Bauarbeiterverbandes und der „Terrorisierte“ ist ein katholischer Fachabteiler. Das „Berliner“ Blatt schreibt weiter:

„Glücklicherweise für Narrek hat Kuklik davon Abstand genommen, außer diesem Zivilprozeß noch einen Strafprozeß gegen Narrek zu stellen. Nach § 153 der Gewerbeordnung wird derjenige, der andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, durch Ehrverletzung, oder durch Verrufserklärung bestimmt oder zu bestimmen versucht, an solchen Verabredungen (§ 152 der G.-O.) teilzunehmen, oder ihnen Folge zu leisten, oder andere durch gleiche Mittel hindert oder zu hindern versucht, von solchen Verabredungen zurückzutreten, mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft, sofern nach dem allgemeinen Strafgesetze nicht eine härtere Strafe eintritt. —

Was sagt zu einem solchen Terrorismusakt der christliche Bauarbeiterverband? **Ob er denselben auf das entschiedenste verurteilt? Wenn christliche Gewerkschaftler von Sozialdemokraten terrorisiert werden, dann schreibt die Baugewerkschaft spaltenlange Artikel in alle Zeitungen.** Wie sind die Führer der christlichen Gewerkschaften auf dem letzten deutschen Arbeiterkongreß gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaften losgegangen, weil sie christlich organisierte Arbeiter belästigten. Was geschieht aber im christlichen Lager selbst? Wie die Saat, so die Ernte.“

Der „Berliner“ Kommentar kann die Führer der christlichen Gewerkschaften lehren, wohin es führt, wenn sie sich dazu hergeben, in ihrer Presse, auf ihren Kongressen und auch in den Parlamenten den Scharfmachern durch Anführung „sozialdemokratischer Terrorismusfälle“ Wasser auf die Mühlen zu treiben. Nun schallt den „Kölnern“ aus dem Lager der „Berliner“ die Anklage auf Terrorismus der Arbeitswilligen entgegen. Wer im Glashause sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. —

Wie aber liegt der „Terrorismusfall“ in Allenstein, mit den Augen eines gewerkschaftlich organisierten Arbeiters gesehen? Die betreffenden Bauarbeiter haben sich organisiert zur Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen, brachten deswegen große finanzielle Opfer, erreichten den Abschluß eines Tarifvertrages. Da kommt ein Arbeiter, der nicht einer der Tarifparteien angehört, keine Opfer für die Regelung der Arbeitsverhältnisse brachte und will von den errungenen Vorteilen mitgenießen. Die Aufforderung, sich zu organisieren, schon damit er von den tariftreuen Parteien kontrolliert werden kann, beantwortet der opferunlustige „Nassauer“ ablehnend. Dann erst erklären die organisierten Bauarbeiter, mit dem „Nassauer“ nicht zusammenarbeiten zu wollen. Der Polier kann und will die alten Arbeiter nicht gehen lassen, sondern entläßt den Unorganisierten. **Handeln die Organisierten unsittlich, wenn sie verlangen: Wer ernten will, soll auch säen!? Wenn dies Verlangen unsittlich und strafwürdig ist, dann muß sich das „Gesetz zum Schutze der Arbeitswilligen“ gegen die Konventionen und Syndikate der Unternehmer mit aller Schärfe richten, denn diese Unternehmerorganisationen wenden rücksichtslos Boykott und Verrufserklärung, bis zur Unterwerfung oder Vernichtung des „Außenseiters“, gegen „Nassauer“ an!** Handeln die Landwirtschaftsbündler, die organisierten Aerzte anders? Oder heften sie nicht einem „Außenseiter“ das Stigma der „standesunwürdigen“ Gesinnung an? Nichts anderes taten die christlich organisierten Bauarbeiter in Allenstein, nichts anderes tun die freiorganisierten Maurer, wenn sie sich weigern, mit „Nassauern“ zusammenzuarbeiten. Soll dies als „Terrorismus“ eventl. mit Zuchthaus bestraft werden, so bedeutet das eine Prämiierung des gesellschaftsfeindlichsten Egoismus.

Der Fall von Allenstein sollte den Führern der christlichen Gewerkschaften vor Augen führen, in welche Lage sie ihre Mitglieder bringen, wenn sie, die Gewerkschaftsführer, dem Drängen der Scharfmacher auch nur einen Fingerbreit nachgeben. Das gilt natürlich auch für die sogenannte „paritätische Aenderung des gemeinen (Straf-) Rechts“. Auch diese wird sich im Effekt nur gegen die Arbeiter richten.

Berlin und Umgegend.

Die Tarifbewegung der Steinarbeiter.

Die Unternehmer nahmen gegenüber den Forderungen der Sandsteinarbeiter in allen wesentlichen Punkten dieselbe Haltung ein, wie zu den Forderungen der Marmorarbeiter. Vor allen Dingen lehnen sie jede Verkürzung der Arbeitszeit ab. Eine am Mittwoch abgehaltene Versammlung der Sandsteinarbeiter beschloß, die Forderung des Achtstundentages insofern zurückzuziehen, als es sich um Versetzarbeiten auf Bauten handelt, wo die Steinarbeiter mit den Maurern zusammenarbeiten. In diesen Fällen soll die tarifmäßige Arbeitszeit der Maurer auch für die Steinarbeiter gelten. Damit haben die Sandsteinarbeiter die von den Unternehmern als Voraussetzung zu weiteren Verhandlungen gestellte Bedingung erfüllt und sind bereit, auf Grund ihrer übrigen Forderungen weiter zu verhandeln.

Bodenleger. Wohl mit am grimmigsten hat die gegenwärtige Krise in dieser Branche gewütet. Von den 176 organisierten Bodenlegern sind 150 zurzeit ohne Beschäftigung. Die Löhne, die sich früher in günstigen Bahnen bewegten, sind rapide gefallen. Verdiente früher ein Arbeiter dieser Branche 50 M. und darüber, so muß er sich heute, wenn er überhaupt Beschäftigung hat, mit einem Lohne von 30 bis 35 M. begnügen. Man kann sogar von einem fortschreitenden Untergang dieser Branche sprechen, da in außerordentlich vielen Neubauten, öffentlichen wie privaten, zum Linoleumbelag usw. übergegangen wird. Sektionsleiter Schneider, der über die gegenwärtige Situation in der Bodenlegerbranche in einer am vergangenen Mittwoch abgehaltenen Versammlung referierte, gab der Meinung Ausdruck, daß die verworrenen Zustände der Branche bei günstiger Konjunktur nur durch größere Pflege des Organisationsgedankens zu lösen sind. Die jetzige Not einigermaßen zu lindern, hat die Sektionsleitung alle nur erdenklichen Maßnahmen ergriffen. Sie hat an die verschiedensten Orte geschrieben, um den Berliner Arbeitsmarkt zu entlasten, bis jetzt jedoch ohne größeren Erfolg.

Nach sehr ausgiebiger Diskussion über diesen Situationsbericht, wählte die Versammlung Albert Bormann und Franz Labow zu Kommissionsmitgliedern, Gülde, Kleinvogel und Gutsche zu Revisoren.

Deutsches Reich.

Die Dachdecker sind in Schneidemühl ausgesperrt, weil sie es ablehnten, zu den von den Unternehmern gestellten Bedingungen zu arbeiten. Als im vorigen Jahre den Unternehmern ein Tarif zugesandt wurde, erklärten sie, auf die Wünsche der Arbeiter nicht eingehen zu können, da die Arbeiten bereits abgeschlossen seien; die Einreichung des Tarifes hätte zeitiger erfolgen müssen. Um es nicht zu einem Kampfe kommen zu lassen, waren die Arbeiter mit einigen Zugeständnissen zufrieden. In diesem Jahre wurde nun der Tarif den Unternehmern zeitiger zugestellt; deshalb konnten sie sich nicht hinter der früher von ihnen gemachten Ausrede verstecken. Einen Arbeitsvertrag, den sie darauf den Arbeitern vorlegten, mußten diese ablehnen. Die Unternehmer verfügten daraufhin die Aussperrung. Zuzug ist fernzuhalten.

Ein gelber Beamten-Werkverein.

Auf dem Krupp-Grusonwerk in Magdeburg wird mit einer ganz auffälligen Hast auf die Gründung eines gelben Vereins der Beamten des Werks hingearbeitet. Am letzten Freitag erhielten sämtliche Werksbeamte ein Schreiben von dem „erweiterten Beamtenausschuß“, dessen Existenz bisher jedermann dunkel und verborgen war, zugestellt mit der Mitteilung, daß Anregungen zufolge dieser Ausschuß einen Statutenentwurf für einen Beamtenverein ausgearbeitet habe, und daß „nachdem der Direktion davon Kenntnis gegeben worden sei, nunmehr die Gründung des Vereins vorgenommen werden solle. Die Beamten wurden ersucht, bis zum anderen Tage mittags ihre Beitrittserklärungen abzugeben und am Montag in der Gründungsversammlung zu erscheinen.

Der Statutenentwurf besagt, daß der Verein die Pflege der Geselligkeit und Kameradschaftlichkeit zur Aufgabe habe, aber „die Ausdehnung seiner Betätigung bleibt vorbehalten“. Nach welcher Richtung diese Ausdehnung erfolgen soll, läßt sich unschwer erraten. Die Beamten sind sich einig darüber, daß es sich um einen gelben Verein handelt, dessen Gründung nicht ihrer Initiative, sondern der der Werksleitung entspringt. Das geht auch aus einer statutarischen Bestimmung hervor, in der es heißt, in das Werk neu eintretende Beamte oder in Beamtenstellung aufrückende Personen „haben sich“ innerhalb einer bestimmten Frist über ihren Beitritt zu erklären. Welcher freiwillige Verein würde sich erlauben, ein solches kategorisches Gebot auszusprechen? Würde er nicht von aller Welt ausgelacht werden?

Dieser von der Werksleitung beabsichtigte Zwang zum Beitritt wird unterstützt durch eine Reihe anderer Bestimmungen des Statuts, so z. B. der, daß jetzige Beamte des Werks, die dem Verein nicht sofort bei der Gründung beitreten, später das Drei- bis Fünffache des Eintrittsgeldes zu entrichten und die Beiträge vom Tage der Gründung an nachzuzahlen haben. Ganz wie bei den gelben Arbeitervereinen sollen die Vereinsbeiträge vom Kassierer des Werks eingezogen werden durch Abzug vom Gehalt. Ob die Werksleitung wohl bei einem rein geselligen Verein auf derartige Bevormundungs- und Kontrollmaßregeln verfallen würde? Eine weitere Bestimmung besagt, daß Beamte, die aus dem Verein ausscheiden, wenn sie auf dem Werk bleiben, jedes Anspruchs auf ihre eingezahlten Gelder verlustig gehen. Ein weiterer Fesselungsversuch!

Schlüsse auf die Art dieser Vereinsgründung läßt auch ein Satz im Anschreiben des „erweiterten Beamtenausschusses“ zu, worin es heißt, man möchte in der Gründungsversammlung den Statutenentwurf unverändert lassen und erst nach Ablauf eines Jahres etwaige

Kleines Feuilleton.

Ein Shrupopfer im Hotel Adlon. Man hat einen ungarischen Studenten über die Grenze geschleift, aber es hat nicht viel Staub aufgewirbelt. Die akademische Welt ließ der firen Polizeigewalt ihren „freien“ Lauf, und es erhob sich kein Hauch, geschweige denn ein Sturm der Empörung. Kurz entschlossen steckten die akademischen Bürger die Köpfe in den Sand, darin die dämliche Chose verlaufen sollte. Es war ein brennender Fall, aber er zündete nicht, und vor der nackten Brutalität hüllt sich der Bursch in die Falten des eisigen Schweigens. In den Mäulern, die beständig voll sind mit breiten Phrasen, ist kein Raum mehr für ein freies Wort, und insonderheit zwischen Speisengängen drängt es die Professoren, zu bekennen, wes Geistes Kind sie sind.

Im Hotel Adlon haben die amerikanischen Austauschprofessoren ihr offizielles Abschiedsdiner gefeiert. Es war ein „elegantes Bild“, und es fiel keiner aus dem Rahmen. Austauschprofessor Coldige erhob sein Glas nur zu einem Toast auf den Kaiser, er erhob keinen Vorwurf gegen die reaktionäre Universität, und der Austauschprofessor Schoren ergriff nicht das Wort zu einem Hieb gegen den preußischen Polizeigeist, o nein, er ergriff es nur, um in seiner warmen, so sympathischen Art die deutsche Wissenschaft zu feiern. „Manchmal“, meinte er, „bei dem imponierenden Anblick einer Gruppe der Männer, welche das deutsche Denken leiten, oder das Deutsche Reich regieren, — o manchmal habe ich zum Augenblicke flüstern wollen: Allzu schwach bin ich, die Gaben, welche du mir mit leicht spendenden Händen und dahin eilenden Füßen darbietest, so schnell in mich aufzunehmen und zu verwerten — verweile doch, du bist so schön! — Aber wir lernen schon in der Schule aus Horaz und Lamartine, daß die unerbittliche Zeit solchem Flehen kein Gehör schenkt.“

Wie traurig, daß die mit der Peitsche hantierende Zeit solches Flehen nicht „hören“ kann. Sie müßte es hören können, um es, eine Weile im Hetzlauf zögernd, unerbittlich zu belohnen. Wir haben wahrlich in den reichseigenen Trögen byzantinischen Syrup genug; wir bedanken uns bestens für amerikanische Zufuhren in diesem widerlich-klebrigen Artikel.

Die imponierenden Männer, welche das deutsche Denken leiten! Jawohl, sie leiten es imposant, denn sie verschmähen die Beihilfe der Polizeifuchtel keineswegs. Die Wissenschaft und ihre Lehre soll in Preußen-Deutschland frei sein — so frei, wie die Polizei es erlaubt.

Durch Elektrizität sterilisierte Säuglingsmilch. Die Säugling in Liverpool erfreuen sich des Vorzugs, eine Milch geliefert zu bekommen, die auf elektrischem Wege sterilisiert und von allen Keimen befreit wurde. Das elektrische Sterilisierungsverfahren hat vor dem durch Dampf bewirkten den Vorzug, daß die so behandelte Milch ihren Geschmack behält. Die Sterilisation wird durch einen elektrischen Strom von hoher Spannung ausgeführt, der durch die Milch geleitet wird. Der Prozeß wird ständig von dem Professor der Bakteriologie an der Liverpooler Universität überwacht. Auf diese Weise wurden in den letzten zehn Jahren in Liverpool 25 000 Säuglinge durch sterilisierte Milch ernährt, die von 17 000 Kühen geliefert wurde.

Theater.

Königl. Schauspielhaus. Ibsens Drama „Peer Gynt“, an das sich in Berlin früher nur ein Theaterverein gelegentlich einmal heranwagte, erscheint in diesem Jahre auf dem Spielplan zweier großer Berliner Bühnen. Der Aufführung in Barnowskis Lessingtheater ist jetzt, nicht weniger sorgsam vorbereitet, die des Königl. Schauspielhauses gefolgt. Daß sich die Leitung des Schauspielhauses entschloß, das außerordentlich langgedehnte, in der Barnowskischen Premiere über vier Stunden dauernde Werk auf zwei Abende zu verteilen, ist ein guter Einfall. „Peer Gynt“ ist ja ein Stück in Stücken, dessen Wirkungen im einzelnen, nicht in dem Ganzen ruht. Die Verwandlungen, die der norwegische Bauernjunge durchmacht, sind nicht Entfaltung eines einheitlichen Wesenskerns; mehr eine lose Zutat, in deren Rahmen Ibsen, bunt allegorisierend, allerhand kritische Einfälle, Anklagen wider Zeitgenossen und sein Volk sich von der Seele schreibt. Peer verliert da das Persönliche seiner Physiognomie, wird zum bloßen Träger eines skrupellosen, mit windiger Phantasterei versetzten Strebertums. So kehrt er heim von seinen abenteuerlichen Reisen, um hier — zu spät — in der Begegnung mit dem geheimnisvollen Knopfgießer zu erkennen, wie es um seine arme, jedes festen Gehalts beraubte Seele steht. Erst am Schlusse, da die verlassene Solveig, in unerschütterlichem Glauben an den Geliebten hängend, Peer wieder gegenübertritt, durch ihr Erbarmen tröstend ihn erlöst, weicht das Schattenhafte, ergießt sich in die Adern der Dichtung neues Herzblut. Die Teilung gibt die Möglichkeit, die erste, wesentlich poetisch konkrete, an Schönheit unvergleichlich reichere Hälfte, ohne die allegorische und bühnenfremde Ueberfracht der zweiten zu genießen. Den Ausgang kann sich die Erinnerung des Lesers dann ergänzen.

Griegs berühmte Musik zum „Peer Gynt“, die auch im Lessing-Theater die Aufführung umrahmte, kam in dem Schauspiel nur noch stimmungsvoller zur Geltung. Sie setzt hier nicht erst nach dem Fallen des Vorhangs, sondern in den beiden letzten Bildern, bei offener Szene, ein. Solveig — Fräul. Thimig spielte das junge Blut, das den versenten Peer in seiner eisbedeckten Berghütte aufsucht, mit herzbewegend schlichter Innigkeit — schaut lange, lange, an die Tür gelehnt, nach dem Verschwundenen aus. Die Musik, dieses stille Schauen des Mädchens begleitend, ergreift wie ein Ausströmen ihrer innersten Empfindung. Aehnlich verwebte sich das unmittelbare Zusammen von Bild und Ton in der letzten Szene, als Peer vom Totenbette Aases, der lieben Mutter, fortgeschlichen, zum stärksten Eindruck. Frau Paula Conrad, nach langen Jahren zum Schauspielhause zurückgekehrt, erschütterte in der Sterbezeune durch den wunderbar warmen Ausdruck, den sie für Aases Mutterliebe fand. Clewings Peer war ein gesundheitstrotzender Naturbursch, der, im Gegensatz zu Katzlers Darstellung der Rolle, mehr mit seinen seltsamen Phantasien spielte, als daß er von ihnen besessen leidenschaftlich hin und her geworfen wäre. Weniger bedeutsam, wirkte er glaubhafter und war — ein großer Vorzug gegen jenen, der sich im heftigen Stürmen überschlug — in jedem Satz verständlich.

Die Inszenierung, im Dekorativen nicht so farbig wie die des Lessing-Theaters, zeigte durchgängig feinsinniges Verständnis für die Dichtung, half auch über die fatal-grotesken Dovre-Szenen, so gut es ging, hinweg. Ihr Bestes leistete sie in den beiden Schlußbildern, die den Erfolg entschieden. An Stelle der bekannten Morgensternschen Verdeutschung, die das Lessing-Theater nicht freigab, wurde eine Uebertragung von Dietrich Eckart benutzt, die im Verlage Herold zu Berlin-Steglitz als Buch erschienen ist. dt.

Notizen.

— Theaterchronik. Im Deutschen Opernhause beginnt von der nächsten Woche an der Vorverkauf für sämtliche Vorstellungen der Woche bereits am Sonntag um 10 Uhr vormittags. Ausnahmen werden besonders bekannt gemacht.

— Eine Vernichtung spätgotischer Fresken. In Niederzwehren, einem Vororte Kassels, hat man es fertig gebracht, wertvolle Wandgemälde der Kirche aus der spätgotischen Zeit als schlechten Putz von den Wänden zu kratzen. Man hat den Wänden einen „schönen“ Anstrich gegeben, damit dieser Teil des Gotteshauses doch auch sauber und ordentlich aussähe. Vor 23 Jahren erst wurde der Schatz unter der dicken, Jahrhunderte alten Kalkschicht entdeckt.

— Eine Polarkatastrophe. Die Expedition des Polarreisenden Christian Leden, die das Leben und die Musik der Eskimos studieren wollte, hat, wie bekannt wird, im Oktober in der Hudson-Bai Schiffbruch erlitten und hat bei dieser Gelegenheit die Kleider und den größten Teil ihrer Ausrüstung verloren. Einen Monat lang hauste Leden in einer Schneehütte; er erreichte dann Churchill nach außerordentlichen Strapazen; die Nase und mehrere Finger sind ihm erfroren.

— Der geadelte Haeckel. Die Herzöge von Meiningen, Koburg und Altenburg haben Ernst Haeckel zu seinem achtzigsten Geburtstage den erblichen Adel angehängt. Wenn es aus Bosheit gegen die Kirchenbonzen aller Farben geschehen wäre, für die Haeckel der leibhaftige Gottseibeiuns ist, so wäre es ein immerhin anerkennenswerter Witz. Das ist leider nicht anzunehmen. -

— Ein neues Serum gegen Rheumatismus soll der Lütticher Arzt Dr. Herry entdeckt haben. Nach dem Urteil der belgischen Akademie der medizinischen Wissenschaften wirkt das Serum mildernd auf rheumatische Erkrankungen ein.

Wünsche auf Abänderung vorbringen. Wo ist jemals ein Verein gegründet worden, der in seiner Gründungsversammlung nicht über seine Verfassung, sein Statut, debattiert hätte?

Die Ueberstürzung in der Gründung hat natürlich auch ihre Ursachen. Es soll verhindert werden, daß eine etwaige Opposition Zeit gewinnt, sich zu regen. Ob sich die Beamten aber überrumpeln und die Kandare anlegen lassen, wird man abwarten müssen. Vielleicht sind sie doch nicht so ohne weiteres bereit, ihre wirtschaftliche Bewegungsfreiheit völlig zu opfern. Die Geschichte ist auf alle Fälle aber auch ein neues treffliches Beweisstück für den Terrorismus und die Bedrohung der Koalitionsfreiheit durch — die Sozialdemokratie.

Stadtverordnetenversammlung.

6. Sitzung vom Donnerstag, den 19. Februar 1914, nachmittags 5 Uhr.

Die Sitzung wird vom Vorsteher Michelet nach 5½ Uhr eröffnet.

Der Ausschuß für die Vorberatung des Antrags Arons (Soz.) wegen Auflösung des Heimstättenkuratoriums ist gewählt; ihm gehören auch die Stadtvv. Hintze, Koblenzer, Paul Schulz und Dr. Weyl (Soz.) an.

Der Entwurf des Stadthaushaltsetats für 1914

liegt zur Beschlußfassung vor.

Stadtkämmerer Böß: Die allgemeine Finanzlage Berlins ist im Vergleich mit derjenigen anderer deutscher Großstädte günstig, die besondere Lage des Etats 1914 steht unter dem Einfluß der rückläufigen Konjunktur und unter dem Einfluß der kostspieligen Unternehmungen, die die Stadt letzthin mit einer gewissen Plötzlichkeit beschlossen hat. Der Etat stellt große Summen besonders für Bauten aller Art zur Verfügung, um der herrschenden Arbeitslosigkeit zu steuern. Für Hochbauten sind 10 Millionen, für Tiefbautenverwaltung 8,5 Millionen eingesetzt. Die allgemeine Finanzlage ist am Stande des Vermögens zu prüfen. Das aktive Vermögen der Stadt überschritt am 31. März 1913 zum ersten Male eine Milliarde, und zwar betrug es 1 027 700 000 M., dem rund 557 Millionen Schulden gegenüberstanden; das Reinvermögen hat sich von 1905 bis 1913 auf 491 Millionen vermehrt. Die Grundlage unseres Wohlstandes ist in der früheren mäßigen und gleichmäßigen Anleihe- und Steuerpolitik zu suchen, die wir in den Jahren der baulichen Erschließung und der Entwickelung unseres Handels, Gewerbes und der Industrie getrieben haben. Hohe Beträge dagegen haben wir alljährlich aus laufenden Mitteln entnommen. In den neunziger Jahren haben wir 4 bis 10 Millionen jährlich aus Anleihen gebraucht, 1910 13 Millionen, 1913 dagegen 46 Millionen, 1914 werden es 71 Millionen sein. (Unruhe.) Wir fangen an, zu scharf ins Zeug zu gehen und von dem zu zehren, was früher geleistet worden ist; jetzt können wir unseren Bürgern Dividende in Gestalt niedriger Steuern zahlen; wie lange noch, ist eine andere Frage. Aufs entschiedenste müssen wir dagegen protestieren, zu einem Schullastenausgleich herangezogen zu werden. Die Frage eines Ausgleichs ist wichtig und dringend, sie muß aber auf breiter Basis ohne Antastung der Selbstverwaltung gelöst werden. Für Groß-Berlin steht da die Eingemeindung als zweckmäßiges Mittel zur Verfügung. Im Laufe eines Jahres haben wir eine Reihe von bedeutungsvollen Projekten beschlossen: zuerst Lanke mit 20 Millionen, die Großmarkthalle mit 35, die Fleischgroßhalle mit 6, den Westhafen mit 38 und die Jubiläumsstraße mit 5,5 Millionen. Die Kosten der Ausführung werden aus Anleihen bestritten werden. In allen Teilen der Verwaltung bestehen große Bedürfnisse, so bei den Anstalten in Buch, für Verkehrszwecke, Schnellbahnen, Brückenbauten usw. Ich halte eine Vorbereitung auf die künftig zu übernehmenden großen Mehrlasten für notwendig, wenn wesentliche Steuererhöhungen vermieden werden sollen. Offene oder stille Reserven sind anzusammeln, um plötzliche, zu starke Belastungen auszugleichen. Eine offene Reserve wäre etwa ein Steuerausgleichsfonds. Im Aufbau bringt der Etat 1914 eine bedeutsame Neuerung, die Trennung des Extraordinariums in zwei Teile: das Extraordinarium I, das aus laufenden Mitteln gespeist wird, und das Extraordinarium II, das aus Anleihen gedeckt wird. Je größer das Extraordinarium I sein wird, um so sicherer die gesamte Statslage. Der Etat balanciert mit 408 Millionen Mark, das Extraordinarium erfordert an Anleihen 71 Millionen Mark, übermäßige Abstreichungen haben wir nicht vorzunehmen brauchen. Die Balance ist im wesentlichen dem hohen Ueberschuß aus 1912 zu verdanken. In den Ueberschußkapiteln tritt bei den Renten ein wiederum um 600 000 M. erhöhter Beitrag der B. E. W. auf; bei der „Großen" dagegen ein Minus von 350 000 M. Die Verhältnisse drängen eben immer mehr auf den Schnellverkehr hin, und wir müssen daher die außerordentliche Langsamkeit bedauern, mit der die Elektrisierung der Stadt- und Ringbahn betrieben wird. Die Gaswerke bieten ein erfreuliches Bild, ein Beweis, wie die Stadt auch solche großen wirtschaftlichen Unternehmungen vorteilhaft betreiben kann. (Hört! hört!) Die Wasserwerke leisten erklärlicherweise jetzt weniger für den Etat; die Zeit wird aber kommen, wo ihre Erträge wesentlich besser werden. Für den Urbanhafen besteht eigentlich kein Bedürfnis mehr (Rufe: Zuschütten!); der Osthafen bedarf noch eines Zuschusses. Die Straßenbahnen bieten vorübergehend einen ungünstigen Abschluß; die Südlinien sind zu früh, ehe ihnen der Lindentunnel zur Verfügung stand, eröffnet worden. Lanke wird am 1. Oktober übernommen werden; halten wir uns fern von phantastischen Projekten, wie einer Schnellbahn nach Lanke! Wir werden an der einen Million jährlicher Last dafür lange genug zu tragen haben. Die Zuschüsse für die Krankenhäuser haben sich prozentual viel mehr gesteigert als die Verpflegungskostensätze; man wird diese nicht auf die Dauer auf ihrem Stand von 3 und 3½ M. halten können (Unruhe bei den Sozialdemokraten), man wird sie mehr mit den Selbstkosten in Einklang bringen müssen, und wir haben doch auch kaum nötig, den Krankenkassen auf diesem indirekten Wege so erhebliche Zuschüsse zu leisten. Im Tiefbau sind u. a. 4 Millionen für den Durchbruch von der Linden- und Kommandantenstraße nach dem Spittelmarkt zur Verfügung gestellt; für Hochbau stehen neu 10 Millionen im Etat. Die Ausgaben für Personalbesoldung und die Ruhegelder wachsen beständig und sehr stark. Auch der Kapital- und Schuldenetat erfordert 1½ Millionen mehr. Für gemeinnützige Zwecke geben wir 140 000 M. mehr her; auch das Dispositionsquantum muß von 600 000 auf 800 000 M. erhöht werden. — Unsere Erfahrungen mit den Steuereinnahmen lassen mich meine vorjährige Warnung, bei den Ausgaben Vorsicht walten zu lassen und an die Deckung der uns erwachsenen Mehrlasten mit Energie heranzutreten, nur noch dringender wiederholen. (Beifall.)

Die Generaldiskussion über den Etatsentwurf wird auf die nächste Sitzung verschoben.

In die Parkdeputation ist ein Bürgerdeputierter zu wählen. Vorgeschlagen sind der Direktor des Zoologischen Gartens Prof. Dr. Heck und der Architekt Herm. Jansen. Gewählt wird Jansen mit 54 von 104 Stimmen.

Zur Beratung steht dann der am 4. d. M. von der Freien Fraktion eingebrachte Antrag Düring:

Den Magistrat zu ersuchen, einer Vermehrung der Waisendeputation um zwei durch Bürgerdeputierte zu besetzende Stellen zuzustimmen.

Stadtv. **Düring** (Fr. Fr.) hebt als Zweck des Antrages hervor, daß er der Mitarbeit der Frauen in der Waisenpflege an der Zentralstelle den Weg bahnen solle. Nach der Annahme des analogen Antrages hinsichtlich der Armendirektion werde der heutige Antrag gewiß nicht auf Hindernisse stoßen. Die Waisendeputation stelle ja nur den der Jugendpflege gewidmeten Teil der öffentlichen Armenpflege vor.

Stadtv. **Ulrich** (A. L.) beantragt Ausschußberatung. Am liebsten hätte er freilich, da die Deputation erst vor Jahresfrist um drei Mitglieder verstärkt worden sei, den Antrag abgelehnt; damit wolle er sich aber nicht etwa gegen die Frauenhilfe erklären.

Stadtv. **Bruns** (Soz.): Auch wir sind gern bereit, im Ausschuß mitzuraten. Bei der vorjährigen Vermehrung der Deputation hatten wir schon die Wahl eines weiblichen Mitgliedes angeregt; damals war Herr Stadtrat Düring dagegen. (Hört! hört!) Die juristischen und gesetzestechnischen Bedenken werden sich hoffentlich zerstreuen lassen.

Stadtv. **Rosenow** (N. L.) tritt dem Stadtv. Ulrich entgegen.

Stadtv. **Düring** bemerkt gegen Bruns, daß er damals lediglich den Standpunkt des Magistrats vertreten habe, daß er aber stets der Auffassung gewesen sei, daß die Tätigkeit der Frau in der Verwaltung, wenn überhaupt, dann zuerst in der Waisenverwaltung ausgeübt werden sollte.

Der Antrag geht an den schon bestehenden Ausschuß für den Antrag wegen Verstärkung der Armendirektion.

Der Magistrat will die um das Hardenberg-Denkmal herumführenden Wege auf dem Dönhoffplatz beseitigen und ihre Flächen in die Rasenanlagen einbeziehen.

Die Versammlung beschließt Ausschußberatung.

Beim Versicherungsamt Berlin sollen 7 Beamte (der Bureauvorsteher und 6 Stadtsekretäre) in Konsequenz des § 1592 der Reichsversicherungsordnung zu ständigen Stellvertretern des Vorsitzenden bestellt werden.

Die Versammlung stimmt zu.

Aus Anlaß der jüngsten schweren Hochwasserkatastrophe an der Ostsee sollen als Beitrag zur Linderung der Not der betroffenen Fischer- und Bauernfamilien 5000 M. dem ständigen Hochwasserkomitee zur Verfügung gestellt werden.

Die Versammlung bewilligt den Beitrag.

In dem vom Stadtv. **Liebenow** (A. L.) erstatteten Bericht des Rechnungsausschusses findet sich in den Bemerkungen zum Jahresabschluß der Stadthauptkasse für 1912 der Passus, daß ein Drittel der Beamtenschaft, über ein Drittel der höheren und über ein Sechstel der Gemeindelehrer noch immer außerhalb Berlins wohnt. „Seiner moralischen Pflicht, als Träger und Förderer des Gemeinsinns sowie als Kulturträger am Dienstorte zu wohnen, ist sich dieser Teil der Beamten- und Lehrerschaft noch nicht bewußt."

Gegen diesen Passus erheben die Stadtvv. Mommsen (Fr. Fr.) und Rosenow Protest, da er eine Kompetenzüberschreitung des Ausschusses darstelle.

Stadtv. Dr. **Arons** (Soz.) schließt sich dem Protest an und stellt fest, daß der bezügliche Beschluß im Rechnungsausschuß keineswegs einstimmig gefaßt worden ist, sondern von seiner Seite und von anderen Seiten teilweise erhebliche Opposition erfahren hat. Ich habe im Ausschuß allerdings etwas scherzhaft den Antrag gestellt, die Herren möchten zunächst erst mal dafür sorgen, daß die Berliner Hausbesitzer in Berlin wohnen. (Heiterkeit.)

Stadtv. **Cassel**: Auch ich kann nur durchaus zustimmen, daß hier ein moralischer Vorwurf gegen diejenigen gerichtet worden ist, die mit Erlaubnis der städtischen Behörden außerhalb wohnen; das kann durchaus nicht gebilligt werden.

Ein Antrag wird an diese Bemerkungen nicht geknüpft.

Dem Verein für soziale innere Kolonisation Deutschlands, E. V. Zehlendorf will der Magistrat ein Darlehen von 100 000 M. gewähren gegen Uebernahme der Verpflichtung seitens des Vereins zur Beschäftigung von 200 Arbeitslosen der Stadt Berlin. Das Darlehen soll bis zum 1. Juli 1926 unkündbar sein und von da ab vierteljährlich gekündigt werden können. Die Gegenleistung ist die ständige Beschäftigung von 200 Arbeitslosen auf den Kulturstätten des Vereins auf je ein Jahr gegen einen Lohn von 2,80 M. für Ledige, 3,35 M. für Verheiratete; außerdem soll Gelegenheit zum Verdienst von 3—6 M. täglich in Akkordlohn geboten werden. Der Familie der Verheirateten soll täglich 1 M. von diesem Lohn überwiesen werden. Kost und Logis wird den Arbeitern, die möglichst bei Familien untergebracht werden sollen, für täglich 1,20 M. beschafft.

Die Vorlage wird mit einem Amendement Sonnenfeld (A. L.) ohne weitere Debatte angenommen, wonach der Verein den an die Familien der Verheirateten abzuführenden Betrag nach der Kinderzahl verschieden bemessen darf.

Mit dem Ankauf des Ermelerschen Grundstücks Breite Straße 11 und Neumannsgasse 12/16 für 1 Million Mark hat sich der eingesetzte Ausschuß einverstanden erklärt unter der Bedingung, daß die Verkäuferin, Frau Ermeler, die von ihr in Aussicht gestellte Stiftung errichtet.

Stadtrat **Berndt** teilt mit, daß die bezügliche Erklärung von der Frau Ermeler inzwischen abgegeben ist.

Die Vorlage wird darauf angenommen.

Die Einstellung neuer und erhöhter Zuwendungen an gemeinnützige Vereine, Veranstaltungen usw. ist in der Ausschußberatung nach den Magistratsvorschlägen im wesentlichen genehmigt worden. Die Subvention für den Hauptverein Kinderhort will der Ausschuß um die 3000 M. erhöhen, die im Entwurf für den Verein für Kindervolksküchen neu für seine Volkskinderhorte eingestellt sind; die Subvention für das Lokalkomitee Berlin für Schulzahnpflege ist von 28 000 (bisher 25 000) M. auf 35 000 M. erhöht worden, ebenso der Zuschuß an die „Zentrale für private Fürsorge" von 7500 auf 10 000 M. (statt auf 8500 M., wie der Magistrat vorschlägt). Die für die Olympischen Spiele (6. Olympiade Berlin 1916) geforderten 50 000 M., wovon 1914 die Hälfte mit 25 000 M. zur Anweisung gelangen soll, ist gegen den Widerspruch der sozialdemokratischen Ausschußmitglieder genehmigt worden.

Unter den Zuwendungen figuriert auch diejenige für die „Schmidt-Gallisch-Stiftung" mit 513 800 M. (zuletzt 451 500 M.).

Stadtv. **Leid** (Soz.): In dieser Position sind auch Summen enthalten, welche an den „Kinderrettungsverein" und den „Charitasverband" für Säuglingspflege gegeben werden. Beide Vereine haben die Sammelvormundschaft. Empfiehlt es sich, auf die Dauer angesichts der Tatsache, daß Berlin seit Jahresfrist ein Vormundschaftsamt zu dem Zwecke, über die unehelichen Kinder die Vormundschaft zu übernehmen, eingerichtet hat, diesen Vereinen erhebliche Summen zuzuwenden? Ich spreche den Wunsch aus, daß diese Frage eingehend geprüft wird und daß die Prüfung noch erfolgt, bevor wir endgültig über den Etat beschließen.

Die vom „Verbande Märkischer Arbeitsnachweise" eingerichtete Zentralstelle für Lehrstellenvermittelung und Berufsberatung in Groß-Berlin soll mit 2000 M. subventioniert werden.

Stadtv. **Bry** (A. L.): Im Ausschuß ist ein Antrag auf Erhöhung der Summe auf 4000 M. abgelehnt worden. Wir nehmen den Antrag wieder auf und bitten dringend um seine Annahme. Der Verband hat die sehr schwierige Aufgabe, in Berlin in die Lehrstellenvermittelung und Berufsberatung endlich einmal Ordnung zu bringen. Die Berufsvermittelung der Landesversicherungsanstalt, die ich mir angesehen habe, zeigt, welche schwere Aufgabe es ist, einen Jungen von 14 Jahren in den richtigen Beruf hineinzubringen. Von 10, die da vorsprechen, wollen immer 5 Mechaniker werden; die Luftschiffe, die Automobile und derartiges haben in den jungen Leuten die Anschauung erweckt, daß das ein sehr schöner Beruf sein muß. Tatsächlich leiden diese Berufe an sehr starker Ueberfüllung. Es gibt auch schon Lehrwerkstätten, wo die Lehrlinge noch das große Opfer von 20—25 M. pro Monat für ihre Lehre bringen müssen. Ueber diese Zustände müssen die Eltern wie die jungen Leute aufgeklärt werden. In der Zentralstelle wird außerordentlich gewissenhaft gearbeitet. Die Einrichtung hat aber schon jetzt mit einem Fehlbetrag von 17 000 M. zu rechnen; es müssen also außer Berlin noch andere Körperschaften sich für die Erhaltung der Zentralstelle interessieren.

Stadtv. **Goldschmidt** (N. L.): Im Ausschuß hatte ich diese Erhöhung beantragt, bin aber damit nicht durchgekommen; jetzt scheint ja erfreuliche Uebereinstimmung zu bestehen. Wir werden einmütig für die Erhöhung stimmen.

Stadtv. **Bruns** (Soz.): Nach der heutigen so eindrucksvollen Rede des Kollegen Bry, denen im Ausschusse die Begründung für die Erhöhung nicht genügte, werden wir für die Erhöhung auf 4000 M. stimmen. (Heiterkeit und Beifall.)

Stadtv. **Pfannkuch** (Soz.): Im Ausschusse sind wir bei der Forderung von 50 000 M. für die Olympischen Spiele 1916 schließlich allein in der Minderheit geblieben, obwohl auch von der Freien Fraktion erklärt wurde, sie habe schwere Bedenken. Für uns bestehen die Ablehnungsgründe, die ich früher entwickelt habe, unverändert fort; wir können der Forderung unsere Zustimmung auch jetzt nicht geben.

Stadtv. **May** (A. L.) beantragt, die Zuwendung an den Berliner Kinderschutzverein von 3000 nicht auf 4000 M., sondern auf 6000 M. zu erhöhen.

Stadtv. **Rosenow** bittet dringend, die Subvention für den Verein der Volkskindergärten von 22 000 auf 28 000 Mark (statt auf 24 000 M.) zu erhöhen. Der Verein könne nur 9 Gärten à 60 Kinder unterhalten, das Bedürfnis steige aber von Tag zu Tag.

In der Abstimmung beschließt die Mehrheit nach den Anträgen May und Bry, lehnt aber den Antrag Rosenow ab. Im übrigen gelangen die Zuwendungen nach den Ausschußanträgen zur Feststellung.

Als Beihilfe zu einem Preisausschreiben der Kant-Gesellschaft werden 500 M. bewilligt.

Die Schlacht- und Schaugebühren für das Etatsjahr 1914 sollen in der bisherigen Höhe erhoben werden.

Eine weitere Vorlage betrifft die Eingemeindung der Gemeinde Reinickendorf in Berlin.

Ohne jede Debatte wird diese Vorlage von der Versammlung einstimmig angenommen.

Schluß 8 Uhr.

Gerichtszeitung.

Durch die Polizei verursachter Auflauf.

Am 30. März v. J. sollte in Pankow eine Jugendversammlung stattfinden. Die Polizei — allwissend, wie sie nun einmal zu sein glaubt — erklärte die Versammlung, noch ehe sie eröffnet war, für eine politische und vereitelte dadurch die Abhaltung der Versammlung. Nun gingen die Versammlungsbesucher gemeinsam nach Französisch-Buchholz, um an einer dort stattfindenden Versammlung teilzunehmen. Nach geraumer Zeit kehrten sie wieder nach Pankow zurück. Ein Polizeibeamter, der in den Heimkehrenden einen Demonstrationszug witterte, forderte sie auf, auseinanderzugehen, und als das nicht sogleich geschah, ersuchte der Beamte den ihm bekannten, in der Menge befindlichen Genossen Kubig, seinen Einfluß geltend zu machen, um die Menschen zum Auseinandergehen zu bewegen. Kubig tat das. Die Menge folgte der Aufforderung Kubigs, nach Hause zu gehen. Sie teilte sich nach zwei verschiedenen Richtungen, aber infolge der dortigen Straßenanlage war es nicht anders möglich, daß beide Teile nach einer kurzen Strecke auf dem Amalienplatze wieder zusammentrafen. Vom Rathause aus sah der Polizeikommissar Becker die Menge. Er trat sofort mit einigen Beamten in Aktion, um die Menge, die sich sicher bald von selbst aufgelöst haben würde, zu zerstreuen. Das geschah in dem bekannten Polizeiton, mit dem man in der Regel das Gegenteil von dem erreicht, was man beabsichtigt. Durch das Auftreten der Polizeibeamten wurde die Menge in ihrer Fortbewegung aufgehalten, dann in eine andere Richtung gedrängt und dadurch geriet Kubig, der sich schon vor dem Eingreifen entfernt hatte, wieder in die Menge. Wegen des unzweckmäßigen Verhaltens der Polizei kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen Kubig und dem Polizeikommissar Becker. Die weitere Folge dieser Angelegenheit war, daß gegen Kubig Anklage erhoben wurde, weil er der an die Menge gerichteten dreimaligen Aufforderung des Polizeikommissars, auseinanderzugehen, nicht Folge geleistet habe.

Vor dem Landgericht III, wo gestern die Anklage verhandelt wurde, trat der Polizeikommissar Becker nebst zwei Beamten als Zeugen gegen Kubig auf, doch ging aus den Angaben dieser Zeugen nichts weiter hervor, als daß Kubig höchst wahrscheinlich die Aufforderungen des Kommissars gar nicht gehört, sicher aber nach der dritten Aufforderung fortgegangen ist.

Trotzdem beantragte der Staatsanwalt, den Angeklagten mit 50 M. zu bestrafen. Rote Taschentücher, welche die Polizeibeamten in der Menge haben schwenken sehen, vergrößerten sich in der Phantasie des Staatsanwalts zu roten Fahnen, die dem Zuge vorangetragen und geschwenkt wurden und Kubig, weil er auf Ersuchen eines Polizeibeamten die Menschen zum Nachhausegehen aufgefordert hatte, wurde vom Staatsanwalt zum „geistigen Führer des Zuges" gestempelt.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, zeigte an dem Ergebnis der Beweisaufnahme, daß unverständiges polizeiliches Eingreifen in eine auf dem Nachhausewege befindliche Menge erst Unordnung und Störung hervorgerufen habe und im übrigen alle Voraussetzungen zur Verurteilung des Angeklagten fehlen, der deshalb freigesprochen werden müsse.

Das Gericht kam denn auch zu einer Freisprechung.

Ein Schriftstellerprozeß.

Zu der Erwiderung des vom Reichsverband der deutschen Presse und des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller angegriffenen Verlag „Zeit im Bild" geht uns nun vom Schriftsteller Fred eine längere Erklärung zu. Wir geben auch diese wieder, um keiner beteiligten Partei die Gelegenheit zu nehmen, sich zu äußern. Damit ist für uns die Angelegenheit bis zur rechtskräftigen Entscheidung des schwebenden Prozesses erledigt. In der Erklärung des Herrn Fred heißt es:

„Es ist unwahr, daß die Neue Deutsche Verlagsgesellschaft, wie sie in der in Ihrem Blatte veröffentlichten Erwiderung behauptet, „sich nicht weigert und nie geweigert hat", mir die Bezüge zu bezahlen. Wahr ist hingegen, daß schon die Gehälter für Juli und August von dem Verlag von „Zeit im Bild" erst ausbezahlt wurden, nachdem ein Zahlungsbefehl erlassen war und der Schutzverband Deutscher Schriftsteller öffentlich gegen die Nichtzahlung protestiert hatte.

Es ist ferner unwahr, daß „keine Rückstände bestehen". Wahr ist hingegen, daß mir der Verlag weder für den Monat Dezember noch für den Monat Januar ein Monatsgehalt bezahlt hat, und zwar auch nicht nach dem von ihm jetzt als gültig erklärten „Anstellungsvertrag vom Frühjahr 1913". Es ist denn auch bereits am 5. Februar ein Teilurteil des Münchener Landgerichts erflossen, das den Verlag zur Zahlung des rückständigen Monatsgehalts, und zwar in der Höhe jenes Vertrages, den die Neue Deutsche Verlagsgesellschaft bestreitet, verurteilt.

Es ist ferner unwahr, daß ich „nur behauptete, der Anstellungsvertrag sei durch einen späteren ersetzt worden, während die Neue Deutsche Verlagsgesellschaft das bestreite. Wahr ist vielmehr, daß der Verlag den späteren, jetzt von ihr gebrochenen Vertrag seit dem Juni erfüllt hat, mir z. B. nach diesem den Gehalt ausbezahlte, der wesentlich niedriger ist, als der im früheren Vertrag vereinbarte, und wahr ist ferner, daß der Verlag ein halbes Jahr hindurch von mir die Erfüllung dieses späteren, nicht aber des früheren Vertrages, verlangt und erhalten hat.

Unwahr ist ferner, daß der Verlag von „Zeit im Bild" mir für 25 Artikel 14 800 M. ausbezahlt hat. Wahr ist hingegen, daß ich vom März bis Juli 1918 als literarischer Verlagsdirektor und Redakteur im Gesamtbetriebe der Neuen Deutschen Verlagsgesellschaft angestellt war und für diese Leistung nicht aber für Artikelschreiben, ein Gehalt von 1200 M. monatlich bezogen habe. Wahr ist ferner, daß ich vom 1. Juli an vertragsgemäß für 8 Druckseiten Manuskript **und die Verpflichtung, für den Verlag Reisen zu unternehmen,** 800 M. monatlich bezogen habe, bis mir schließlich für den Monat Dezember und Januar auch dieser Gehalt **nicht** mehr ausbezahlt worden ist, trotzdem der Verlag die dem Vertrag entsprechende Arbeit von mir verlangt, erhalten und verwendet hat."

Der Sprung aus dem Fenster.

Einen tollkühnen Fluchtversuch hatten drei Einbrecher unternommen, die gestern teils an Krücken gehend, teils getragen, dem Strafrichter vorgeführt wurden. Wegen versuchten schweren Diebstahls hatte die 10. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. **Günther** gegen den Zigarrenhändler Paul **Suder** aus Pankow, den Schlosser Robert **Schumann** aus Lichtenberg und den Tischler Paul **Siebcke** zu verhandeln. — In der Nacht zum 24. Dezember 1918 wurde der Kaufmann Paul Reichelt, welcher Inhaber der Firma Speiermann, Luisenufer 39 ist, durch ein verdächtiges Geräusch geweckt, welches aus seinen nach hinten gelegenen Kontorräumen kam. Er benachrichtigte in aller Stille die Polizei, die auch bald auf der Bildfläche erschien. Auf ein bestimmtes Kommando drangen die Beamten mit vorgehaltener Browningpistole von zwei Seiten in die Kontorräume ein. Als sich die Einbrecher, die bereits dem Geldschrank zuleibe gegangen waren, umzingelt sahen, sprangen zwei von ihnen aus dem Fenster **zwei Stockwerke** tief auf die Straße hinunter. Der dritte Einbrecher, der ebenfalls schon auf dem Fensterbrett stand, wurde von den Beamten zurückgerissen und nach heftigem Kampfe überwältigt. Als die Beamten auf die Straße eilten, fanden sie hier die beiden Einbrecher, sich in ihrem Blute wälzend, auf der Erde liegend. Beide, die jetzigen Angeklagten **Suder** und **Siebcke**, hatten neben verschiedenen Knochenbrüchen, schwere innere Verletzungen erlitten, von denen sie bis heute noch nicht wieder hergestellt sind. Da beide Angeklagten, die sich mühselig an Krücken vorwärtsschleppten, die Treppen des Vorführungsganges nicht steigen konnten, mußten sie mit dem Fahrstuhl nach dem Sitzungssaal hin- und zurücktransportiert werden.

Wie sich schon auf der Polizeiwache herausgestellt hatte, hatten beide aus Furcht vor einer schweren Bestrafung den gefährlichen Sprung in die Tiefe gewagt, da sie erst kurze Zeit vorher nach Verbüßung einer zweijährigen Gefängnis- bezw. vierjährigen Zuchthausstrafe aus der Strafanstalt gekommen waren. Das **Gericht** billigte **Suder,** der zeitlebens ein Krüppel bleiben wird, und **Schumann** mildernde Umstände zu und erkannte gegen sie auf je **1 Jahr Gefängnis, Siebcke** wurde zu **2 Jahren Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverlust** und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt.

Aus aller Welt.

Das geistige Leben der Agrarier.

„Ich war," schrieb etwa einst der „Simplicissimus", „auf dem Rittergut meines Freundes v. Pritzelwitz zu Gast. Da es meine Gewohnheit ist, vor dem Einschlafen im Bett noch zu lesen, bat ich den Gutsherrn um etwas Lektüre. Er schickte seine Dienstboten mit entsprechenden Aufträgen aus — vergeblich! Endlich machte er sich selber ans Suchen, bis er das gleich negative Ergebnis mit dem Ausruf bestätigte: „Verdammt noch einmal, solche Schweinerei! Ich weiß doch bestimmt, daß wir ein Buch im Hause hatten." An dieses Anekdötchen aus dem Ostelbischen wird man erinnert, wenn man im Geschäftsbericht des Bundes des Landwirts liest:

Die **Bibliothek** hatte im Jahre 1913 einen Bestand an:

Büchern und Schriften von	23 604 Bänden
Zugang im Jahre 1913 von	887 „
so daß am 1./1. 1914 ein Bestand von .	24 491 Bänden

war. Es wurden 1913 ausgeliehen: 2091 Bände. Im Jahre 1913 waren 10 Büchereien im Betriebe an folgenden Orten:

1.	in Groß-Dubberow	29 Bände
2.	„ Logau (Schlesien)	32 „
3.	„ Freystadt	20 „
4.	„ Kulmbach	20 „
5.	„ Offelten (Westfalen)	20 „
6.	„ Riesenwalde (Westpreußen) . .	20 „
7.	„ Aulenbach	22 „
8.	„ Elsenau	40 „
9.	„ Baumholder (Rheinland) . .	25 „
10.	„ Orchheim (Posen)	22 „
	Sa.	250 Bände

Donnerwetter noch mal! Auf rund 300 000 schätzt der Bund der Landwirte seine Mitgliederzahl. Von je 150 Bundesmitglieder hat also immer erst einer einmal im Jahre das Bedürfnis gehabt, sich ein Buch auszuleihen. Und die Bundesbibliotheken in den Einzelorten mit ihrem Bestand von rund 20 Bänden! Das nennt man zwischen Elbe und Weichsel geistige Interessen!

Fünf Kinder erstickt.

Von einem entsetzlichen Mißgeschick ist der Grundbesitzer Balschak in Ploderberg, Steiermark, heimgesucht worden. In Abwesenheit der Eltern spielten die fünf Kinder der Balschak in der Wohnung mit Streichhölzern. Dabei geriet ein Kinderwagen in Brand. Als Nachbarn zur Hilfe eilten, waren die fünf Kleinen bereits erstickt.

Kleine Notizen.

Selbstmord eines Gymnasiasten. Auf der Strecke Loeben—Prositen ließ sich Mittwochabend der Primaner Rundies, Sohn eines Pfarrers, vom Zuge überfahren. Der Kopf wurde ihm vom Rumpfe getrennt. Der Grund zu dem Selbstmord dürfte augenblickliche Geistesumnachtung sein. Rundies stand vor dem Abiturientenexamen und war einer der besten Schüler.

Vanderbilts Villa vom Feuer zerstört. Das Landhaus der Frau W. K. Vanderbildt jun., das sie im vorigen Jahre in Jericho (Long Island) für 1,6 Millionen Mark gebaut hatte, ist mit einer Sammlung von Gemälden und Gobelins, deren Wert auf 4 Millionen geschätzt wird, vom Feuer vollständig zerstört worden. Der tiefe Schnee hinderte die Feuerwehr, rechtzeitig einzugreifen.

Ein Wald durch Brandstiftung vernichtet. Eine heftige Feuersbrunst vernichtete in der Nähe von Irun (Nordspanien) einen Wald von 50 000 Tannen. Die Polizei hat 36 Personen als der Brandstiftung verdächtig verhaftet.

Eingegangene Druckschriften.

Von der **„Neuen Zeit"** ist soeben das 21. Heft des 32. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Bebels Vermächtnis. — Der neue amerikanische Zolltarif. Von Lapis-New York. — Religionsutopistisches. Von Hermann Remmele. — Zur landwirtschaftlichen Betriebsentwickelung. Von Ernst Andrée. — Die materialistische Geschichtsauffassung. Von H. M. Hyndman. E. Belfort Bax. — Die Organisationsform der Gewerkschaften. Von Gustav Bratke. — Nochmals: Jugend, Partei und Gewerkschaften. Von Felix Schmidt-Hannover — Zur musikalischen Kultur. Ein pädagogischer Versuch. Von J. Hanauer-Berlin.

Zum 74. Geburtstage August Bebels, dem ersten nach seinem Tode, bringt die soeben erschienene Nummer des **„Wahren Jacob"** einige wertvolle Beiträge. So ist ihm das farbige Titelbild gewidmet, ein Aquarell von Hans G. Jentsch, das die Verehrung der deutschen Arbeiter vor ihrem verstorbenen Führer zum Ausdruck bringt. Sodann bringt die Nummer eines der besten von August Bebel vorhandenen Bilder nach einer Photographie von Nicola Perscheid, umrahmt von Zitaten aus Bebels Werk „Die Frau und der Sozialismus", sowie ferner ein Sonett, das knapp und formvollendet seiner Bedeutung gerecht zu werden sucht.

Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolporteuren zu beziehen.

Von der **„Gleichheit"**, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist uns soeben Nr. 11 des 24. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Dritte Internationale Konferenz sozialistischer Frauen und Arbeiterinnenorganisationen. — Heimarbeit. Von einer Heimarbeiterin. — Ein Jahr der Reaktion und des Imperialismus. III. Von H. B. — Die Tätigkeit der Frau in der Gemeinde. XIII. Von Anna Blos. — Kinderarbeit und Kinderschutz in Baden. Von Rich. Böttger. — Die erschütterte päpstliche Autorität. Von W. D. — Für das Frauenwahlrecht. Rede des Abgeordneten Dr. Cohn.

Die „Gleichheit" erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 M.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein Adlershof.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genossin

Emma Girnus

am 17. d. M. verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 22. d. M., nachmittags 3½ Uhr, von der Halle des hiesigen Friedhofes aus statt.

Die Mitglieder treffen sich um 3 Uhr Bismarckstr. 31.

Rege Beteiligung erwartet

201/11 **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Mechanikarbeiter

Paul Münzberg

Neukölln, Reuterstr. 36

im Alter von 35 Jahren gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 21. d. Mts., nachmittags 2½ Uhr, von der Halle des Neukölner Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Stockarbeiter

Paul Scobel

Ackerstr. 135

im Alter von 53 Jahren gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 21. d. Mts., nachmittags 3½ Uhr, von der Halle des St. Elisabeth-Kirchhofes, Prinzen-Allee, aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

Fritz Liebetraut

Löwestr. 13

im Alter von 29 Jahren gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 21. d. M., nachm. 4 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Ehre ihrem Andenken!

Um rege Beteiligung ersucht

83/12 **Die Ortsverwaltung.**

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb. Filiale Groß-Berlin.

Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege

Georg Mittelstädt

welcher im Betriebe Schöneberg, Friedhof, beschäftigt war, am 14. Februar verstorben ist.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

33/10 **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Kupferschmiede Deutschlands. Filiale Berlin.

Am 15. d. M. verstarb unser Mitglied, der Kollege

Karl Rose

im Alter von 53 Jahren an Herzschlag. 90/1

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute, Freitag, den 20. Februar, nachmittags 4 Uhr, in Oranienburg von der Halle aus statt. (Abfahrt 2.15 Stettiner Bahnhof.)

Um rege Beteiligung bittet

Der Filialvorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter

Friedrich Gudat

am 17. d. Mts. im Alter von 47 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Freitag, den 20. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Pauls-Friedhofes, Plötzensee, aus statt.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener

Fritz Küter

am 12. d. Mts. im Alter von 47 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

62/13 **Die Bezirksverwaltung.**

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Kollegin

Marie Kadelbach

verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabendnachmittag 4 Uhr von der Leichenhalle des Kirchhofes der Friedensgemeinde in Nordend bei Nieder-Schönhausen aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

169/4 **Der Vorstand.**

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Sohn, Bruder u. Bräutigam

Johann Ratschkei

verstorben ist.

Dies zeigen tiefbetrübt an

Joseph Ratschkei nebst Frau, Tochter u. Braut.

Die Beerdigung findet Sonnabend, nachmittags 3½ Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt. [1324

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau 84A

Ida Duhr

sage allen Beteiligten meinen herzlichsten Dank. **Paul Duhr.**

Danksagung.

Für die zahlreiche Beteiligung und schönen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes

Max Gräfe

sage ich allen lieben Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere dem Wahlverein 4. Kreis sowie dem Heizer- und Maschinistenverband meinen herzlichsten Dank.

1324 **Witwe Gräfe.**

Hilsebein Bier

das lob ich mir
köstlich, gehaltvoll, bekömmlich

Henkel's Bleich-Soda für alle Küchengeräte

Stoffe
für elegante Massanzüge, Paletots
Meter 4.–, 6.–, 8.– M.
Damen-Kostümstoffe
Meter 3.–, 5.–, 7.– M.
Original englische Stoffe
Meter 8.–, 10.–, 12.– M.
Loden für Pelerinen, Anzüge
Meter 2.–, 3.–, 5.– M.
Reste günstigste Kaufgelegenheit.
Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudtenstr. 20-21 vis-à-vis der Petrikirche.

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor)
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage). Blutuntersuchung. Schnelle, sichere schmerzlose Heilung ohne Berufsstörung. Mäßige Preise.
Sprechst. v. 8—8, Sonntags 9—11.

Knabenanzüge
Paletots, Pyjacks, einzelne Hosen
am preiswertesten
direkt in der Fabrik
Bertha Pröstel
50 Andreasstr. 50, I. Etage.
Kein Laden.

Bruchbandagen
Leibbinden, Geradehalter, Irrigateure, Spritzen etc.,
Suspensorien, sowie
alle Artikel z. Krankenpflege
empfiehlt
Fabrikant Pollmann,
jetzt Berlin N., Lothringer Str. 60.
Eigene Werkstatt. Lieferant für Krankenkass. Fachgem. Bedienung.

Schnupfer! achtet auf dieses Etikett
G.T.F. Kownoer G.T.F.
aus den Tabak-Fabriken
J. Goldfarb Preuss. Stargard
gegründet 1839.
Tabac russe à priser, goût de Kowno.
Prawdziwa tabaka do zażywania „Kownoer."

Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35 35
Sie sparen Geld! Wenn Sie **Möbel** direkt in der **Möbelfabrik**
H. Walter Inh.: **Willi Maaß,** Brunnenstr. 35 kein Laden Tel.: Norden 5157
kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — eigene Tischlerei und Polsterei. — Auf Wunsch Teilzahlung.
Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35 35
Kein Laden — Kein Kaufzwang!

Gediegene **Möbel** auch auf Teilzahlung
Teilzahlungen erhöhen diese Preise nicht!
Berlin N Otto **Piehl** Brunnenstrasse 120

Kompl. Einrichtung schon von 230 M. an
Bessere Wohnzimmer . . 250 bis 625 M.
Bessere Schlafzimmer . . 295 bis 800 M.
Eleg. Speisezimmer . . . 320 bis 900 M.
Moderne Herrenzimmer . 315 bis 900 M.
Komplette Küchen . . . . 48 bis 180 M.

Garnituren in 6 verschied. Ausführungen am Lager . . . . . 100 bis 350 M.
Schlafsofa mit Auszug und Bettkasten von . . . . . 75 bis 120 M.
Umbausofa . . . . . 52 bis 78 M.

Kein Kredithaus!

Bettstellen . 21 bis 72 M.
Kleiderschränke 19 bis 165
Vertiko . . . 38 bis 72 M.
Tische . . 6,50 bis 65 M.
Stühle . . . . . 2 bis 21 M.

60000 □ Fuß Ausstellung, allein Brunnenstr. 120. Weitere Ausstellungen im Fabrikgebäude.

Walzendiwan 52 bis 85 M.
Chaiselongues 21 bis 65 M.
Bücherschränke 75 bis 160
Büfette . 125 bis 450 M.
Besichtigung ohne Kaufzwang

Zum Geburtstag August Bebels

BEBEL-BÜSTEN

Hergestellt von dem Bildhauer OBST-Berlin ::: Vier Größen: **2.50, 8.—, 15.—, 20.—** Mark

BEBEL-BILDER

Bebel nach einem Original des Malers TRONNIER-Hannover, kunstvoll in 5 Farben, 1 Mark

BEBEL-BILD nach dem gleichen Original in feinstem Heliogravürendruck mit China-Unterlage:

Plattengröße 56—61 Zentimeter	Plattengröße 97—104 Zentimeter
Ausgabe A in braunem Ton einfarbig . . . . . 6 Mark	Ausgabe C in braunem Ton einfarbig . . . . . 25 Mark
Ausgabe B in farbigem Faksimiledruck . . . . 30 Mark	Ausgabe D in farbigem Faksimiledruck . . . . . 60 Mark

Die Reproduktion der Bilder ist meisterhaft! Die Drucke sind im Kupferdruckverfahren hergestellt, bei dem die Platte nach Abzug jedes einzelnen Blattes von neuem mit der Hand eingefärbt werden muß!

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69

Plasmon-Kakao

enthält das seit über 15 Jahren außerordentlich bewährte, billigste und **beste Eiweißnährpräparat für Körper u. Nerven**

Plasmon

Plasmon-Kakao (ca. 50% Eiweißgehalt) ist reich an Eisen, natürlichen Phosphorverbindungen und anderen wertvollen Nährsalzen, daher unentbehrlich für Schwächliche, Bleichsüchtige, Nervöse, ebenso für die heranwachsende Jugend als Frühstücksgetränk. — ½ Pfund M. **3.00**, ¼ Pfund M. **1.65**, ¼ Pfund M. **0.90**,

Plasmon-Biskuit, -Zwieback, -Schokolade, -Haferkakao, Eisen-Plasmon.

Erhältlich in **Apotheken** und **Drogerien**. Musterkollektion d. **Plasmon-Präparate** gegen Einsendung von M. **1.50** überallhin franko. Ausführl. Broschüre versend. gratis

Plasmon-Gesellschaft m. b. H. **Neubrandenburg i. Meckl.**

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz

10—2, 5—7. Sonntags 10—12.

Frack-Verleih-Institut A. Borchardt, Friedrichst. 115, Oranb. Tor. Tel. Nrd. 10654, verl. Frack-, Smoking-, Gehrockanzüge in verschied. Preislag. bis z. eleganteit. Genre. Sehr große Ausw. Mäß. Preise.

Würzburger Hühneraugenmittel

von **Dr. H. Unger.** — Gegen **30 Pfennig** auf 10 Pf. Anweisung frei Ohne Zweifel die **bequemste u. wirksamste Hilfe.** Der Schmerz ist in **5 Min.** ort. Das Hühnerauge selbst in **3 Tagen.** (Enthält Salicylsäure u. indischen Hanfextrakt.)

Dr. H. Unger in Würzburg.

Berlin (20 Pf.): **Salomon-Apotheke,** Charlottenstraße 54. — **Greif-Apotheke,** Barnimstr. 33. — Wo nicht, zu haben: **Rosen-Apotheke, Würzburg**

Theater und Vergnügungen

Freitag, 20. Februar 1914.

Anfang 6 Uhr.

Eines Palast am Zoo. Varieté-Lichtspiele.

Anfang 6½ Uhr.

Eines Nollendorf-Theater. Varieté-Lichtspiele.

Anfang 7 Uhr.

Deutsches. König Heinrich IV. 2. Teil.

Anfang 7½ Uhr.

Kgl. Opernhaus. Carmen.
Kgl. Schauspielhaus. Der Familientag.
Lessing. Peer Gynt.
Zirkus Busch. Galavorstellung.
Zirkus Schumann. Galavorstellung.

Anfang 7⁵⁰ Uhr.

Metropol. Die Reise um die Welt in 40 Tagen.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Der Atlantische Ozean, seine Eisverhältnisse und die Schiffahrt.
Kammerspiele. Mein Freund Teddy.
Königgrätzer Straße. Die Kronbraut.
Deutsches Opernhaus. Manon Lescaut.
Deutsches Künstler-Theater. Der Bogen des Odysseus.
Komödienhaus. Kammermusik.
Theater an der Weidendammer Brücke. Wer zuletzt lacht.
Theater am Nollendorfplatz. Prinzeß Gretl.
Lustspielhaus. Die spanische Fliege.
Schiller O. Das Glück im Winkel.
Schiller Charlottenburg. Andreas Hofer.
Theater des Westens. Polenblut.
Montis Operetten. Jung-England.
Berliner. Wie einst im Mai.
Kleines. Jetzchen Gebert.
Trianon. Anatoles Hochzeit.
Thalia. Die Tangoprinzessin.
Residenz. Hoheit — der Franz.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Fräulein Trallala.
Rose. Die Maschinenbauer von Berlin.
Kasino. Die olle Webern.
Herrnfeld. Die von oben und unten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apollo. Der Stolz der 3. Kompagnie.

Anfang 8½ Uhr.

Luisen. Das erste Ehejahr.
Walhalla. Tangofieber.
Folies Caprice. Café Pingsheim. Der Heiratsgraf. Meyersteins.

Anfang 8½ Uhr.

Neues Volkstheater. Der Kaiserjäger.

Anfang 9 Uhr.

Admiralspalast. Die lustige Puppe.
Berliner Eispalast. Eissport.
Eines Nollendorf-Theater. Varieté-Lichtspiele.

Sternwarte, Invalidenstr. 57—62

Theater des Westens.
8 Uhr: **Polenblut.**
Sonnt. Nm. 3½ U.: **Der liebe Augustin.**

Fried.-Wilhelmst. Theater
Frl. Trallala — Gilbert.
Kassenöffn. 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Sonntag, den 22. Febr., nachmittags 3 Uhr: **Heimat.**

Schiller-Theater O. Wallner-Theater.
Freitag, abends 8 Uhr: zum 1. Male: **Das Glück im Winkel.**
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Herodes und Mariamne.**
Sonntag, nachmittags 3 Uhr: **Geschäft ist Geschäft.**
Sonntag, abends 8 Uhr: **Das Glück im Winkel.**

Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr: **Andreas Hofer.**
Sonnabend, nachmittags 3½ Uhr: **Zopf und Schwert.**
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Die beiden Leonoren.**
Sonntag, nachmittags 3 Uhr: **Andreas Hofer.**
Sonntag, abends 8 Uhr: **Der Leibgardist.**

Theater in der Königgrätzer Straße
Abends 8 Uhr:
Die Kronbraut.

Komödienhaus.
8 Uhr. **„Kammermusik“.** 8 Uhr.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Wie einst im Mai.

Deutsches Künstlertheater
Sozietät.
Nürnberger Straße 70/71, am Zoo.
Kasse: Nollendorf 1383.
Freitag, 8 Uhr: **Der Bogen des Odysseus.**
Sonnabend, 3½ Uhr: **Peterchens Mondfahrt.**
Sonnab., 8 Uhr: **Das Phantom.**

---

8 Uhr **Residenz-Theater** 8 Uhr.
Hoheit — der Franz!
Musikalische Groteske in 3 Akten von Artur Landsberger und Willi Wolff. Musik von Robert Winterberg.
Morgen u. f. Tage: **Hoheit - der Franz!**

Theater am Nollendorfplatz 5.
8 Uhr: **Prinzeß Gretl.**
Morg. nchm. 4 U.: **Die Schiffbrüchigen.**

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Die Maschinenbauer von Berlin.
Posse m. Gesang und Tanz in 3 Akten v. Weihrauch. Musik von A. Lanz. — Anfang 8 Uhr.
Sonnabend 4 Uhr: **Dornröschen.**
8 Uhr: **Die Maschinenbauer von Berlin.**

Metropol-Theater.
Abends präzise 7 Uhr 55:
Die Reise um die Erde in 40 Tagen.

Casino-Theater
Lothringer Straße 37. Täglich 8 Uhr.
Ein neues Berliner Volksstück:
Die olle Webern.
Ur-Berl. Figuren, Ur-Berl. Humor!
Einziges Theater in diesem Genre!
Im Stile der alten Wallner-Bühne.
Sonnt. 4 Uhr: **Unsere lieben Frauen.**

Zentral-Verband der Zimmerer

:: :: Zahlstelle Berlin und Umgegend :: ::

Sonnabend, den 21. Februar, in den festlich dekorierten Sälen der Aktien-Brauerei Friedrichshain (am Königstor):

Großer Wiener Maskenball

□ 3 Musikkapellen. □ Die neuesten Vorführungen. □

!!! Alle Mitglieder, deren Angehörige sowie Freunde und Bekannte sind hiermit freundlich eingeladen !!!

Einlaßkarten à 50 Pf. (Kinder unter 14 Jahren sind frei) sind in den Bezirkslokalen sowie im Verbandsbureau in Empfang zu nehmen. **Der Vorstand.**

Vereinigte Berliner Volksbühnen.

Luisen-Theater.
8¼ Uhr: **Das erste Ehejahr.**
Morgen 4 Uhr (zu ganz kl. Preisen): **Aschenbrödel.**

Walhalla-Theater.
Täglich 8¼ Uhr:
Tangofieber. Große Posse m. Ges. u. Tanz in 3 Akt. v. Erich Urban.

Theater a. d. Weidendammerbrücke
8 Uhr: **Wer zuletzt lacht . . .**

Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Anatoles Hochzeit.

Brauerei Friedrichshain
Mittwoch und Donnerstag:
Elite-Bockbierfest.
Dienstag, den **24. Februar, Fastnacht:**
ALPENBALL
verbunden mit **Preis-Tango-Wett-Tanzen.**
4 Kapellen. Kein Kostümzwang. Kolossaler Betrieb.
Karten im Vorverkauf Herren 75 Pf., Damen 50 Pf. bei A. Wertheim.
Nante Gruske, Arrangeur der Alpenbälle bei Kroll.

„Clou“ :: Berliner :: Konzerthaus
Mauerstraße 82 — Zimmerstraße 90/91.
Gr. Doppelkonzert!
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen
Großes Nachmittags-Konzert
bei freiem Eintritt.

Neue Welt.
Arnold Scholz. Hasenheide 108/114.
Heute Freitag, den 20. Februar:
Bockbierfest
in den bayerischen Alpen.
Anfang 7 Uhr. □ Entree 30 Pf.
Voranzeige! Sonnabend, den 21. Februar 1914: In **sämtlichen** Festsälen: **Bockbierfest.**
Im neuen Saale: Großer Ball.

Zirkus Alb. Schumann.
Heute Freitag, den 20. Februar, abends 7½ Uhr:
Gr. Sport-Vorstellung.
U. a.:
Neue Sportspiele, erfund. von Direktor Alb. Schumann, geritten von 8 Herren.
Therese Renz, dressierte Elefanten und Ponys.
Original Little Freds Akrobat. u. kunstreit. Hunde.
Komisches Intermezzo d. Clowns Toto, Cotrell, Adolf u. Willy.
Ku-Ka-Di gen. **Goldmephisto.**
4 Röm. Grazien z. Pferde Geschw. Blumenfelds.
Um 9¼ Uhr:
Das gr. Ausstattungsst. i. 7 Bildern
„Tipp“
der Derby-Favorit 1914.

Folies Caprice.
8¼ { **Café Pingsheim** / **Der Heiratsgraf** / **Meyersteins**

Admiralspalast.
Eis-Arena.
Täglich:
Die lustige Puppe.
Großes Ballett auf dem Eise.
Bis 6 Uhr und von 10¾ Uhr ab **halbe** Kassenpreise.
Wein- u. Bier-Abteilung.

Passage-Panoptikum.
Die wilden
Feuerfresser
in ihren fanatischen **Martern.**
Mister Rappo, der Ausbrecherkönig.
Unfesselbar! Lebend!
Ohne Extra-Entree.

URANIA
Taubenstraße 48/49.
8 Uhr:
Prof. Dr. O. Baschin:
Der Atlantische Ozean, seine Eisverhältnisse und Schiffahrt.

Zirkus Busch.
Heute Freitag, den 20. Februar, abends 7½ Uhr:
Humoristischer Gala-Abend.
U. a. **Ed. Wulffs**
Fliegende Hunde
am Trapez, welche zurzeit das Tagesgespräch in Berlin bilden. Ferner **Die Uessems** in ihrem akrobatischen Sketch **„Artistenkinder“** sowie Auftr. aller gr. Attraktionen.
Zum Schluß:
„Pompeji“.

WINTER GARTEN
Madge Lessing
und
Fred Wright
Grock u. Lolé Komisches Musik-Duo
Perezoffs Trupp. Jongleurszene „Un souper chez Maxim“
sowie die von Publikum und Presse **glänzend beurteilten Februar-Attraktionen!**
— Rauchen gestattet! —

Apollo-Theater.
Tel.: Lützow 2757.
Zum 59. Male:
Der Stolz d. 3. Kompagnie
mit
Hartstein.
Lachen ohne Pause!
Rauchen gestattet!

Voigt-Theater
Badstraße 58.
Freitag, den 20. Februar:
Die Tragödie eines Weibes.
Drama in 3 Aufz. v. K. M. Jacoby.
Kassenöffnung 7 Uhr, Anf. 8½ Uhr.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger
Zimmer No. 13.
Urkomische Burleske.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm. 3 Uhr zu ermäß. Preisen:
Z. letzten Mal: **Eine Hochzeit in der Müllerstraße.**

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Parteiangelegenheiten.

Zur Lokalliste.

In Bohnsdorf (T.-B.) steht uns das Lokal „Vier Jahreszeiten“ (Inh. Wirth) zu allen Veranstaltungen zur Verfügung.

In Zehlendorf ist das Lokal Rennbahn (Inh. Schwarz), Alsenstraße 56, von der Lokalliste zu streichen.

Aus Spandau wird uns mitgeteilt, daß der Boykott über das Lokal „Roter Adler“ aufgehoben ist.

In Königswusterhausen (T.-B.) ist das Lokal Schützenhaus (Inh. Wittwe Wethorn) von der Lokalliste zu streichen und als gesperrt zu betrachten.

Die Lokalkommission.

Vierter Wahlkreis. Zur Kenntnisnahme der weiblichen Mitglieder des Wahlvereins teilen wir mit, daß am Sonntag, den 8. März, im vierten Wahlkreis drei Versammlungen stattfinden und zwar in Kellers Festsälen, Koppenstr. 29, bei Graumann, Naunynstr. 27, und in „Süd-Ost“, Waldemarstr. 75.

Der Vorstand.

Steglitz-Friedenau. Heute Freitag, den 20. Februar: 3. Vortrag des Kursus „Brandenburgisch-Preußische Geschichte von 1648—1806“. Vortragender: Ernst Reuter. Der Bildungs- und Jugendausschuß.

Lichtenberg. 20. Abteilung. Sonnabend, den 24. Februar, abends 9 Uhr: Abteilungsversammlung im Lokale von Kurkowsky, Pfarrstr. 74. Stadtverordneter Genosse A. Heitmann spricht über „Zweck und Ziele der Konsumgenossenschaft“. Nachdem gemütliches Beisammensein.

Pankow. Heute Freitag, den 20. Februar, abends 8½ Uhr, bei Meißner, Schloßstr. 2. Zusammenkunft derjenigen Genossen und Genossinnen, welche sich an den Wahltagen zur Verfügung stellen.

Mariendorf. Am Sonnabend, den 21. Februar, feiert der Wahlverein sein 13. Stiftungsfest. Der Eintrittspreis beträgt 30 Pf. Da weder Mühe noch Kosten gescheut sind, empfehlen wir den Genossen den Besuch. Einlaßkarten sind noch bei den Bezirksführern zu haben.

Dabendorf. Sonnabend, den 21. Februar: Mitgliederversammlung des Wahlvereins bei Wiese. Wichtige Tagesordnung.

Bezirk Rüdersdorf. Für Gruppe Kalkberge findet am Sonnabend, den 21. Februar, im Lokal von W. Passow der Zahlabend statt. Tagesordnung: Unsere Gemeindewahlen und Verschiedenes.

Waidmannslust. Sonntag, den 22. Februar, vormittags 8 Uhr: Handzettelverbreitung. Treffpunkt: „Schweizerhaus“.

Dienstag, den 24. Februar, abends 8½ Uhr: Oeffentliche Wählerversammlung im „Schweizerhaus“. Vortrag des Genossen Kestin über: „Vier Jahre Gemeindepolitik“. Aufstellung des Kandidaten.

Die Gemeindewahl findet am Sonntag, den 1. März, vormittags 11 Uhr bis nachmittags 2 Uhr in der Turnhalle, Kurhausstraße, statt.

Hermsdorf bei Berlin. Sonntag, den 22. Februar, Punkt 8 Uhr, findet zur bevorstehenden Gemeindevertreterwahl eine Flugblattverbreitung statt.

Buch. Am Sonnabend, den 21. Februar, abends 8 Uhr: Zahlabend im Restaurant „Zur Tanne“ (Badung).

Bruchmühle. Sonnabend, den 21. Februar, abends 8½ Uhr: Zahlabend bei Mille.

Bezirk Waidmannslust. Sonntag, nachmittags 3 Uhr, in Birkenwerder im Gesellschaftshaus: Mitgliederversammlung des Wahlvereins.

Berliner Nachrichten.

Vorlegung des Stadthaushaltsetats.

Den Stadtverordneten wurde gestern der vom Magistrat aufgestellte Entwurf des Stadthaushaltsetats für 1914 zur ersten Beratung vorgelegt. Sie gelangten nicht über die Einführungsrede hinaus, die der Stadtkämmerer ihm mit auf den Weg gab. Die Generaldebatte, in der die einzelnen Fraktionen sich zu dem Etatentwurf äußern werden, wurde auf die nächste Sitzung vertagt. Mehr als sonst war diesmal die Rede des Kämmerers Boeß das, was man von einer Etatrede erwartet. In sachlicher Hinsicht aber fordert sie zu scharfem Widerspruch heraus. Sie erregte bei der Stadtverordnetenversammlung und offenbar auch beim Magistrat beträchtliches Aufsehen dadurch, daß sie ihre Spitze merklich gegen die kommunale Politik des letzten Jahres richtete. Herr Boeß pries die Finanzlage Berlins als günstig, sogar als sehr günstig im Vergleich zu derjenigen anderer Städte, aber mit Bezug auf den Etat für 1914 erscheint ihm manches in minder rosigem Licht. Die Ausgaben habens ihm angetan, die vielen Ausgaben, die zur Durchführung der in 1913 beschlossenen großen Projekte erforderlich sein werden. „Wir fangen an, zu scharf ins Zeug zu gehen,“ warnte er. In sorgenvollem Ton zählte er her, was Berlin an Plänen vor hat und was sie kosten sollen. Und nachdem er die einzelnen Teile des Etats näher beleuchtet und über die Grundlagen der diesmaligen Balanzierung des gesamten Etats sich geäußert hatte, klagte er aufs neue, daß die Stadt „neuerdings versteht, das Geld reichlich auszugeben“. Zur Frage der Ausgabendeckung wies er unter anderem auf den Ertrag der Gaswerke hin, deren Entwickelung gut sei. An ihnen zeige sich, daß die Stadt wohl imstande sei, solche Werke erfolgreich zu betreiben. Man hörte die Anspielung auf den Plan einer Uebernahme der Elektrizitätswerke heraus. Manchem Freisinnigen wird dieser Hinweis weniger angenehm in die Ohren geklungen haben, als jene Klage, daß Berlin in Projekten „des Guten ein bißchen zuviel getan“ habe. Es gilt als das Recht des Kämmerers, kräftig den Daumen auf den Beutel zu halten, und vom Standpunkt des Berliner Stadtfreisinns wird er das sogar als seine Pflicht ansehen müssen. Aber die Kämmererpolitik stand diesmal doch in zu schroffem Gegensatz zu vielem, was die beiden Gemeindebehörden im vergangenen Jahre beschlossen haben. In die beifälligen Bravorufe, die den Schluß der Rede des Kämmerers begleiteten, mischte sich ablehnendes Zischen. Mit ihm werden in der nächsten Sitzung die Fraktionen sich auseinanderzusetzen haben.

In einem gewissen Zusammenhang mit dem Etat stand die übliche Gesamtvorlage über Zuwendungen an gemeinnützige Vereine, die alljährlich als besonderer Magistratsantrag kommt und vorweg erledigt wird. Der Ausschuß schlug nur wenige Aenderungen vor. Gegen die Bewilligung von Mitteln für die Sammelvormundschaft des Kinderrettungsvereins und des Charitasverbandes, die aus dem der Schmidt-Gallisch-Stiftung zur Säuglingspflege zu gewährenden Fonds wieder noch mit erheblichen Beträgen unterstützt werden sollen, äußerte Genosse Leid begründete Bedenken. Der Etatsausschuß wird dazu Stellung nehmen und es soll dann in der zweiten Lesung des Etats darüber entschieden werden. Die Beihilfe für die Olympischen Spiele wurde bewilligt gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion, in deren Namen Genosse Pfannkuch die Ablehnung empfohlen hatte.

Aus den übrigen Beratungsgegenständen der gestrigen Sitzung sei noch hervorgehoben der Antrag auf Vermehrung der Waisendeputation um zwei Bürgerdeputierte, der einem Ausschuß überwiesen wurde. Man will die Möglichkeit der Hinzuziehung von Frauen schaffen. Stadtverordneter Düring führte aus, das sei hier ebenso sehr wie bei der Armendirektion nötig. Als Herr Düring noch Stadtrat und Vorsitzender der Waisenverwaltung war, hielt er die Hinzuziehung von Frauen für unzulässig. Hieran erinnerte ihn gestern Genosse Bruns und auch daran, daß in der Waisenverwaltung es die Vertreter der Sozialdemokratie waren, die jene Forderung stellten.

An den Magistratsantrag auf Hingabe eines Darlehns von 100 000 M. an den Verein für soziale innere Kolonisation knüpfte sich keine nennenswerte Debatte. Das Darlehn soll ihm ermöglichen, Arbeitslose Berlins zu beschäftigen. Es wurde bewilligt.

Das Markenkleben für die Invalidenversicherung.

Nachdem das 2. Buch der Reichsversicherungsordnung in Kraft gesetzt ist und eine Neufestsetzung des Wertes der Sachbezüge stattgefunden hat, sind für eine Reihe von Personen hinsichtlich der Höhe der Invalidenversicherungsbeiträge Aenderungen eingetreten, die für Berlin (nicht Vororte) im wesentlichen folgende sind.

Invalidenmarken sind zu verwenden für:

I. Dienstboten mit freier Station. a) solche, die Mitglieder der Allgemeinen Ortskrankenkasse sind: 1. männliche (Diener, herrschaftliche Kutscher usw.) bei einem Barlohn bis 16,50 M. monatlich Marken III. Kl. (zu 32 Pf.), bei einem solchen von mehr als 16,50 M. bis 46,50 M. monatlich Marken IV. Kl. (zu 40 Pf.), bei höherem Barlohn Marken V. Kl. (zu 48 Pf.), 2. weibliche bei einem Barlohn bis 23,66 M. monatlich Marken III. Kl. (zu 32 Pf.), bei einem solchen von mehr als 23,66 M. bis 53,66 M. Marken IV. Kl. (zu 40 Pf.), bei höherem Barlohn Marken V. Kl. (zu 48 Pf.); b) solche Dienstboten, die von der Mitgliedschaft bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse befreit sind, und zwar ohne Rücksicht auf die Höhe des Barlohns: 1. männliche bis zum 21. Lebensjahre Marken IV. Kl. (zu 40 Pf.), nach vollendetem 21. Jahre Marken V. Kl. (zu 48 Pf.); 2. weibliche (bis zum 21. Lebensjahre Marken III. Kl. (zu 32 Pf.), vom vollendeten 21. Lebensjahre ab Marken IV. Kl. (zu 40 Pf.).

II. Kinderfräulein, Erzieherinnen, Hausdamen, Gesellschafterinnen mit freier Station (sogenannte Hausoffizianten): a) wenn sie ein eigenes Zimmer haben, bei einem Barlohn bis 36,16 M. monatlich Marken IV. Kl., bei höherem Lohn solche V. Kl.; b) wenn sie nicht ein eigenes Zimmer haben, bei einem Barlohn von 11,50 M. Marken III. Kl., bei einem solchen von mehr als 11,50 M. bis 41,50 M. Marken IV. Kl., bei noch höherem Lohn Marken V. Klasse.

III. Hausreiniger und Hausreinigerinnen, Kontor- und Bureaureinigerinnen, ständige Aufwärterinnen: bei einem Monatsentgelt bis 34,50 M. (einschließlich des Wertes der freien Wohnung und Kost) Marken I. Kl. zu 16 Pf. (Stufe I der Allgemeinen Ortskrankenkasse), von mehr als 34,50 bis 64,50 M. Marken III. Kl. zu 32 Pf. (Stufe II der Allgemeinen Ortskrankenkasse), von mehr als 64,50 bis 94,50 M. Marken IV. Kl. zu 40 Pf. (Stufe III der Allgemeinen Ortskrankenkasse), bei noch höherem Entgelt Marken V. Kl. zu 48 Pf. Ist jedoch im voraus ein fester Barlohn vereinbart, der allein (ohne den Wert der Wohnung oder Beköstigung) mehr als 29,16 Mk. im Monat beträgt, so sind auch in Stufe I der Allgemeinen Orts-Krankenkasse an Stelle von Marken I. Kl. solche II. Kl. zu 24 Pf. zu verwenden.

IV. Unständige Beschäftigte weiblichen Geschlechts (zu einzelnen Tagen bestellte Koch-, Wasch-, Reinigungs-, Plättfrauen, Näherinnen, Ausbesserinnen usw.): bis zum 21. Lebensjahre Marken III. Kl. zu 32 Pf., nach Vollendung dieses Jahres Marken IV. Kl. zu 40 Pf.

Es wird endlich bemerkt, daß Personen unter 16 Jahren von der Invalidenversicherungspflicht frei sind.

In der gestrigen Sitzung der Gewerbedeputation wurde einstimmig beschlossen, dem Magistrat zu empfehlen, der Gesellschaft für Kleinwohnungseinrichtungen, die Ende Februar eine Ausstellung von Kleinwohnungen in den Ausstellungshallen am Zoo veranstaltet, eine erhebliche Beihilfe zu gewähren. Man war ohne Unterschied der Parteien der Meinung, daß dies Unternehmen die wärmste Unterstützung von allen Seiten verdiene, wolle man doch versuchen, dem Tischlergewerbe in Berlin und so auch vielen jetzt arbeitslosen Gehilfen durch Herbeischaffung von Aufträgen zu helfen. Die Ausstellung wird eine Reihe preisgekrönter Arbeiten zeigen und zweifellos ein weitgehendes Interesse in den verschiedensten Kreisen der Bevölkerung erregen.

Wenn ein Betrunkener der Polizei in die Hände fällt.

Für die Behandlung von anscheinend Betrunkenen, die auf der Straße aufgegriffen werden und bei denen im Interesse ihrer selbst oder der öffentlichen Ordnung die Polizei einschreiten zu sollen glaubt, vereinbarte vor mehreren Jahren die Leitung des Rettungwesens mit dem Polizeipräsidium gewisse Grundsätze. Ob sie noch heute Geltung haben oder inzwischen wieder außer Kraft gesetzt worden sind, diese Frage drängt sich uns auf, wenn wir folgende Meldung lesen:

„**Im Polizeigewahrsam gestorben** ist Montag abend ein unbekannter Mann von ungefähr 50 Jahren. Er wurde von einem Schutzmann an der Zentralmarkthalle sinnlos betrunken aufgefunden und zu seiner eigenen Sicherheit nach der Wache in der Kaiser-Wilhelm-Straße gebracht. Kurz nach der Einlieferung verstarb er dort. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht. Der unbekannte Tote ist 1,65 Meter groß, hat dunkelblondes Haar und einen etwas melierten Vollbart und trug ein schwarzes Jackett und ebensolche Beinkleider, ein weißes Hemd mit blauen Streifen, eine blaue Schirmmütze und Schnürschuhe.“

„Zu seiner eigenen Sicherheit“ wurde der „sinnlos Betrunkene“ nach der Polizeiwache gebracht. Es war nur ein Pech für ihn, daß er, von der Polizei in Obhut genommen, auf der Wache starb. Vielleicht wärs besser gewesen, wenn die Polizei ihn lieber nicht in „Sicherheit“ gebracht hätte. Hätte sie ihn auf der Straße sich selber überlassen, so wäre möglicherweise eine Privatperson auf den Gedanken gekommen, ihn einer Rettungsstelle zuzuführen. Wer weiß, ob nicht dann der Eintritt des Todes hätte verhütet werden können. Jene Vereinbarungen zwischen Polizei und Rettungswesen setzten fest, daß Betrunkene der obenerwähnten Art durch die Polizei ausnahmslos der nächsten Rettungsstelle zuzuführen seien. Nur wenn nach Ansicht des Arztes der Rettungsstelle eine ärztliche Hilfe sich erübrigt, solle der Betrunkene dem ihn einliefernden Schutzmann zurückgegeben werden, der ihn dann nach der Wohnung oder nach dem Polizeigewahrsam zu bringen habe. Ist nach Ansicht des Arztes eine Krankenhausüberweisung erforderlich, so sei sie durch den Schutzmann zu bewirken. Aus der obigen Meldung über den im Polizeigewahrsam erfolgten Tod des Betrunkenen läßt sich nicht ersehen, ob dieser zunächst nach der Polizeiwache gebracht oder schon von einer Rettungsstelle wieder an die Polizei zurückgegeben worden war. Aufklärung hierüber dringend zu wünschen. Trunksucht ist gewiß ein Laster, aber auch ein sinnlos Betrunkener darf nicht elend im Polizeigewahrsam umkommen. Dasselbe Schicksal könnte leicht auch mal ein auf der Straße Erkrankter haben, den ein Schutzmann irrtümlich für betrunken hält und „zu eigener Sicherheit“ auf der Polizeiwache verwahrt.

Einsam gestorben ist die 67 Jahre alte Näherin Johanna Keuchel vom Grünen Weg 64. Seit Sonnabend fiel es den Hausgenossen auf, daß die alte Frau nicht mehr zum Vorschein kam. Als man nun gestern ihre Wohnküche öffnete, fand man sie tot im Bette liegen. Ein Blutsturz hatte ihrem Leben ein Ende gemacht.

Von der Leitung der Allgemeinen Ortskrankenkasse erhalten wir folgende Zuschrift:

„In der zweiten Beilage Ihrer geschätzten Zeitung von heute bringen Sie eine Mitteilung unter der Ueberschrift „Die Leitung der Allgemeinen Ortskrankenkasse“, deren Inhalt wir als unrichtig energisch zurückweisen müssen.

Gerade weil die Leitung dieser Krankenkasse nicht in Händen von Neulingen liegt, wurde auf Grund der im Laufe der vielen Jahre gewonnenen Erfahrungen die Verteilung auf die einzelnen Schalter derart bemessen, daß ca. ein Drittel weniger Abfertigungen wie in früheren Jahren auf den einzelnen Beamten entfallen, trotzdem die Expedienten in allen Krankenkassen früher die erwerbsfähigen und erwerbsunfähigen Kranken zu bedienen hatten, während sich heute der Krankendienst in den Zahl- und Meldestellen nur auf die Abfertigung der erwerbsunfähigen Mitglieder erstreckt.

Ansammlungen einer größeren Zahl von Patienten kommen überhaupt nur in der Zeit von 10—12 Uhr vormittags vor, weil der größte Teil der Mitglieder sich nicht dazu verstehen kann, die Nachmittagssprechstunden der Aerzte zu benützen, sondern den Kassenarzt zwischen 8—10 Uhr aufsucht und dann direkt von ihm zur Kasse kommt. — Der Vorsteher unserer Zahlstelle 5, Lottumstraße 9, den wir heute nochmals eingehend über die Angelegenheit gehört haben, bestreitet auf das entschiedenste, daß die Abfertigung einzelner Kranken zwei Stunden und länger in Anspruch genommen hat.

Ohnmachtsanfälle haben sich zu allen Zeiten in den verschiedensten Kassenlokalen ereignet, ohne in direktem Zusammenhang mit einer Ansammlung von vielen Menschen zu stehen. Das beweist schon die Tatsache, daß hin und wieder Kranke vor dem Betreten der Abfertigungsräume auf den Treppen und Vorplätzen bereits ohnmächtig wurden.

In der Zahlstelle 5 ist bisher ein abfertigender Beamter noch nicht erkrankt. Es ist auch unrichtig, daß ein solcher gesundheitlich geschädigt worden ist. Der Fall, auf den der Artikelschreiber anspielt, betrifft einen Beamten, der nicht in einer Zahlstelle beschäftigt wurde, sondern bereits seit Ende vorigen Jahres krank ist und dessen Krankheit sich in den ersten Tagen dieses Jahres verschlimmert hat.

Zu Ihrer Notiz „Uebelstände bei der Aufnahme von Patienten in den städtischen Heimstätten“ teilen wir Ihnen mit, daß uns leider kein Einfluß auf das Geschäftsverfahren bei der Stadt besteht. Wir genehmigen derartige Anträge und senden sie dann an das städtische Heimstättenbureau. Von dort aus wird alles weitere erledigt, ohne daß wir Kenntnis von dem Tage der beabsichtigten Aufnahme erhalten und daher auch den Mitgliedern keine Mitteilungen mehr machen können.“

Soweit es sich um die letzte Bemerkung über die Aufnahme von Patienten in Heimstätten handelt, so ist richtig, daß die Kasse keinen Einfluß auf das Geschäftsgebaren der städtischen Heimstätten hat. Aber unsere Veröffentlichung ist auch nur an die Verwaltung der städtischen Heimstätten gerichtet. Was die Auslassung über die Veröffentlichung von Vorgängen in der Lottumstraße betrifft, so haben wir uns auf eine uns von bekannter — sonst einwandfreier — Seite zugegangene Mitteilung gestützt.

Gröbing—Keil.

Wir haben in Nr. 48 die uns übersandte Erklärung des Herrn Arthur Keil, alleinigen Inhabers der Firma Arthur Gröbing u. Co., unter Wiedergabe ihres Sachinhalts veröffentlicht. Mancher, der schon selber Gelegenheit gehabt hat, diesen Herrn Keil näher kennen zu lernen, wird seinen Rechtfertigungsversuch mit Interesse gelesen haben. Die Angaben, die Herr Keil zu berichtigen wünschte, waren — das sei hier nochmals hervorgehoben — von einer aus polizeilicher Quelle schöpfenden Korrespondenz verbreitet worden. Herr Keil wandte sich gegen die von uns wiedergegebene Darstellung seiner Tätigkeit als Angestellter eines Nachtlokals und als Vermittler des Inhabers einer Kineschule, nicht aber gegen unsere in den letzten Wochen veröffentlichten Schilderungen seiner Geschäfte mit Garderoben- und Toilettenpächterinnen. Seine Zuschrift an uns schloß mit der Bitte um Aufnahme, wobei er behauptete, daß wir ihn „nun lange genug geschädigt“ hätten. Ueber diesen Vorwurf haben wir uns gewundert. Er paßt schlecht zu einem anderen Brief, den Herr Arthur Keil schon vor jetzt drei Monaten an uns geschrieben hat und der in einem ganz anderen Ton gehalten war. Damals hatten wir berichtet, daß eine „Verlagsanstalt Gröbing“ durch „Lokal-Anzeiger“-Annonce mit der Ueberschrift „Nebenverdienst“ „232 verschiedene Angebote für 50 Pf.“ versprach und auf eingehende Meldung und Geldsendung eine Liste von 232 Erwerbsarten schickte. Der Nebenverdienstsuchende konnte danach an Hand der für 50 Pf. gekauften Liste probieren, mit welcher dieser Erwerbsarten er wohl Arbeit und Verdienst finden würde. Die „Verlagsanstalt Gröbing“ in Firma „C. A. Gröbing“ hatte ihr Bureau im Hause Luisenufer 21, und zwar in derselben Wohnung, in der auch das von der Firma „Arthur Gröbing u. Co.“ betriebene „Zentralbureau für Verpachtungen“ untergebracht war, das inzwischen nach Friedrichstraße 218 verlegt worden ist. Drei Tage nach Veröffentlichung jenes Artikels über das „Nebenverdienst“-Geschäft von „C. A. Gröbing“ erhielten wir einen Brief, der als Unterschrift einen Stempel „Verlag C. A. Gröbing, Inhaber Arthur Keil“ und den handschriftlich hinzugefügten Namen „A. Keil“ zeigte. Dieser Arthur Keil schrieb uns, er habe sich gewundert, daß ihm in den letzten beiden Tagen plötzlich „Hunderte von Bestellungen“ zugegangen seien. Den Grund glaube er nun in dem „Vorwärts“-Artikel zu finden, von dem er jetzt Kenntnis erhalten habe. „Wir sagen Ihnen hiermit,“ fügte er hinzu, „unseren herzlichen Dank für die kostenlose Reklame und würden uns freuen, wenn Sie sich öfters herbeilassen würden, für uns Reklame

zu machen." Jener Arthur Keil ist derselbe Arthur Keil, der als alleiniger Inhaber der Firma „Arthur Gröbing u. Co." Garderoben- und Toilettenverpachtung betreibt. Für sein Verpachtungsgeschäft hat er in den uns zu Gesicht gekommenen Verträgen, Quittungen und Briefen, soweit sie von ihm selber unterschrieben sind, sich nicht „Keil", sondern „Gröbing" genannt. Auch in einem wegen unseres ersten Artikels über sein Verpachtungsgeschäft uns übersandten Brief hat er diesen Namen gewählt. Schon die Handschriftvergleichung zeigte uns, daß „Keil" und „Gröbing" dieselbe Person ist. Hat vielleicht Gröbing—Keil auch mit seinem neuesten Brief an uns nur bezweckt, durch erneuten Hinweis auf seine Person eine „kostenlose Reklame" für sich machen zu lassen?

Kleine Nachrichten. Aus einem Bodenfenster stürzte sich vom fünften Stock ein Dienstmädchen aus der Schwarzkopffstraße auf den Hof. Es blieb auf der Stelle tot liegen. Die Ursache ist ein Liebesverhältnis mit dem Sohne ihrer Dienstherrschaft, das zu einer Vereinigung nicht führen konnte. — Mit Gas vergiftet hat sich die Kontoristin Frida Treuwert. — Ein schwerer Unglücksfall hat sich am Mittwochabend im Norden ereignet. An der Ecke der Chaussee- und Schwarzkopffstraße wollte der Kaufmann Fritz Schultzke einen in der Richtung nach Reinickendorf verkehrenden Straßenbahnwagen der Linie 32 während der Fahrt besteigen. Er kam jedoch zu Fall und geriet mit dem rechten Arm unter den seitlichen Schutzrahmen. Ein Schutzmann rief die Feuerwehr herbei, die den Mann befreite. Dem Kaufmann war der rechte Arm vollständig zerquetscht worden. In besinnungslosem Zustande wurde der Bedauernswerte nach dem Rudolf-Virchow-Krankenhause geschafft. In der Fennstraße wurde der 5jährige Willi Arndt von einer Motorlowry der Straßenbahn umgestoßen und erlitt eine klaffende Kopfwunde sowie Hautabschürfungen an den Armen. Er wurde nach der nahen elterlichen Wohnung geschafft, wo ihm ein hinzugerufener Arzt Verbände anlegte.

Straßensperrung. Die Chausseestraße zwischen dem Oranienburger Tor und der Invalidenstraße ist nach beiden Richtungen hin wegen des Baues der Nordsüdbahn bis auf weiteres für Fuhrwerke ausschließlich der Straßenbahn und Reiter gesperrt. — Die Umleitung des Verkehrs erfolgt in der Richtung von Süden nach Norden durch die Elsasser-, Novalis-, Eichendorff- und Invalidenstraße, von Norden nach Süden durch die Invaliden-, (Kessel-), Hessische- und Hannoversche Straße.

Vorortnachrichten.

Wilmersdorf.

Die nächste Stadtverordnetenversammlung wird sich voraussichtlich mit der Beratung des Etats zu beschäftigen haben. Die Voranschläge für das Rechnungsjahr 1914 schließen in Einnahme und Ausgabe mit 17 378 900 M. ab. Gegenüber dem Vorjahre bedeutet dies einen Mehrbetrag von nahezu einer Million Mark. Von dem genannten Betrage entfallen auf die ordentliche Verwaltung 16 215 900 M. und auf die außerordentliche Verwaltung 1 158 000 M. Unter den einzelnen Abteilungen ist von besonderer Bedeutung die „Kapital- und Schuldenverwaltung", die eine stetige Steigerung der Ausgaben aufweist. Bei der jetzt erreichten Höhe der Ausgaben mit 5 042 900 M. beträgt der Zuschuß 1 851 100 M., gegen 1 044 050 M. im Vorjahre. Im Rechnungsjahre 1914 soll ein Teilbetrag einer 23-Millionenanleihe in Höhe von 6 Millionen Mark begeben werden, ferner ist eine früher aufgenommene Anleihe im Betrage von 4,4 Millionen Mark mit 8½ Proz. zu tilgen. Außerdem kommen noch der Betriebszuschuß für die Untergrundbahn mit 188 600 M. und die Kosten der neuen Krankenhausgemeinschaft mit Berlin-Schöneberg hinzu.

Wie schon berichtet, schlägt der Magistrat nun auch für Wilmersdorf gleich den anderen Vorortgemeinden 110 Proz. Zuschlag zur Staatseinkommensteuer vor. Vermutlich wird die langsam aber sicher heranschleichende Finanznot die bürgerlichen Parteien jetzt doch veranlassen, schweren Herzens das Lockmittel des niedrigen Steuersatzes fallen zu lassen. Vorläufig hat Wilmersdorf zwar noch die steuerkräftige Einwohnerschaft, denn für 1914 sind als Ertrag der Gemeindeeinkommensteuer 5 060 000 M., und zwar 860 000 M. mehr als im Vorjahre, angesetzt. Diese Summe wird in Wilmersdorf noch nicht einmal aufgebraucht, um die sämtlichen Ausgaben der Schulverwaltung (höheres und Volksschulwesen), der Armenverwaltung und der sogenannten Wohlfahrtspflege zu decken. Die höheren Schulen erfordern an Ausgaben 2 369 700 M., das ist gerade doppelt so viel, wie für die Volksschulen (1 182 000 M.) ausgeworfen werden. Für die Armenpflege sind 267 250 M., für sozialpolitische Zwecke 180 200 M. Zuschuß angesetzt. Man sieht, daß die Stadtgemeinde Wilmersdorf mit der zahlungskräftigsten Einwohnerschaft Preußens auf die recht geringfügigen Summen für soziale Zwecke nicht gerade stolz zu sein braucht.

Charlottenburg.

Charlottenburger Etat. Der Etatsausschuß beendete in der gestrigen Sitzung seine Beratungen und stimmte der Erhöhung der Gemeindeeinkommensteuer auf 110 Proz. zu. Die Gemeindegrundsteuer wurde entsprechend dem Antrage des Magistrats auf 2,7 Promille des gemeinen Wertes der bebauten und 5,4 Promille des gemeinen Wertes der unbebauten Grundstücke festgesetzt, die Gemeindemietsteuer auf 1 bezw. 2 Proz. des Umsatzwertes, die Gemeindegewerbesteuer auf 150 Proz. in den Klassen I und II und 100 Proz. in den Klassen III und IV. Die Kanalisationsgebühr wurde mit 1,15 Proz. des Nutzungswertes angesetzt. Die Lustbarkeitssteuer fand mit einigen Aenderungen Annahme.

Neukölln.

Am Sonntag, den 22. Februar, findet ein Familienausflug nach Adlershof, Wöllsteins Lustgarten, statt. Treffpunkt bis 11 Uhr am Ringbahnhof Neukölln. Die Bezirke 1—4 treffen sich bis 11 Uhr an der Hobrechtbrücke. Fahrgeld mit Kaffeekochen 80 Pf. Es wird gebeten, den Kindern etwas gemahlenen Kaffee mitzugeben. Mittwoch, den 25. Februar, ist, wie üblich, bei Bartsch, Hermannstr. 49, eine Märchenvorlesung.

Mahlsdorf an der Ostbahn.

Die Gemeindevertreterwahlen für die 3. Abteilung finden am Sonntag, den 1. März, nachmittags von 2 bis 7 Uhr, statt. Der Nordbezirk wählt im Lokal des Herrn Brandt, Bahnhofstraße. Der Südbezirk im Lokal des Herrn Brügger, Köpenicker Allee 59. Die Wahlen für die 2. Abteilung finden am Sonntag, den 8. März, nachmittags von 3 bis 7 Uhr, im Lokal des Herrn Brandt, Bahnhofstraße, statt.

Am Sonntag, den 22. d. M., morgens 8 Uhr, wird eine allgemeine Flugblattverbreitung vorgenommen. Die Genossen treffen sich für den Südbezirk in Maders Restaurant, Köpenicker Allee; für die Kolonie bei Linke, Grunowstraße, und für den Norden bei Anders, Bahnhofstraße.

Am Dienstag, den 24. d. M., abends 8½ Uhr, findet eine öffentliche Versammlung im Lokale des Herrn Anders, Bahnhofstraße statt. Eine weitere Versammlung wird am Sonnabend, den 28. d. M., abends 8½ Uhr im Lokale des Herrn Dräger (Heidekrug), Köpenicker Allee abgehalten. Tagesordnung in beiden Versammlungen: 1. Die bevorstehenden Gemeindevertreterwahlen und die eigenartigen Praktiken des Hausbesitzervereins. Referent in beiden Versammlungen Genosse Käming. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Außerdem findet am Donnerstag, den 27. d. M., abends 8½ Uhr, ein Extrazahlabend für den Bezirk nördlich der Bahn im Lokal des Herrn Moschinski, Lemkestraße statt.

Lichterfelde.

Einen Unterhaltungsabend veranstaltet am Sonnabend, den 21. Februar, abends 9 Uhr, der Jugendausschuß im Restaurant Wahrendorf, Bäkestr. 7. Zur Aufführung gelangen „Goethes Dichtungen". Außerdem Mitwirkung des Lichterfelder Männerchors.

Ruhlsdorf-Marienwerder (Kreis Nieder-Barnim).

Was haben die Schiffer vom Parlament zu erwarten? Ueber dieses Thema referierte Genosse Klüß in einer stark besuchten Versammlung von Schiffseignern, denen sich auch eine große Anzahl Landarbeiter angeschlossen hatte. In dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrage schilderte Redner die technische Entwickelung in der Binnenschiffahrt, die dem Großunternehmen am meisten zugute kommt. Die Regierung, die die Pflicht habe, die wirtschaftlich Schwächeren zu schützen, tue das Gegenteil. Bei gesetzgeberischen Maßnahmen wende man sich an das Großkapital. Die Sozialdemokratie sei die einzige Partei, die für die Interessen der schiffahrttreibenden Bevölkerung eintrete. In der Diskussion forderte Genosse Neumann die Anwesenden auf, sich politisch zu organisieren und mitzukämpfen für eine bessere Zukunft.

Spandau.

Größere Arbeiterentlassungen sollen in den hiesigen Staatswerkstätten zum 1. April bevorstehen. In einzelnen Betrieben haben jetzt schon Kündigungen stattgefunden, trotzdem in verschiedenen Werkstätten noch eine große Anzahl Ueberstunden gemacht werden. Eine Abteilung der Gewehrfabrik z. B. arbeitet täglich von 6 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, es werden also jeden Tag drei Ueberstunden gemacht. Auf anderen Fabriken ist es mit dem Ueberstundenwesen nicht viel besser. Die einzige Ausnahme bildet die Munitionsfabrik. Bevor nicht die Ueberstunden auf den Staatswerkstätten gänzlich beseitigt sind, ist es auf das schärfste zu verurteilen, wenn Entlassungen von Arbeitern stattfinden, die dadurch das große Heer der Arbeitslosen noch vermehren. Im Hinblick auf dauernde Beschäftigung waren eine Anzahl organisierter Arbeiter so töricht, aus dem Verband, der ihnen in jeder Lebenslage treu zur Seite gestanden hatte und in dem sie sich durch jahrelange Mitgliedschaft eine Anzahl Rechte erworben hatten, auszutreten. Bei ihrer Entlassung sind dann diese wankelmütigen Arbeiter dem größten Elend preisgegeben und stehen machtlos dem Unternehmertum gegenüber. Wenn sie auch nachher wieder den Weg zum Verband finden, so dauert es doch längere Zeit, bis sie wieder die Achtung ihrer Kollegen gewinnen.

Nowawes.

Die Fußwege an der nach Neubabelsberg führenden Berliner Straße, die als Kreischaussee einen starken Verkehr aufzuweisen hat, sind bei Regenwetter und im Winter bei Schnee schlecht passierbar, was besonders die Anwohner der Straßen im nordöstlichen Ortsteil bisher unangenehm empfunden haben, weil die Straße die eigentliche Verbindung mit dem Bahnhof Neubabelsberg darstellt. Um nun eine Verbesserung herbeizuführen, beantragte ein Bezirksverein vor einiger Zeit bei der Kreisverwaltung, den Teil des linken Fußgängerwegs zwischen Plantagen- und Schillerstraße mit Mosaikpflaster zu belegen. Die Kreisverwaltung lehnte die beantragte Pflasterung ab und verwies den Verein an die Gemeinde, die natürlich auch nicht gewillt sein wird, dem Kreise die Lasten für Wegeunterhaltung abzunehmen.

Der Gesangverein „Freier Männerchor", Mitglied des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes, veranstaltet am Sonnabend, den 21. d. M., in Singers Volksgarten, Priesterstraße 81, unter Mitwirkung von Solisten des Berliner Sinfonie-Orchesters sein Winterkonzert. Zur Aufführung kommen diesmal Chöre von Uthmann, Beethoven, Mozart, v. Weber, Kremser, Heger, Koch und Södermann. Da der Verein weder Zeit noch Kosten gescheut hat, der Arbeiterschaft einen wirklichen Kunstgenuß zu bereiten, so ist ihm ein recht volles Haus zu wünschen.

Spiel und Sport.

Radfahrer.

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität". Ortsgruppe Berlin.

Tourenplan zum Sonntag, den 22. Februar:

Vereinstour nach Hirschgarten (Wilhelmshof, B. Pönisch). Alle Abteilungen. Starts 1 Uhr von den bekannten Stellen. Stadtbahn—Hirschgarten. Zwanzigpfennigtour, bei schlechtem Wetter per Bahn. Für Räderstand ist gesorgt.

4. Abt.: Pflichttour. 6 Uhr abends. Bringmann, Andreasstraße.

5. Abt.: Freitag, den 20. Februar, Pflichttour zu Boeker, Weberstraße 17: Vortrag.

Lichtenberg. 1. u. 2. Abt.: Bohnsdorf (Villa Kahl). Start 12½ Uhr, Pfarrstr. 74. Anschlußstart Lessingstr. 40.

Charlottenburg. Tour nach dem Verkehrs- und Bannmuseum, Invalidenstraße 50. Start 11½ Uhr vormittags, Volkshaus.

Pankow-Niederschönhausen. Tour nach dem Museum für Naturkunde, Invalidenstr. 43. Start 12 Uhr vor dem Museum.

Ober-Schöneweide. Zuktour. Ziel wird am Start bekannt gegeben. Start 1½ Uhr, Restaurat Th. Schüßler, Siemensstr. 28.

Arbeiter-Radfahrerverein Groß-Berlin. Sonntag, den 22. Febr., nachmittags 1 Uhr nach Französisch-Buchholz (Köhnes Gesellschaftshaus). Anschlußstart Bahnhof Weißensee.

•

Kartellverband Groß-Berlin. Sonnabend, den 21. Februar: Jahreszeneralversammlung im Gewerkschaftshause, Berlin, Engelufer 15. Da u. a. auch die Stadionangelegenheit beraten wird, müssen alle angeschlossenen Orte vertreten sein.

Turner.

Freie Turnerschaft Nowawes-Drewitz. Sonntag, 22. Februar, Altersriegenturnfahrt nach Schmargendorf. Abmarsch 8 Uhr. Treffpunkt Ecke Priester- und Ballstraße.

Das Resultat vom Fußballspiel Nowawes—Tempelhof ist dahingehend richtig zu stellen: 7:2 für Nowawes.

Freie Turnerschaft Reinickendorf. Am Sonntag, den 22. Februar, nachmittags 2 Uhr, auf unserem Spielplatz, Wettspiele mit Lichtenrader Turnerschaft (Abt. 1). Gespielt wird: Faustball, Fußball und 500-Meter-Stafette.

Sportklub 1894. Sonntag, den 22. Februar. Treffpunkt ¾7 Uhr Schlesischer Bahnhof. Fahrt bis Rahnsdorf, über Wolterdorf, die Kranichberge, Möllen-See, Erkner. Gäste willkommen.

Turnverein „Fichte". 5. Frauenabteilung. Am Sonntag, den 22. Februar, Partie nach Birkenwerder. Marsch über Wensickendorf, Zühlsdorf, Schmachtenhagen nach Oranienburg. Treffpunkt ½8 Uhr Stettiner Bahnhof.

Turnverein „Fichte". 15. Männer-Abt. Am Sonntag, den 22. Februar, Turnfahrt nach Grünau, Schmöckwitz, Gosen, Friedrichshagen. Treffpunkt 6½ Uhr Görlitzer Bahnhof.

Fußball.

Märkische Spielvereinigung. Bez. Groß-Berlin. Am kommenden Sonntag finden folgende Spiele der ersten Klasse statt: Weißensee gegen Rummelsburg in Weißensee, Rennbahnstr. 40; Charlottenburg gegen Alemannia in Charlottenburg, Rüstern-, Ecke Eichenallee; Schöneberg gegen V. f. B. in Marienfelde, Bessemerstraße, Blanke Hölle; R. S.-C. gegen Fichte III in Reinickendorf, Schillerpromenade.

Die Spiele finden um ½4 Uhr statt.

Wandern.

Deutscher Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde". Am Sonntag, den 22. Februar, werden folgende Touren unternommen:

Ortsgruppe Berlin: Storkow, Scichower See, Wachensee, Storkow. Abfahrt Görlitzer Bhf. 6.10 Uhr vorm.

Oranienburg, Sachsenhausen. Abfahrt Stettiner Vorortbhf 6.46 Uhr vormittags.

Motivtour der Photoabteilung. Zossen, Mittenwalde. Abfahrt Potsdamer Ringbhf. 8.07 Uhr vorm.

Friedrichshagen, Müggelheim, Rahnsdorf. Abfahrt Schlesischer Bhf. 1.23 Uhr nachm.

Kindertour. Buch, Zepernick, Bernau. Treffpunkt 7 Uhr vorm. am Stettiner Vorortbhf.

Ortsgruppe Neukölln: Staaken, Pepenberge, Hennigsdorf. Abfahrt Bhf. Neukölln 6.06 Uhr, Lehrter Bhf. 6.48 Uhr.

Ortsgruppe Spandau: Grünau, Königswusterhausen (Schlittschuhe). Abfahrt 5.37 Uhr vorm. Spandau-West.

Ortsgruppe Friedrichshagen-Köpenick: Um den Müggelsee. Treffpunkt 1 Uhr nachm. an der Fähre.

Gäste stets willkommen. — Am 1. und 8. März finden in Berlin und Neukölln große Lichtbildervorträge statt. Wir machen schon jetzt darauf aufmerksam und verweisen auf das Inserat am Sonntag.

Arbeiter-Touristenverein „Die Naturfreunde". Ortsgruppe Berlin. (Mitgl. d. Zentr.-Komm. für Sport u. Körperpflege). Sonntag, 22. Februar, Wanderungen:

I. Chorinchen, Plagesenn, Chorinchen. Abfahrt nach Chorinchen: Stettiner Fernbhf. 5.50 Uhr (Sonntagsfahrkarte).

II. Brand, Golssen, Dahme. Abfahrt Görlitzer Fernbhf 6.55 bis Brand.

III. Gr.-Behnitz, Ribbeck, Selbelang, Berger Damm (Havelländisches Luch). Abfahrt nach Gr.-Behnitz Lehrter Fernbhf. 7.09.

IV. Wannsee, Stolpe, Pfaueninsel, Zehlendorf. Abfahrt nach Wannsee Wannseebhf. 7.50, Großgörschenstraße 7.54.

Mittwoch, den 25. Februar, abends 8½ Uhr, im Berliner Klubhause, Ohmstr. 2. Lichtbildervortrag: „Die Lüneburger Heide mit dem Naturschutzpark". — Gäste zu allen Veranstaltungen willkommen.

Ortsgruppe Köpenick: Sonntag, den 22. Februar, Partie nach Erkner, Löcknitz, Berlisee, Kl.-Woll, Störitzsee. Abfahrt Bahnhof Köpenick 6.57 Uhr morgens. — Gäste herzlich willkommen.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin". Sonntag, den 22. Februar, I. Studienfahrt nach Müncheberg. Abfahrt 7 Uhr Schlesischer Bahnhof nach Dahmsdorf-Müncheberg (Sonntagskarte lösen! III. Kl.). Besichtigung der alten Wehrbauten, Tortürme usw. Besuch des Ortsmuseums (Führung durch den Kustos des Museums). Am Nachmittag kurze Wanderung zum geologisch interessanten Daber- und Kesselsee. Führung Krause. Teilnehmerkarten sind in unseren Zahlstellen Fritz Wählisch, Skalitzer Straße 22, und Georg Weibnacht, Grünstraße 21, zu haben. Gäste willkommen.

II. Nach Grünau, Friedrichshagen, Rauensteiner Mühle, Kiekemal, Kaulsdorf, Biesdorf. Weglänge zirka 17 Kilometer. Treffpunkt bis 9 Uhr am Bahnhof in Grünau. Gäste willkommen.

Schwimmer.

Arbeiter-Schwimmverein „Nord" hält am kommenden Sonntag, den 22. Februar, nachmittags 3 Uhr, in der Städtischen Volksbadeanstalt, Gerichtstr. 65—69, sein diesjähriges Schau-Schwimmen und -Springen ab. Dasselbe besteht unter anderem in Damenreigen, Figurenliegen, Rettungsvorführungen, Staffettenschwimmen und Wasserballspiel.

Arbeiter-Schwimmverein „Berlin". (M. d. A.-Sch.-B.) Heute Freitag, den 20. d. M., abends 8½ Uhr, findet bei Wegner, Sendelstr. 30, eine außerordentliche Generalversammlung statt. Tagesordnung: Stellungnahme zu der Angelegenheit der ersten Abteilung.

Arbeiter-Schwimmerbund. Kreis I. Das Kreiswasserballspiel, welches am Mittwoch, den 18. d. M., zwischen Lichtenberg und Berlin II stattfand, endete mit einem Sieg für Lichtenberg. Resultat 3:0.

Athleten.

Um weitere Anfragen zu erübrigen, sei mitgeteilt, daß der am Sonntag, den 22. Februar, in der Neuen Philharmonie, Köpenicker Str. 96/97, eine Galavorstellung veranstaltende 1. Athleten- und Artistenverband 1894 weder mit dem Arbeiter-Athletenbund, noch mit dem Kartellverband für Sport- und Körperpflege Verbindung hat.

Dagegen hält der Arbeiter-Athletenbund, Kreis Groß-Berlin, am selben Tage, vormittags 10 Uhr, im Lokal von O. Bringmann, Andreasstr. 26, seine erste öffentliche Kreisübungsstunde ab. Interessenten willkommen. Eintritt und Beteiligung kostenlos.

Die Arbeiter-Sportvereinigung „Neukölln" veranstaltet am Sonntag, den 22. Februar, eine Gala-Sportvorstellung in Hoppes Festsälen (Inhaber A. Bartsch), Hermannstr. 49. Freunde und Gönner unseres Sports sind hierzu freundlichst eingeladen.

•

Arbeiter-Samariterbund. Kreis Brandenburg.

Berlin am Sonntag, den 22. Februar, vormittags 11—1 Uhr: Führung durch das Pathologische Institut (Alexanderufer), nur für Frauen.

Lehrabend haben in dieser Woche (Beginn 8½ Uhr):

Berlin, 1. Abt. Montag, den 23. Februar, Kommandantenstr. 62, im Tunnel.

Berlin, 2. Abt. Montag, 23. Februar, Swinemünder Straße 42, Gesellschaftshaus.

Schöneberg. Am Donnerstag, den 26. Februar, Vorbergstraße 9 bei Haendel.

Lichtenberg. Am Donnerstag, den 26. Februar, Scharnweberstraße 60, bei Pickenhagen.

Köpenick. Am Dienstag, den 24. Februar, Schöneiicher Str. 5, bei Stippekohl.

Ober-Schöneweide. Am Montag, den 23. Februar, bei Schulz, Siemensstraße 12.

Friedrichshagen. Am Donnerstag, den 26. Februar, Friedrichstraße 60, 2. Hof.

Nowawes. Am Dienstag, 24. Februar, in der Fortbildungsschule.

Alt-Glienicke. Am Dienstag, den 24. Februar, Köpenicker Str. 45, bei Bahr.

Jugendveranstaltungen.

Tegel-Borsigwalde. Sonntag, den 22. Februar, nachmittags 2 Uhr, findet in den Borsigwalder Festsälen eine öffentliche unpolitische Jugendversammlung statt. Herr Willy Scholz spricht über das Thema: „Die arbeitende Jugend und ihre Gegner". Die Eltern der arbeitenden Jugend werden ersucht, ihre erwachsenen Söhne und Töchter zum Besuch dieser Versammlung anzuhalten.

Marktpreise von Berlin am 18. Februar 1914, nach Ermittelungen des kgl. Polizeipräsidiums. Mais (mixed), gute Sorte 16,90—17,20, Donau 16,00—16,30. Mais (runder), gute Sorte 14,70—15,10. Richtstroh 0,00. Heu 6,80—8,40.

Markthallenpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—50,00. Speisebohnen, weiße 35,00—60,00. Linsen 40,00—80,00. Kartoffeln (Kleinhdl.) 4,00—7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,20—1,80. Schweinefleisch 1,40—2,00. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 5,00—6,60. 1 Kilogramm Karpfen 1,20—2,80. Aale 1,60—3,20. Zander 1,20—3,20. Hechte 1,60—2,80. Barsche 0,80—2,20. Schleie 1,60—3,20. Bleie 0,80—1,60. 60 Stück Krebse 3,50—24,00.

Witterungsübersicht vom 19. Februar 1914.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. a. d. C. = °R	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. a. d. C. = °R
Swinemünde	746	S	4	bedeckt	5	Haparanda	754	S	2	wolkenl.	—10
Hamburg	749	WSW	3	bedeckt	3	Petersburg	750	NW	1	Schnee	—3
Berlin	749	SW	5	bedeckt	6	Scilly	748	SW	4	bedeckt	9
Frankf. a. M	755	SW	3	Regen	3	Aberdeen	741	WSW	1	wolkenl.	—1
München	757	SW	4	bedeckt	2	Paris	756	SSW	2	wolkenl.	1
Wien	755	W	2	bedeckt	5						

Wetterprognose für Freitag, den 20. Februar 1914.

Zunächst etwas kühler, zeitweise heiter bei ziemlich frischen südwestlichen Winden; nachher neue Erwärmung, Trübung und Regen.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 18. 2. cm	seit 17. 2. cm[1]	Wasserstand	am 18. 2. cm	seit 17. 2. cm[1]
Memel, Tilsit	302[2])	—58	Saale, Grochlitz	298[4])	+34
Pregel, Insterburg	248	+19	Havel, Spandau[5])	90[5])	+6
Weichsel, Thorn	198	0	„ Rathenow[5])	86	—2
Oder, Ratibor	173	+8	Spree, Spremberg[5])	120	+8
„ Krossen	143	+6	„ Beeskow	122	+1
„ Frankfurt	149	0	Weser, Münden	319	—3
Warthe, Schrimm	128	+6	„ Minden	362	+53
„ Landsberg	123	+1	Rhein, Maximiliansau	400	+24
Netze, Vordamm	54	—2	„ Kaub	232	+21
Elbe, Leitmeritz	104	+24	„ Köln	309	+13
„ Dresden	—144	+2	Neckar, Heilbronn	189	+30
„ Barby	159	+41	Main, Hanau	230	+32
„ Magdeburg	106	+16	Mosel, Trier	201	—21

[1]) + bedeutet Wuchs, — Fall. — [2]) Unterpegel. — [3]) Treibeis. — [4]) Eisgang. — [5]) Eisstand.

Die Abflußmenge des Memelstromes hat bei Schmalleningken von gestern auf heute etwas zugenommen, bei Tilsit ist das Wasser jedoch infolge des Eisganges weiter gefallen. Von Ragnit abwärts treiben im ungeteilten Memelstrom heute nur noch einzelne Eisschollen. — In der Nogat hat die Ausdehnung des Eisstandes wieder zugenommen.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Reichstag.

218. Sitzung. Donnerstag, den 19. Februar 1914, nachmittags 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Lisco.

Die Beratung des

Justizetats

wird fortgesetzt mit dem

Fall der Witwe Hamm aus Flandersbach.

Abg. **Dittmann** (Soz.):

Es handelt sich bei diesem Fall nicht um eine Angelegenheit einer politischen Partei, sondern um eine Angelegenheit der Menschlichkeit und Gerechtigkeit. Die Bauersfrau Hamm ist 1908 zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt worden; inzwischen hat sich ihre Unschuld ergeben und weite Kreise des Volkes verlangen die Wiederaufnahme des Verfahrens. Dem stellen sich aber illegale Einflüsse entgegen, und diese zu beseitigen ist der Zweck der heutigen Besprechung. Der Redner schildert nun die bekannten Umstände, unter denen der Bauer Hamm in der Nacht vom 17. zum 18. November 1907 von seiner Frau schwerverwundet aufgefunden worden sei; wahrscheinlich war er von Einbrechern, die er überrascht und bei ihrer Flucht aus dem Fenster in den Garten verfolgt hatte, erstochen worden. Die Verfolgung der Täter blieb ergebnislos. Da wurde der Berliner Kriminalkommissar v. Tresckow hingesandt, und als dieser hörte, das Verhältnis der Eheleute sei kein gutes gewesen, auch die Familien der Eheleute ständen nicht gut miteinander, war er sofort überzeugt, die Frau habe Mörder gedungen, um ihren Mann zu beseitigen, damit er nicht sein Gut auf seine Geschwister übertrage. Herr v. Tresckow sammelte dann weiteren Familienklatsch und erstattete einen Schlußbericht, in dem er zu dem Ergebnis kam, Hamm sei im Bette ermordet worden und nachher von seiner Frau und dem von ihr gedungenen Mörder in den Garten geschleppt worden. v. Tresckow berief sich auf seine langjährigen kriminalistischen Erfahrungen, obwohl er erst ein Jahr im Kriminaldienst tätig und dies sein erster Mordfall war. Der Staatsanwalt hatte absolutes Vertrauen zu seiner Glaubwürdigkeit, ebenso die Geschworenen, wie sie heute selbst zugeben. So wurde Frau Hamm zu 14 Jahren Zuchthaus verurteil, von denen sie sechs Jahre abgesessen hat.

Dieses Urteil ist auch

rein juristisch eine Ungeheuerlichkeit,

denn es ist eine Verurteilung wegen Beihilfe zum Mord, ohne daß festgestellt ist, ob wirklich ein Mord vorliegt, und nicht ein Totschlag oder eine Körperverletzung mit tödlichem Ausgang. Der Nachweis, daß es sich um das letztere handelt, muß allein schon die Wiederaufnahme des Verfahrens herbeiführen. Dieser Nachweis ist von Dienststellen des Berliner Polizeipräsidiums geführt worden, deren Untersuchung veranlaßt wurde, nachdem sich die völlige Unglaubwürdigkeit v. Tresckows herausgestellt hatte. Daß ohne das Auftreten v. Tresckows das Urteil unmöglich gewesen wäre, ist ganz zweifellos. Einer der Geschworenen hat selbst erklärt, daß die Geschworenen durch das Auftreten v. Tresckows beeinflußt waren, den sie für einen erfahrenen Kriminalisten hielten. Hätten die Geschworenen gewußt, welche zweifelhafte Rolle er früher gespielt hatte, und daß er sein Amt durch falsche Angaben erschlichen hatte, so hätten sie ihm kein Wort geglaubt. Zwei Jahre vorher war er noch Schreibmaschinenhändler gewesen, nachdem er, ich weiß nicht aus welchem Grunde, den Dienst als Offizier quittiert hatte. Bei seiner Anstellung hatte er auf Pflicht und Gewissen versichert, keine Schulden zu haben, obwohl er in Wahrheit 5000 Mark Schulden hatte. Welche Vorstellung von Pflicht und Gewissen mag dieser dunkle Ehrenmann wohl haben? Ein Kollege sagte mir, v. Tresckow sei das gemeingefährlichste Individuum in Berlin. Neuerdings ist noch eine Fülle von Material bekannt geworden, das seine Unglaubwürdigkeit evident macht: Bruch des Ehrenworts, falsche eidesstattliche Versicherung, Verleumdung, Anstiftung zum Diebstahl, Lancieren von Artikeln gegen seine Vorgesetzten zur Zeit als er noch im Dienste war, wird ihm nachgesagt. Als das Disziplinarverfahren gegen ihn eingeleitet wurde, nahm er seinen Abschied ohne Pension. Er hat dann eine Detektei errichtet, deren Spezialität Herr Erzberger hier im Dezember mitgeteilt hat: die Konstruktion von Ehebrüchen und das

Ausleihen von Liebhabern und Liebhaberinnen

zu diesem Zweck. Kann bei solchen Charaktereigenschaften v. Tresckows, das auf seinen Aussagen basierende Urteil gegen Frau Hamm noch aufrechterhalten werden? Auch im Falle Hamm wird ihm vorgeworfen, Zeugen zu falschen Aussagen beeinflußt zu haben. Bei einer solchen Sachlage ist eine Nachprüfung des Urteils geboten. Auch im Berliner Polizeipräsidium scheint man dieser Ansicht zu sein. Sein früherer Vorgesetzter, Polizeirat Braun, der in 42jähriger Dienstzeit zu einem Spezialist in Mordsachen geworden ist, hat die Sache nachgeprüft, und ist zu einem für das Elberfelder Schwurgericht vernichtenden Ergebnis gekommen. Er stellt fest, daß gar kein Mord vorliegt, sondern Körperverletzung mit tödlichem Ausgange und er kommt zu dem Ergebnis: da über die Unschuld der Frau Hamm ein Zweifel nicht mehr bestehen kann, scheint es geboten, die Strafhaft zu unterbrechen und gleichzeitig von Amts wegen das Wiederaufnahmeverfahren einzuleiten. (Hört! hört bei den Sozialdemokraten.)

Es liegt aber auch neues Material über die aufgefundenen Beweisstücke vor. Der Gelegenheitsarbeiter Haberkorn, den Hamm vor der Mordtat aufgenommen hatte, ist dringend verdächtigt, in der Mordtat einen gewissen Imkamp und Kielhorn ins Haus gelassen zu haben. Haberkorn war ein notorischer Trunkenbold. Ein halbes Jahr vor seinem Tode hat er schwerwiegende Bekundungen gemacht darüber, daß und warum er die Täter ins Haus ließ. Sie vermuteten bei Hamm eine Summe von 17 000 M. Als mutmaßlicher Täter konnte in Betracht Imkamp, der bei einem benachbarten Besitzer Knecht war. Er nannte sich damals Hagenbeck und war kurz vorher aus dem Zuchthaus in Celle entsprungen, 10 Tage nachher stellte er sich wieder freiwillig im Zuchthaus. Außerdem ist der Schlossergeselle Kielhorn schwer belastet; auch Kielhorn sitzt jetzt wieder wegen Straßenraubes im Gefängnis. Jedenfalls liegen gegen Imkamp und Kielhorn ganz andere Belastungsmomente vor, als seinerzeit gegen Frau Hamm. Jeder Laie sollte nun glauben, die Elberfelder Staatsanwaltschaft hätte längst von Amts wegen die Wiederaufnahme des Verfahrens veranlaßt und die Strafhaft unterbrochen. Aber sie sträubt sich im Gegenteil und zeigt eine

Voreingenommenheit und Befangenheit,

daß man geradezu von passiver Resistenz sprechen muß. Es ist das eine Folge der unglücklichen Bestimmung, daß über die Wiederaufnahme eines Verfahrens dasselbe Gericht zu befinden hat, vor dem das erste Verfahren geschwebt hat. Kein Mensch desavouiert sich selbst gern, und so wird jeder Beweisantrag als Angriff auf die juristische Fähigkeit der Richter angesehen. Im Handumdrehen wird so aus einer Frage der Gerechtigkeit eine Frage des Ansehens des Gerichts. Der vorliegende Fall ist ein Schulbeispiel dafür, wie unheilvoll diese Bestimmung ist. Einige Zeugen wurden erst vernommen, als der Bruder der Frau Hamm sie auf eigene Kosten nach Elberfeld kommen ließ und mit ihnen dem Staatsanwalt auf die Bude rückte. Andere Zeugen wurden erst zehn Monate nach ihrer Benennung vernommen. Wie leicht hätten sie sterben können, wie der dringend der Täterschaft verdächtige Haberkorn, der, so lange er lebte, nicht ins Kreuzverhör genommen wurde, was dann nachträglich von dem neuen Untersuchungsrichter sehr bedauert wurde. Die Passivität und Leichtgläubigkeit der Justizbehörden in Elberfeld ist geradezu unglaublich gewesen. Für die Angeschuldigten Imkamp und Kielhorn schien die Staatsanwaltschaft ein förmliches Faible zu haben. Imkamp sollte einen glaubwürdigen Eindruck machen, dabei hat er schon wegen schweren Einbruchs im Zuchthause gesessen und außerdem dreimal im Gefängnis. Wer die Akten kannte, die der Staatsanwalt natürlich kennen mußte, mußte wissen, daß der Sprung aus dem Fenster direkt auf Imkamp hindeutete, da er ein gewandter Ringer und Turner war und schon wiederholt aus der ersten Etage durchs Fenster gesprungen war. Er wurde außer Verfolgung gesetzt, da ihm die Tat nicht nachgewiesen sei. Bei Frau Hamm genügte es sogar zur Verurteilung, da sie der Tat hinreichend verdächtig sei. Nach einer eidesstattlichen Versicherung, die hier vorliegt, hat der Staatsanwalt Dr. Binder am 20. September 1913 dem Bruder der Frau Hamm erklärt:

es bleibt wie es ist, Ihre Schwester ist verurteilt und das Urteil bleibt bestehen, daran wird nichts geändert.

(Hört! hört!) Auch der Untersuchungsrichter im letzten Herbst hat es an der nötigen Objektivität fehlen lassen. Ihm schien es vor allem auf die Autorität, die Frau Hamm verurteilt hat, anzukommen, nicht auf das Recht. Jetzt ist ja nun ein neuer Staatsanwalt und ein neuer Untersuchungsrichter mit der Sache betraut. Der Stein ist im Rollen, ich bin überzeugt, wenn die unheilvollen Gegeneinflüsse, die ich gekennzeichnet habe, ferngehalten werden, so daß das Recht seinen Lauf nehmen kann, wird Frau Hamm bald ihre Freiheit wiedererlangen. Meine Informationen stammen übrigens aus Kreisen, die der Rechten und dem Zentrum näher stehen als mir. — Von der Stellung eines formellen Antrages sehe ich ab. Der Staatssekretär wird und muß aus unserer Besprechung vor dem Forum des ganzen deutschen Volkes die Handhabe gewinnen können, dem Recht zum Siege zu verhelfen. Darum handelt es sich für uns. Es wird hier nicht in ein schwebendes Verfahren eingegriffen, sondern es soll gerade durch unsere Erörterung verhindert werden, daß illegale Einflüsse den rechtmäßigen Gang des Verfahrens hintertreiben. Ich schließe mit der dringenden Bitte an den Staatssekretär, er möge sich um die unglückliche Frau Hamm in diesem Sinne kümmern, um damit freie Bahn zu schaffen für Recht und Gerechtigkeit. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. **Pfeiffer** (Z.):

Ich will bestrebt sein, mir die möglichste Zurückhaltung aufzuerlegen, aber ich gehe von dem Wort aus, daß jede Verurteilung eines Unschuldigen die Sache aller anständigen Menschen ist. (Sehr gut!) Ich habe das Material gegen Imkamp bereits vor Jahren dem preußischen Justizminister vorgelegt. Im März 1913 erwiderte mir der Justizminister, daß sämtliche von mir angeführten Tatsachen bereits vom Gericht geprüft seien. Meine Annahme, daß es die Behörden an dem nötigen Eifer haben fehlen lassen, sei unzutreffend. Ich kann diese Auffassung des Justizministers leider nicht teilen. Es ist ganz unerfindlich, wie das Gericht zu der Verurteilung wegen Beihilfe kommen konnte, da doch nicht einmal die Tatsache erwiesen war, daß überhaupt Mord vorliegt. (Sehr richtig!) Der 86 Seiten lange Schriftsatz des Kriminalkommissars Tresckow ist

der reine Roman,

Sherlock Holms ist nichts dagegen. (Sehr gut!) Beweisend für ihn ist z. B., daß der wachsame Hund Hamms nicht gebellt hat. Dabei hat er ganz übersehen, daß der erwähnte Gelegenheitsarbeiter Haberkorn den Hund in dieser Nacht zu sich ins Heu genommen hatte. Er übersieht auch, daß zwei Zeuginnen, die noch nicht vernommen worden sind, den Imkamp in der Mordnacht gesehen haben, wie er sich am Bach wusch, wobei Imkamp erklärte, er komme vom Kaninchenschlachten. (Hört! hört!) — Die Staatsanwaltschaft und die Gerichtsbehörden haben in dieser Sache bisher vollständig versagt, deshalb war es nötig, die Angelegenheit hier vor dem größten Forum vorzubringen, damit endlich die Gerechtigkeit ihren Lauf nimmt. Die Privatdetektivinstitute sollten der Konzessionspflicht und der Aufsicht unterstellt werden, denn es ist z. B. hier in Berlin eigentlich kein Mensch mehr vor der Bespitzelung sicher.

Von diesem Herrn Tresckow ist ein weiterer merkwürdiger Fall bekannt. In den Dolomiten stürzte vor nicht langer Zeit ein Herr ab und war tot. Die Mutter des Herrn hatte ihre Schwiegertochter im Verdacht, daß sie an dem Unfall schuld sei. Herr v. Tresckow bekam von der Dame die Sache zur Behandlung und fuhr zu diesem Zweck an die Riviera. Hier hat er es genau so gemacht, wie im Falle Hamm. Er traktierte die Leute mit schweren Weinen. Für den Versuch, die Dame des Gattenmordes zu beschuldigen, wurde Herrn v. Tresckow von der Schwiegermutter ein

Honorar von 25 000 M.

gezahlt. (Lebhafte Hört! hört!-Rufe.) Mein Freund Erzberger hat auch schon früher darauf hingewiesen, daß man in dem Institut Tresckow Leute gedungen hat, welche direkt Ehebruch herbeiführen mußten. Es ist schamlos, mit welchen Mitteln hierbei gearbeitet wurde. Ich schließe mit dem Wunsche, daß es gelingen möchte, die Wiederaufnahme des Verfahrens durchzusetzen. Es handelt sich im Falle Hamm um ein beklagenswertes Menschenschicksal. Möge unsere Debatte dazu beitragen, daß dieses Einzelschicksal sich zur Bedeutung eines größeren Sieges von Wahrheit und Gerechtigkeit ausgestalte. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Dr. **Heckscher** (Vp.):

Es kann gewiß nicht die Aufgabe des Reichstags sein, sich als neuer Gerichtshof aufzutun und neue Schuldige zu nennen. Aber der Fall ist doch ein sehr wichtiges Material für die Frage des Wiederaufnahmeverfahrens und insofern hätte auch der Herr Staatssekretär großes Interesse daran. Ich erinnere auch an unsere Gesetzgebung unter Beteiligung der Regierung im Erfurter Falle, als das Verfahren noch schwebte. Wann sollen wir uns denn mit dem Fall Hamm beschäftigen — etwa wenn die Frau ihre Strafe verbüßt hat? Also, der Staatssekretär hatte kein Recht, dem Reichstag das Recht zu bestreiten, den Fall zu behandeln. Der Reichstag hat die Pflicht, auf derartige Fälle hinzuweisen, um zu zeigen, daß unser Wiederaufnahmeverfahren dringend reformbedürftig ist. (Bravo! links.)

Abg. **Schultz** (Rp.):

Ich muß im Namen aller Konservativen meine schweren Bedenken dagegen äußern, daß hier in ein schwebendes Verfahren eingegriffen wird. Der Abg. Dittmann hat nicht nur mit apodiktischer Sicherheit die Unschuld der Frau Hamm behauptet, er hat sogar unter dem Schutz der Immunität andere Leute, von denen einer schon gestorben ist, als Mörder bezeichnet. Das ist ein Eingriff in die Unabhängigkeit der Richter, unser höchstes Palladium. Ich hoffe, daß die Richter sich weder durch Reden noch Preßstimmen beeinflussen lassen werden, sondern von dem höchsten Richter, unter dem jeder steht, vor ihrem Gewissen. (Bravo! rechts.)

Damit schließt die Debatte.

Der Titel Staatssekretär wird bewilligt.

Es folgt die Abstimmung über die Resolutionen. Die nationalliberale Resolution, die eine Durchsicht und Prüfung des Reichsrechts wünscht, wobei eine Reihe besonderer Punkte ins Auge gefaßt werden sollen, wird in fast allen Teilen gegen die Stimmen der Nationalliberalen abgelehnt; angenommen werden nur, daß ins Auge zu fassen sind „die Behandlung der Geisteskrankheit, die Ausdehnung der schöffengerichtlichen Zuständigkeit, die Zulassung der Volksschullehrer als Schöffen und Geschworne, die religiöse Erziehung der Kinder aus Mischehen“.

Die weitere nationalliberale Resolution auf Beschleunigung und Vereinheitlichung der Rechtspflege durch Errichtung eines gemischten höchsten Gerichtshofes wird abgelehnt.

Die Resolution Wermuth (Rp.), auf Beschränkung des Verfügungsrechts über den Miets- und Pachtzins bei Zwangsversteigerungen gegenüber dem Hypothekengläubiger wird angenommen.

Beim Kapitel „Reichsgericht“ tritt

Abg. Dr. **Junck** (natl.)

dafür ein, statt fünf sechs Reichsanwälte zu bewilligen, wie die Regierungsvorlage beantragt hatte.

Der Antrag auf Einstellung des sechsten Reichsanwalts wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und eines Teiles der bürgerlichen Linken angenommen.

Die Mehrheit begrüßt dies Resultat mit Bravorufen.

Der Rest des Justizetats wird debattelos erledigt.

Es folgt die

zweite Beratung des Marineetats.

Abg. **Noske** (Soz.):

Wenn in den letzten Jahren von Flottenbauten und Flottenetats die Rede war, wurde stets auch von einer Verständigung der großen Nationen über die Flottenrüstungen gesprochen. Ueber mehr oder weniger schöne Worte ist man nicht hinausgekommen, obwohl die Rüstungen sehr drückend empfunden werden, gegenwärtig auch von reichen Leuten. Indessen geht das Flottenbauen weiter. Das zeigt auch dieser Etat. Der deutsche Flottenbau ist ins Riesige gegangen. Wir werden im nächsten Jahre rund 80 000 Mann Besatzung auf den Schiffen haben, deren Bauwert auf

über eine Milliarde

gestiegen ist. Die fortdauernden Ausgaben sind auch in diesem Etat enorm gestiegen, und zwar in den verschiedensten Kapiteln. Die Steigerung bei den Reparaturkosten beträgt allein im Jahre 1914 5 Millionen Mark. Auch die Ausgaben für Luftschiffe setzen jetzt ein; leider wird das nur ein Anfang sein, man muß die Befürchtung haben, daß die Summen hierfür ersichtlich steigen werden. Neu ist der angeforderte Marineattaché in Buenos-Aires, der wohl bald Nachfolger in anderen südamerikanischen Staaten bekommen wird. Begründet wird der neue Marineattaché mit der Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen Deutschlands. In Wirklichkeit hat das Marineamt sich damit in den Dienst der Rüstungsinteressenten gegeben. Zur Verbesserung unserer wirtschaftlichen Beziehungen mit Argentinien brauchen wir keine neuen Marine-Attachés; die Gestattung der Einfuhr von argentinischem Fleisch ohne die schikanösen Beschränkungen würden diesen Zweck besser erreichen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Auch bei den Marinegerichten mehren sich die Fälle wahrer Schreckensurteile; auch bei der Marine glaubt man Furcht und Schrecken verbreiten zu müssen, um die Disziplin aufrecht zu erhalten. So wurden zwei Matrosen wegen einer Schlägerei in der Trunkenheit mit einem Unteroffizier

zu 10 bezw. 8 Jahren Zuchthaus

verurteilt (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten).

Es ist eine sehr bedenkliche Erscheinung, daß neuerdings auch in der Marine recht häufig schwere Soldatenschindereien vorkommen. Als in Wilhelmshaven ein Soldat sich gegen die Mißhandlungen durch einen Unteroffizier beschwerte, da wurden dieser Mann und seine Kameraden von den übrigen Unteroffizieren in unerhörter Weise gebimst und geschunden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Frage der Vordabzüge soll ja bei einer späteren Gelegenheit erörtert werden, aber jetzt schon muß darauf hingewiesen werden, daß zwei Marinegerichtsräte, die wahrscheinlich viel freie Zeit haben, herausgetüftelt haben, daß für die Vordabzüge keine gesetzliche Grundlage besteht. Sehr erhebend ist das Verhalten dieser Beamten wirklich nicht. In der Marine ist von einer dreijährigen Dienstzeit schon längst nicht mehr die Rede, ein sehr großer Teil besteht aus langdienenden Leuten, die zu beschaffen immer schwieriger werden wird. Dazu soll die Hebung der Deckoffiziere beitragen. Ob aber die Neuregelung den Wünschen der Deckoffiziere entspricht, möchte ich bezweifeln, auch der tüchtigste Deckoffizier kann nie Offizier werden. Welch feiner Unterschied gemacht wird zwischen Offizieren und Unteroffizieren, zeigt der kleinliche Fall in Kiel, wo ein Feldwebel mit fünf Tagen geringem, ein Unteroffizier mit fünf Tagen Mittelarrest bestraft wurden, weil ihre Frauen, dem Verbot zuwider, aus dem Fenster sahen, als der Kaiser vorüberging. (Heiterkeit.) Für die Offiziere und Offiziersfrauen besteht ein solches Verbot nicht. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Was ist das überhaupt für ein Verfahren, daß Ehemänner ins Loch gesteckt werden, weil ihre neugierigen Frauen den Kaiser sehen wollten? (Heiterkeit!) Es ist sehr mißlich, wenn Regierungsbaumeister, die sieben Jahre lang bei der Marineverwaltung als Hilfsarbeiter tätig waren, plötzlich mit einmonatiger Kündigung entlassen werden. Hierbei sollte doch schonender vorgegangen werden, wenn wir natürlich auch nicht die Beschäftigung von Hilfskräften über den Bedarf hinaus wünschen. Das Mißverhältnis zwischen den etatsmäßigen Angestellten und den Hilfskräften muß gemildert und beseitigt werden.

Wie ungünstig die Lage der Werftbeamten ist, ergibt sich daraus, daß ihnen gestattet worden ist, die Kosten des Kaiser-Geburtstagsessens in Raten zu bezahlen.

Kaiser-Geburtstagsessen auf Abzahlung

ist eine neue Erfindung. (Heiterkeit.) Um der Notlage der Angestellten abzuhelfen, haben wenigstens die Oberwerftdirektoren Zulagen von über 3000 M. erhalten, wenn sie Vize- und Konteradmiral sind.

Die Unfälle waren in diesem Jahre besonders zahl- und umfangreich. Mindestens einer der beiden Torpedounfälle ist auf das Konto eines übertriebenen militärischen Schneids zu setzen. Größere Vorsicht, die in Zukunft wohl angewendet werden wird, ist ein schlechter Trost für den Verlust an Menschenleben. Das gilt auch für die Unfälle der Luftschiffe L 1 und L 2. Mindestens bei L 1 muß gesagt werden, daß nach den vorliegenden Erfahrungen das Schiff bei einem schlechten Wetter, dem es gar nicht Stand halten konnte, hinaus aufs Meer geschickt worden ist. Die Luftschiffe sind gegenwärtig für die Marine ein außerordentlich bescheidenes Hilfsmittel. Das verbrannte Luftschiff L II ist nach meiner Meinung auch nur deshalb zugrunde gegangen, weil man zu schnell ein für den Krieg geeignetes Luftschiff haben wollte. Die Angehörigen der Opfer solcher Unglücksfälle müßten wenigstens vor dem blanken Elend bewahrt werden. (Sehr richtig! links.) Für die Hinterbliebenen bei dem Johannisthaler Luftschiffunglück haben die Sammlungen bürgerlicher Zeitungen ganze 7857 Mark ergeben. (Hört! hört! links.) Solch blamabler Bettel darf sich nicht wiederholen (Lebhafte Zustimmung links.), sondern es müssen Mittel bereit gestellt werden, damit derjenige, der für das Reich sein Leben läßt, das Gefühl hat, daß sein Weib und Kind nachher nicht betteln gehen brauchen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Es besteht ein „Marine-Verständigungs-Konzern“ von Firmen, die für die Marine Materiallieferungen bekommen. Durch diesen Konzern verständigen sich bei Submissionen die Firmen, wie sie die Preise festsetzen, zu deutsch:

das Reich prellen

können. (Hört! hört! links.) Wenn das Marineamt bei einer dieser Firmen wegen einer Lieferung anfragt, so werden sofort alle übrigen durch die Geschäftsstelle verständigt und man einigt sich über die Submissionsgebote. 10 Proz. des Fakturenpreises müssen sofort an die Geschäftsstelle des Konzerns abgeliefert werden.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich den Staatssekretär über die Beziehungen Brandts zum Marineamt befragen. Das Gericht ist beim Krupp-Prozeß darüber hinweggegangen; um so mehr Anlaß haben wir, danach zu fragen. Auch im Magdeburger Schmiergelderprozeß sind erhebliche Mißbräuche festgestellt worden — hat doch ein Fabrikant ausgesagt, ohne Schmiergelder könne man überhaupt kein Geschäft machen. Auch sind viele Firmen überzeugt, daß die Anstellung ehemaliger Marineoffiziere nicht ohne Einfluß auf das Erhalten von Lieferungen ist.

Angesichts der dem finanziellen Ruin der Völker zutreibenden Vermehrung der Rüstungen gibt es keine wichtigere Frage als die, wie man zu einer Verständigung über den Umfang und die Verringerung der Rüstungen gelangen kann. Die allergefährlichsten Gegner des Völkerfriedens sind natürlich die Rüstungsinteressenten. Bei dem Putilow-Prozeß hat sich gezeigt, daß diese „Patrioten" auch für die Flotten der Gegner liefern. Das kann dadurch nicht entschuldigt werden, daß Firmen anderer Länder ebenso verfahren. — In der Frage des Einverständnisses mit England will der Staatssekretär England den Vortritt überlassen. Man ermuntert sich also gegenseitig mit den Worten: Hannemann, geh du voran. Leider ist die Kommission meiner Anregung nicht gefolgt, in diesem Jahre einen Neubau abzusetzen, und abzuwarten, was England tut. Dem Vorschlag, zwischen Deutschland und England das Verhältnis 16:10 beizubehalten, ist der

Vorschlag eines Flottenfeierjahres

gefolgt. Der Staatssekretär hält das freilich nicht für annehmbar. In der Kommission meinte der Staatssekretär nachweisen zu können, daß Deutschland nicht der Rüstungstreiber sei. Deutschlands Flottenetat sei erheblich weniger in den letzten Jahren gestiegen, wie der Rußlands und Englands. Aber die deutschen und englischen Zahlen lassen sich in der Weise gar nicht vergleichen, und Herr v. Tirpitz kann sich nicht wundern, wenn durch seine Ausführungen die Vermutung wachgerufen ist, daß Stimmung für eine neue Flottenvorlage gemacht werden soll. Auf diesem Gebiet kann man der Regierung ja das wunderbarste zumuten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Besserung der deutsch-englischen Beziehungen würde dadurch freilich kaputt gemacht und ein neues Wettrüsten würde die Folge sein. Nach der bekannten Bemerkung des Freiherrn v. Hertling würde die bayrische Regierung allerdings von solchen Plänen nicht erbaut sein. Die Ansicht, zu einer Verständigung über die Rüstungen mit England zu gelangen, hat ja erfreulicherweise eine immer größere Verbreitung gefunden, sogar in der „Kreuz-Zeitung" ist sie in einem Artikel vom Prof. Schiemann vertreten worden. Freilich braucht man, schreibt er, um dazu zu gelangen, einen starken Willen, der sich über persönliche Eitelkeit und Empfindlichkeit hinwegsetzt. Es wäre interessant, zu erfahren, wen er meint. Die imperialistischen Bestrebungen lassen kein Vertrauen zwischen den großen Staaten aufkommt. Daß Deutschland einen gebührenden Anteil am Weltverkehr erhält, wünschen selbstverständlich auch wir Sozialdemokraten. Dazu genügt aber der Ausbau der Handelsbeziehungen, und der ist am besten möglich auf Grund eines deutsch-englischen Bündnisses, das natürlich nicht betrieben werden darf mit dem Hintergedanken, Frankreich von England zu trennen.

Der bestehende Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich muß gemildert und beseitigt werden.

Dadurch würde die von Osten drohende Gefahr auf ein Minimum beseitigt werden, und es läge kein Anlaß mehr vor, die Rüstungen so zu steigern. Solche Bestrebungen sind keineswegs utopisch. Vor einigen Jahren noch würde man auch freundliche Beziehungen zwischen England und Deutschland für utopisch erklärt haben, und für einen Fastnachtsscherz hätte man es gehalten, wenn in der „Kreuz-Zeitung" für ein deutsch-englisches Bündnis eingetreten wäre. Die Massen in Deutschland und England erklären sich mit wachsendem Nachdruck für eine deutsch-englische Verständigung und werden allem imperialistischen Widerstreben zum Trotz die Rüstungsverständigung auch zur Tatsache machen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Tirpitz:

Die Marine ist eine Reichsmarine, sie kennt keine einzelnen Stämme, sondern nur Deutsche; deshalb vergeben wir die Lieferungen auch nach allen Teilen Deutschlands; speziell nach Süddeutschland habe ich Sachverständige zur Anknüpfung von Beziehungen geschickt. Ich muß der Behauptung des Abg. Noske widersprechen, daß Offiziere zu milde, Gemeine zu schwer bestraft werden. Wir verfahren nach dem Strafgesetzbuch. Es ist auch nicht richtig, daß die Mißhandlungen zunehmen, sie nehmen vielmehr ab. Bei dem Fall in Kiel, den der Abg. Noske erwähnte, liegt es so, daß zwischen Offizieren und Unteroffizieren kein Unterschied gemacht wird, und daß die Strafe von Sr. Majestät aufgehoben worden ist. Unfälle bei Manövern suchen wir nach Möglichkeit auszuschalten, ganz vermeiden werden sie sich nie lassen. — Daß bei dem Unfall des Luftschiffes L I unvorsichtig verfahren ist, ist nicht zutreffend; das Schiff ist ganz unerwarteterweise in eine schwere Böe hineingekommen, in eine Wetterkatastrophe, die von niemand erwartet werden konnte. — Bezüglich L II wirft Abg. Noske uns zu schnelles Vorgehen vor (Abg. Noske: Konstruktionsfehler). Die darüber Auskunft geben könnten, sind leider tot. Daß bei so neuen Konstruktionen Fehler vorkommen, die sich in Zukunft vermeiden lassen werden, ist verständlich. Die Hinterbliebenen der Verunglückten sind nicht auf private Wohltätigkeit angewiesen, sondern erhalten die höchsten Kriegspensionen; auch ist durch die privaten Sammlungen erheblich mehr eingekommen, wie der Abg. Noske gesagt hat.

In bezug auf die Beziehungen der Marineverwaltung zu Brandt haben wir sofort eine Untersuchung einleiten lassen und festgestellt, daß weder ein Fall des Verrats militärischer Geheimnisse, noch ein Fall von Bestechung, noch des Ungehorsams gegen dienstliche Befehle vorgekommen ist. Nur einige Kanzleidiener haben Trinkgelder von höchstens 3 M. bekommen. (Hört! hört! rechts.) Wir sollten uns doch freuen, ein vollkommen integres oberes Personal zu haben. Daß einmal ein schlechtbesoldeter kleiner Beamter sich bereitfinden läßt, sich einen Verdienst zu verschaffen, der nicht in der Ordnung ist, das sind doch nur Bagatellen. Allerdings schwebt gegen zwei mittlere Beamte des Reichsmarineamts noch ein Verfahren, aber weder wegen Verletzung der Dienstpflicht, noch wegen Bestechung, sondern es kommt höchstens nicht genügende Beachtung der Instruktion in Frage.

Die Magdeburger Schmiergelderangelegenheit ist dem Staatsanwalt übergeben worden; weiter können wir nichts tun. Daß ehemalige Offiziere keinen Einfluß auf die Vergebung von Lieferungen haben, ist ja ganz selbstverständlich. Im übrigen können verabschiedete Offiziere, die, mit einer kärglichen Pension, vielleicht eine zahlreiche Familie ernähren müssen, meiner Unterstützung sicher sein, wenn sie im gewerblichen Leben tätig sein wollen. — Der Abg. Noske erwähnte die Putilow-Werke und Bauten für die russische Flotte in Deutschland. Rußland will eine Flotte bauen und wenn wir das ablehnen, wird sie wo anders gebaut. (Sehr richtig!) Wir bemühen uns ja um solche Aufträge, und es wäre keineswegs zweckmäßig, wenn ein anderes Land das Monopol dafür bekommt. (Zustimmung.)

Die Abrüstungsfrage ist erst seit fünf Jahren akut geworden, und deshalb gab ich in der Budgetkommission nur die Rüstungssteigerung der letzten fünf Jahre an. Das zu bemängeln, liegt keine Veranlassung vor. — Der Vorredner bemängelte auch, daß ein Schriftsteller bei Flottenübungen Gelegenheit hatte, unsere Geheimnisse zu erfahren. Diesen Schriftsteller möchte ich wohl sehen. Aber es ist eine alte gute Gewohnheit der Marineverwaltung, die Flotte dem Volke zugänglich zu machen, und zu diesem Zwecke laden wir bei solchen Gelegenheiten Vertreter aller bürgerlichen Parteien ein. (Zustimmung bei den bürgerlichen Parteien.)

Abg. Erzberger (Z.):

Eine Aenderung des Flottengesetzes wird von keiner Seite mehr verlangt. An eine Minderung des Sollbestandes unserer Schiffe ist nicht zu denken. Ein friedliches und freundliches Verhältnis zu England wollen auch wir, es ist aber zweifelhaft, ob man dafür die Frage der Abrüstung als entscheidend in den Vordergrund stellen soll, und ob es gut ist, Deutschland als den Friedensstörer hinzustellen. Eine Verständigung mit England um den Preis der Seewehr kann es nicht geben aus deutschnationalen Gründen. Wir wollen nicht ein Vasallenstaat Englands werden. (Beifall.) Wir wünschen eine Verständigung, aber nicht auf Kosten des notwendigen Maßes der Abwehrmittel der deutschen Nation. Der Vorschlag von 16:10 ist ganz schön, aber England hat nicht 16, sondern 25 Schiffe gebaut.

Wenn Rußland sein Schwergewicht in die Ostsee legt, so ist das zum mindesten unerfreulich, und müßte durch eine gutgeleitete auswärtige Politik verhindert werden. Der Schwache wird immer die Beute des Starken, und darum hütet sich jeder, in die Rolle des Schwachen zu kommen.

Für die Unfälle der Luftschiffe L 1 und L 2 sind wohl kaum Menschen verantwortlich zu machen. Für die Hinterbliebenen müßte allerdings das Reich in ausreichender Weise sorgen, und wir erwarten die Bereitstellung entsprechender Mittel im Etat. Der Geist unserer Marinemannschaften ist ein guter; natürlich gibt es unter 55 000 Mann auch Unzufriedene, das Gegenteil wäre nicht normal. (Heiterkeit.) Auch bei einer Fraktion von 110 Mann beklagt sich mancher über harte Behandlung. (Große Heiterkeit.)

Notwendig ist eine bessere Fürsorge für die Kapitulanten und Unteroffiziere. Unsere Marine hat dem deutschen Namen stets Ehre gemacht. Ich bedauere, daß Herr Noske nicht in der Rüstungskommission ist. Hat er sich etwa gefürchtet, ohne seinen schwarzlockigen Begleiter zu kommen? (Heiterkeit.) Bei den Lieferungen für die Marine muß Süddeutschland noch mehr herangezogen werden; es sollten dabei nur solche Firmen Berücksichtigung finden, die ihren Arbeitern die volle bürgerliche Freiheit gewähren. (Beifall.) Der Redner erinnert dann an Veröffentlichungen des amerikanischen Admirals Dewey über die Blockade von Manila, in denen sich Angriffe gegen deutsche Offiziere befinden sollen.

Staatssekretär v. Tirpitz

erklärt, daß seines Wissens in diesen Veröffentlichungen die deutschen Offiziere durchaus zu ihrem Rechte kommen werden.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr. (Vorher: Kurze Anfragen.)

Schluß $6^1/_4$ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

31. Sitzung. Donnerstag, den 19. Februar 1914, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Dallwitz.

Etat des Ministeriums des Innern.

Zu Beginn der Verhandlungen wird, dem Antrag der Geschäftskommission entsprechend, ein Gesuch des Justizrats Behrendt-Berlin betreffend die strafrechtliche Verfolgung des Abg. Crüger-Hagen im Privatklageverfahren wegen Beleidigung abgelehnt.

Zur weiteren Verhandlung steht ein Gesetzentwurf über die Erweiterung des Stadtkreises Danzig.

Abg. Menzel (natl.)

teilt als Berichterstatter mit, daß die verstärkte Gemeindekommission den Entwurf einstimmig und unverändert angenommen habe.

Abg. v. Kries (k.):

Wir stimmen der Vorlage zu trotz einzelner Bedenken und erwarten, daß sich Danzig auf Grund der neuen Ordnung zu einer Stütze des Deutschtums im Osten entwickeln wird. (Beifall rechts.)

Ein Regierungskommissar

teilt mit, daß die Verhandlungen der Eingemeindung von Oliva und Zoppot gescheitert seien.

Abg. Hirsch (Soz.):

Entsprechend dem Standpunkt, den wir von jeher in Eingemeindungsfragen eingenommen haben, stimmen wir der Vorlage zu. Wir ziehen die Eingemeindung der Bildung von Zweckverbänden grundsätzlich vor. Wenn die kommunalen Verhältnisse sich so wie in Danzig und einer Reihe anderer größerer Gemeinden gestaltet haben, so sollte man nicht den Versuch mit der Bildung von Zweckverbänden machen, die doch immerhin nur ein unzulänglicher Notbehelf sind, sondern mit der ganzen Arbeit der Eingemeindung vorgehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich hoffe, daß die Regierung denselben Standpunkt, den sie gegenüber der Eingemeindung von Vororten in Danzig eingenommen hat, auch einnehmen wird, wenn es sich um Vororte von Berlin handelt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Entwurf wird in zweiter und dritter Lesung endgültig angenommen.

Darauf wird die Einzelberatung zum Kapitel

„Polizeiverwaltung von Berlin und Umgegend"

und die Beratung über den Antrag des Abg. Frhrn. Schenk zu Schweinsburg (k.) betreffend die polizeiliche Bekämpfung der Unsittlichkeit fortgesetzt. Außerdem steht zur Verhandlung ein fortschrittlicher Antrag auf Aufhebung des Verbots des Polizeipräsidenten gegen die Vereinigung Berliner Schutzleute.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Nach den Reden, die gestern hier gehalten worden sind, könnte man meinen, daß ganz Deutschland ein Sumpf der Unsittlichkeit geworden ist. Aber wir glauben, daß die Unsittlichkeit heute nicht größer ist als früher. Wir haben stets unsere Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben, den Schmutz in Wort und Bild zu bekämpfen. Gestern hat der Abg. Frhr. v. Schenk eine

Aschermittwochspredigt

gehalten, die mit erstaunlicher Oberflächlichkeit an dem eigentlichen Problem der Unsittlichkeit vorbeigegangen ist. Es ist vollkommen verkehrt, das Niveau der Sittlichkeit im Allgemeinen an dem Umfang der Prostitution bemessen zu wollen, da deren Zunahme noch nicht ein Steigen der Unsittlichkeit und deren Abnahme noch kein Wachsen der Sittlichkeit beweist. Die Prostitution ist eine durchaus soziale Krankheitserscheinung und aus der Not der Bekleidungs-, Arbeits-, Wohnungs-, Bildungs- und Erziehungsverhältnisse heraus zu erklären. Als ein Ausfluß der sozialen Misere kann sie nur mit dieser selbst ausgerottet worden.

Die Prostitution beruht auf dem Gegensatz der Reichen und Armen. In den Zeiten der Arbeitslosigkeit wächst die Zahl der Prostituierten. Die Zuhälterei folgt der Prostitution wie ein untrennbarer Schatten. Da die Polizei durch die Reglementierungsmaßnahmen die Prostituierten verfolgt, so suchen diese im Kampfe mit der Polizei zu ihrer größeren Sicherheit nach Beschützern. Man hat „Berlin bei Nacht" als den Gipfel der Unsittlichkeit gern bezeichnet. Aber dieses Nachtleben ist noch das Harmloseste. Glaubt man etwa, daß in London und Paris die Unsittlichkeit geringer ist, weil dort das Nachtleben nicht in diesem Maße sich entwickelt hat? Zahlreiche Beispiele haben gezeigt, daß die Maßregeln der Sittenpolizei gegenüber der Prostitution versagen müssen wegen der

moralischen Fäulnis innerhalb der Sittenpolizei

selbst, deren Ausschreitungen den Uebergriffen der Geheimpolizei vergleichbar sind. Die Polizei benutzt Zuhälter als Polizeispitzel und diese Brüderschaft mit Elementen, die sie ausrotten sollte, muß die Polizei selbst anstecken. Vor kurzem hat ein Prozeß festgestellt, daß ein Polizeikommissar in Myslowitz, dem Einfallstor für den Mädchenhandel von Rußland her, diese furchtbare Ausbeutung der Unsittlichkeit sogar protegiert hat. Auf die dunkle Erscheinung des Kinderhandels hat mein Freund Adolf Hoffmann bereits hingewiesen, aber wir haben nicht erfahren, wie die Regierung sich dazu stellt. Den vorliegenden Antrag können wir nicht annehmen, erstens, weil er eine unrichtige Begründung des Wesens der Unsittlichkeit enthält, zweitens, weil wir kein Zutrauen zu den staatlichen Behörden haben. Unser Mißtrauen ist berechtigt. Man denke an die Fehlgriffe der Polizei bei Bekämpfung des Schmutzes in Wort und Bild. Eine gesunde Sinnlichkeit hat als Quell der Kultur und als Bollwerk gegen die Unsittlichkeit ihre volle Existenzberechtigung. Wie die Polizei die Sittlichkeit zu fördern sucht, beweist die famose Kabinettsorder von 1855, die die Polizei anweist, Offiziere, die mit Prostituierten verkehren, zu schonen. Wir bitten um Auskunft darum, ob diese Bestimmung für ganz Preußen gültig ist. Durch soziale Einrichtungen und gute Bildungsmittel muß für eine Selbstreinigung der Bevölkerung gesorgt werden, aber die Polizei bekämpft mit allen Mitteln die Jugendorganisationen des Proletariats, die für eine ideale Erziehung der Jugend zu sorgen bestrebt sind. Der Hoforganist, Professor Irrgang, ist von der Polizei gewarnt worden, an dem Bachkonzert einer sozialdemokratischen Vereinigung mitzuwirken. Durch ein derartiges Verbot wird alles zunichte gemacht, was durch die polizeiliche Bekämpfung des Schmutzes in Wort und Bild geleistet wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung hat man es zu danken, daß die Unsittlichkeit nicht noch viel gewaltigere Formen angenommen hat. Der Berliner Polizeipräsident kommandiert

eine Armee von 10 000 Polizeibeamten.

Um so größer ist seine Verantwortung diesen seinen Beamten selbst gegenüber. Aber ich bekomme fortwährend Zuschriften, in denen sich die Schutzleute über schlechte Behandlung beklagen, über schwere Strafen bei geringfügigen Versehen. Wehrt sich jemand dagegen, so kann er sofort hinausgeworfen werden, weil die Polizisten nur auf Kündigung angestellt sind. Diejenigen Schutzleute, die sich am lebhaftesten für die Gründung des Vereins der Berliner Schutzleute einsetzten, wurden gemaßregelt und versetzt. Es fehlt ferner eine Unfallfürsorge für die Schutzleute, die dringend notwendig ist, da sie bei ihrer Tätigkeit oft Schaden leiden. Das Verbot des Polizeipräsidenten v. Jagow, das er gegen jenen Verein gerichtet hat, ist vollkommen ungesetzlich. Unter dem Deckmantel der Beamtendisziplin hebt man für die Schutzleute das Koalitionsrecht auf, das zu den Grundrechten der Verfassung gehört. Man wünscht die Schutzleute in Abhängigkeit zu erhalten und man fürchtet eine Erschütterung des Staates durch eine Selbstbesinnung der Beamten. Da schlägt das böse Gewissen der staatserhaltenden Parteien. Sie haben Furcht, daß die Schutzleute zu viel zu klagen haben und ihre unwürdige Lage erkennen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir bekämpfen den Erlaß, der den Polizeikommissaren eine Belohnung für die Ermittlung von Verbrechen aussetzt. Die Maßnahmen des Polizeipräsidenten gegen die Lichtreklamen sind überaus kleinlich. Wir wünschen eine Verbesserung der Verkehrsmittel in Berlin zu den Zeiten der Oeffnung und des Schlusses der Fabriken für die Arbeiterschaft, und fragen ferner den Minister, ob die Ausnahmebestimmungen für prinzliche und kaiserliche Automobile aufgehoben worden sind. Der Minister hat bis jetzt auch noch keine Mitteilung darüber gemacht, ob dem Lockspitzelwesen, welches Gastwirte zur Uebertretung der Polizeistunde verleitet, ein Ende gemacht werden wird. Ebenso müssen die Fälle, in denen auf Polizeiwachen Körperverletzungen und Mißhandlungen vorgekommen sind, einer sorgfältigen Prüfung unterzogen werden. Der Polizeipräsident hat sich mit seiner Plakatkonfiskation außerordentlich blamiert. (Präsident Graf v. Schwerin-Löwitz: Dieser Ausdruck ist unzulässig.) Vor allen Dingen hat er die Plakate der Kirchenaustrittsbewegung verfolgt und damit nur das Gegenteil erreicht von dem, was er erreichen wollte. Er hat die Oeffentlichkeit auf das Bündnis der preußischen Staatskirche mit der Polizei aufmerksam gemacht. Ist es richtig, daß von den Polizeibehörden der Platz für das Eugen-Richter-Denkmal am Askanischen Platz an eine unauffällige Ecke verwiesen wurde? Ebenso angreifbar ist das Verhältnis der Polizei gegen die Streikposten. Ein Prozeß, der sich vor wenigen Tagen abgespielt hat, hat gezeigt, daß es den Unternehmern möglich ist, ein scharfes Vorgehen der Polizei den Streikposten gegenüber zu bewirken. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Streikbrecher Keiling, der 17 mal vorbestraft ist, würde wahrscheinlich noch in Freiheit herumlaufen, wenn er nicht im Auslande gefaßt worden wäre. Es hat sich gezeigt, daß er ein Angestellter der Berliner Polizei gewesen ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Polizeipräsident v. Jagow hat sich als

politischer Impressionist und Futurist

in der Presse zu erkennen gegeben; ebenso wie auf den Bildern der Futuristen so herrscht in seinem berühmten Briefe ein juristisches Durcheinander. Aber er ersetzt den Mangel seiner Kenntnisse durch **ein Bekenntnis zur Kronprinzenkamarilla.** Als Zivilbeamter stellt er sich auf seiten des Militärs gegen die Zivilverwaltung. Das ist der Mann, in dessen Händen die Sicherheit und Unsicherheit von ganz Berlin ruht — der mit den grundlegenden Bestimmungen seiner Amtsbefugnisse nicht vertraut ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In einem Kulturstaat könnte er nicht mehr seines Amtes walten. Wenn es bei uns doch noch möglich ist, so liegt das daran, daß er der

Wortführer der Kronprinzenkamarilla

ist. (Präsident Graf Schwerin-Löwitz: Ich beanstande diese Worte als ungehörig.) Herr v. Jagow ist Ihr (nach rechts) Vertrauensmann. (Der Abg. Jordan v. Kröcher nickt lebhaft.) Es freut uns, daß Sie uns das zugeben. Gerade darum bekämpfen wir ihn als einen Feind des Volkes und als eine Gefahr für Berlin. (Lebhafte Unruhe rechts — Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Cassel (Vp.):

Hoffentlich wird das Denkmal Eugen Richters einen der Bedeutung dieses Parlamentariers entsprechenden Platz erhalten. Unsern Widerspruch gegen das Verbot der Vereinigung der Berliner Schutzleute haben wir bereits ausgesprochen und freuen uns über die Zustimmung der Nationalliberalen. Die Betätigung des Vereins war durchaus monarchisch. Dem Minister ist es nicht geglückt, das Verbot zu rechtfertigen. Das beste Mittel, die Disziplin der Schutzleute zu fördern, ist die Stärkung des Vertrauens zu den Vorgesetzten. Im Interesse der Beamtenschaft und der Gerechtigkeit bitte ich um Annahme unseres Antrages. (Beifall bei der Volkspartei.)

Minister v. Dallwitz:

Das Verbot des Berliner Polizeipräsidenten ist nach dem Vereinsgesetz zulässig gewesen. Von einem disziplinarischen Vorgehen gegen den Versammlungsvorsitzenden wurde abgesehen; aber im Interesse des Dienstes mußte seine Versetzung erfolgen. Es war eine grobe Verfehlung, daß sich trotzdem ein zweiter Beamter gefunden hat, der das Verhalten jenes Vorsitzenden wiederholte. Die

Arreststrafe

gegen diesen Beamten wurde deshalb verhängt, weil er bei seiner Vernehmung erklärte, er wäre nicht verpflichtet, Rede und Antwort zu stehen, und jede Auskunft verweigerte. Im Interesse der Disziplin kann eine 6000 militärisch organisierte Personen umfassende Vereinigung nicht geduldet werden. Das ist selbstverständlich. Es ist überflüssig, den Polizeipräsidenten von Berlin gegenüber den persönlichen Angriffen des Abg. Liebknecht in Schutz zu nehmen. Ich stelle fest, daß Herr v. Jagow in jeder Beziehung, vor allem durch seine Energie und Initiative und durch seine Unzugänglichkeit gegenüber äußeren Einflüssen, die erforderlichen Eigenschaften in sich vereinigt. (Beifall rechts.) Der Abg. Liebknecht möge seine Verunglimpfungen des Berliner Polizeipräsidenten besser außerhalb dieses Hauses wiederholen, denn bei mir wird er stets die Nichtachtung finden, die seine Ausführungen verdienen. (Lebhafter Beifall rechts. Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Die Debatte wird durch einen Schlußantrag geschlossen.

Abg. **Otto** (Vp.):

Durch den Schluß der Debatte ist es mir unmöglich geworden, zu der Petition wegen des Sicherheitsdienstes in Charlottenburg einige zustimmende Worte zu äußern.

Abg. Dr. **Liebknecht** (Soz.):

Der Schluß der Debatte war etwas Außergewöhnliches. Der Minister hat als letzter gesprochen und, wie Sie zugeben werden, sehr scharfe Angriffe gegen mich erhoben. Daß Sie es nun mir als Abgeordneten unmöglich machen, auf diese Angriffe zu erwidern, zeigt, welchen Begriff Sie von der Wahrung der Würde der Mitglieder der Hauses haben. (Großer Lärm rechts, — Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Hirsch** (Soz.)

[zur Geschäftsordnung]: Durch den Schluß der Debatte ist es mir unmöglich gemacht, auf die Petition wegen des Sicherheitsdienstes in Charlottenburg einzugehen. Ich bin der Meinung, daß auch ohne Vermehrung der Schutzleute die Sicherheit in Charlottenburg gefördert werden könnte, wenn die Schutzleute nicht für so viele andere Dinge als den Sicherheitsdienst verwendet würden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Nach einem unwesentlichen Wortwechsel zwischen dem Abg. Just (natl.) und Cassel (Vp.) wird der Antrag betreffend die Bekämpfung der Unsittlichkeit mit den Stimmen der Rechten, des Zentrums und der Nationalliberalen gegen Sozialdemokraten, Fortschrittler und Polen angenommen.

Der fortschrittliche Antrag betreffend das Verbot der Vereinigung der Berliner Schutzleute wird gegen die Stimmen der Fortschrittler, Polen und Sozialdemokraten abgelehnt. (Als auch das Zentrum gegen diesen Antrag stimmt, ertönen Rufe von links: das Zentrum ist umgefallen.)

Die Budgetkommission hat bei den einmaligen und außerordentlichen Ausgaben „die Einrichtung einer Druckerei bei dem Polizeipräsidium in Berlin" nicht bewilligt.

Ein Regierungsvertreter

teilt mit, daß die Regierung jetzt darauf verzichte.

Abg. **Graef** (k.)

befürwortet den Beschluß der Budgetkommission. Wir müssen mit der Errichtung staatlicher Betriebe sehr vorsichtig sein, um nicht ohne Not dem privaten Gewerbe Konkurrenz zu machen.

Abg. **Wenckebach** (V.)

schließt sich den Ausführungen des Vorredners an. Staatsbetriebe arbeiten im allgemeinen teurer als private. Die Ablehnung liegt im Interesse des Mittelstandes.

Abg. **Bacmeister** (natl.)

spricht sich im gleichen Sinne aus.

Abg. **Adolf Hoffmann** (Soz.):

Ausnahmsweise stimmen wir diesmal mit den bürgerlichen Parteien überein. Aber nicht, weil wir gegen Staatsbetriebe sind, Sie (nach rechts und zu den Nationalliberalen) widerstreben ja jedem Staatsbetriebe. Wir werden später noch darüber zu sprechen haben. Sie behaupten fälschlich, daß Staatsbetriebe teurer als Privatbetriebe arbeiten. Das liegt zumeist nur an der falschen Organisation. Also nicht weil es sich um einen Staatsbetrieb handelt, lehnen wir eine eigene Druckerei im Polizeipräsidium ab, sondern weil wir befürchten müssen, daß dort Dinge gedruckt und geheimgehalten werden, die

das Tageslicht zu scheuen

haben. Es ist ja bekannt, mit welchen Mitteln die Polizei gegen die sozialdemokratische Arbeiterbewegung zur Zeit des Sozialistengesetzes vorgegangen ist. Ja, die Polizei selbst hat bekanntlich anarchistische Blätter unterstützt, um auf diese Weise Mittel zur Unterdrückung der Arbeiterbewegung in die Hände zu bekommen. Weil wir fürchten, daß zu solchen und ähnlichen Zwecken die eigene Druckerei im Polizeipräsidium mißbraucht werde, verweigern wir die Mittel. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Das Haus tritt dem Beschluß der Budgetkommission bei.

Bei dem Titel „Polizeiwachtmeister" spricht

Abg. Dr. **Liebknecht** (Soz.):

Der Minister hat seine lebhafte Entrüstung über das disziplinarwidrige Verhalten der beiden nachher bestraften Beamten ausgesprochen. Wir sind keine Feinde der Disziplin, glauben aber, daß die freie Disziplin die einzig richtige ist! Der Minister hat aber keinen Anstand genommen, die Disziplinarstrafen gegen diese Schutzleute in aller Oeffentlichkeit zu erörtern, nicht nur den Tenor, sondern auch die Gründe.

Vizepräsident Dr. **v. Krause**:

Die Frage der Disziplinargewalt ist bereits im vorigen Titel behandelt worden.

Abg. Dr. **Liebknecht** (fortfahrend):

Bei dem Titel „Schutzleute" muß ich auch die Angelegenheiten der Schutzleute behandeln.

Vizepräsident Dr. **v. Krause**:

Uebungsgemäß ist die grundsätzliche Frage der Disziplinargewalt bei dem ersten Titel behandelt worden. Eine ordnungsmäßige Geschäftsführung ist nicht möglich, wenn bei jedem Titel dieselbe Sache behandelt werden kann. Das ist Ihnen auch bekannt.

Abg. Dr. **Liebknecht** (fortfahrend):

Der Vorredner hat bei dem Titel „Druckerei" auch ausführlich alle möglichen Verhältnisse erörtert.

Vizepräsident Dr. **v. Krause**:

Diese Kritik ist nicht berechtigt. Die Herren haben sich an das Thema gehalten und allerdings ausführlich die Zweckmäßigkeit des Staatsbetriebes erörtert. Sie gehen auf etwas ein, das schon erledigt ist. Trotzdem habe ich Sie nicht sofort unterbrochen.

Abg. Dr. **Liebknecht** (fortfahrend):

Nur mit wenigen Sätzen will ich darauf hinweisen, wie unvereinbar es ist, daß der Minister die Disziplinarstrafen dieser Beamten öffentlich erörtert, sich aber grundsätzlich weigert, über Disziplinarstrafen des Herrn v. Jagow oder eine sonstige Ahndung des Kreuzzeitungs-Briefes auch nur ein Wort zu sagen. Das ist ein Beweis dafür, daß die unteren Beamten nicht mit gleichem Maße gemessen werden und ihnen eine andere Art Ehrgefühl beigemessen wird als den höheren Beamten. Der Polizeipräsident ist allerdings unzugänglich gegen Einflüsse von unten, aber nicht gegen die von oben.

Vizepräsident Dr. **v. Krause**:

Halten Sie sich jetzt, bitte, an das Thema: Polizeiwachtmeister und Schutzmänner.

Abg. Dr. **Liebknecht** (fortfahrend):

Die Schutzleute klagen über schlechte Behandlung. Wir müssen einen humanen Polizeipräsidenten für Berlin haben. Dem Herrn Minister dürfte bekannt sein, daß vor einiger Zeit in der Presse die Behauptung aufgestellt wurde,

daß Herr v. Jagow vor längerer Zeit in einer süddeutschen Stadt bei einer Vernehmung dem vernehmenden Richter mit der Faust ins Gesicht geschlagen hat und deswegen zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt wurde (Hört! hört! links.), **welche Strafe ihm allerdings im Gnadenwege erlassen sein soll.**

(Vizepräsident Dr. v. Krause: Der Polizeipräsident von Berlin steht hier nicht mehr zur Verhandlung. Ich rufe Sie zur Sache.) Es dürfte unumgänglich nötig sein, daß sich der Minister darüber äußert, ob diese Nachricht zutrifft, die von so vertrauenswürdiger Seite — nämlich von einem Abgeordneten der Rechten dieses Hauses herrührt! Handelt es sich dabei um den Berliner Polizeipräsidenten v. Jagow? Die Schutzleute und das Publikum haben doch ein Interesse daran, daß der Polizeipräsident ein Mann sei, der die Gesetze achtet. (Vizepräsident Dr. v. Krause ruft den Redner zum zweitenmal zur Sache und macht ihn auf die geschäftsordnungsmäßigen Folgen aufmerksam.) Es muß sich aus dem Strafregister ergeben, ob Herr v. Jagow diese Vorstrafe hat und trotzdem jetzt auf diesen verantwortungsvollen Posten gestellt ist. Ich bitte also um Antwort.

Das Kapitel wird bewilligt.

Zum Kapitel

„Polizeiverwaltung in den Provinzen"

verlangt ein Antrag der Abgg. Graf v. d. Groeben, v. Hennings-Techlin (k.), Lippmann (Vp.) gesetzliche Regelung der neuvorpommerschen Stadtrezesse, d. i. der dort an Stelle von Städteordnungen bestehenden alten Verordnungen.

Nach der Begründung durch den Abg. **v. Hennings-Techlin** (k.) erklärt ein Regierungskommissar, daß die Vorarbeiten zu einer Gesetzesvorlage in Angriff genommen worden sind.

Abg. **Lippmann** (Vp.):

Die Verwaltung der kleinen Städte in Neuvorpommern und Rügen wird vielfach noch gehandhabt wie zur Zeit der schwedischen Herrschaft. Die Magistrate kooptieren sich einfach. Es ist vorgekommen, daß ein Stadtkämmererposten nicht wieder besetzt wurde und die Magistratsmitglieder das Gehalt unter sich verteilten. (Heiterkeit.) Solche vorsintflutlichen Zustände bedürfen doch schleuniger Aenderung.

Abg. **Hue** (Soz.)

begründet einen sozialdemokratischen Antrag, der die Regierung auffordert, mit Rücksicht auf die im Prozeß Sollmann in Köln gerichtlich festgestellten Mißbräuche eine Untersuchung einzuleiten, ob auch bei anderen Polizeiverwaltungen ähnliche Mißstände beständen und dem Abgeordnetenhause das Ergebnis der Untersuchung und die behufs Beseitigung der Mißbräuche etwa getroffenen Maßnahmen mitzuteilen. Der Minister scheint noch kein rechtes Bild von den Kölner Zuständen zu haben. Mein Parteifreund Sollmann hat sich loyalerweise bemüht, möglichst wenig Personen an die Oeffentlichkeit zu zerren und sich mit einigen typischen Beispielen begnügt, weil es ihm darauf ankam, das System auszurotten. Durch die Beweisaufnahme ist im vollen Umfange festgestellt worden, daß von 1906 bis 1912 über 4000 bis annähernd

5000 Mark jährlich

zur beliebigen Verteilung an die Polizeibeamten von Privatpersonen zur Verfügung gestellt wurden. Große Blätter, wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" und die „Kölnische Zeitung" haben eine Aenderung des ganzen Systems verlangt. Den unteren Beamten werden allerdings viel zu unzulängliche Gehälter bezahlt, mit denen sie in dem teuren Westen nicht auskommen können. Daß man in der Bevölkerung jetzt noch immer mißtrauisch ist, liegt darin, daß im Prozeß Hannemann die Beweisaufnahme nicht im vollen Umfange stattfand, weil der Staatsanwalt erklärte, er wolle die Behauptungen der Verteidigung im großen und ganzen als wahr unterstellen. Jedenfalls hätte Sollmann eher eine Belohnung, als eine Strafe verdient. Wenn der Kölner Polizeipräsident wirklich von all den Dingen nichts gewußt hat, die sich die Spatzen von den Dächern pfiffen, dann hat er damit den Beweis seiner Unfähigkeit erbracht.

Im Interesse der Polizei selber ersuchen wir Sie, unseren Antrag anzunehmen. Eine ganze Reihe von Fällen sind in dem Kölner Prozeß nicht zur Sprache gekommen; es liegen aber noch viel mehr Fälle vor. Der Redner bringt einen Fall vor, in welchem ein früherer Polizeiwachtmeister Conrad, der bereits vor vielen Jahren dieselben Anklagen aussprach, wie sie jetzt vom Redakteur Sollmann erhoben wurden, wegen geistiger Minderwertigkeit aus dem Dienst entlassen wurde. Der Prozeß hat das Zutreffende seiner Anklagen erwiesen. Unter anderem hatte er angegeben, daß in mehreren Fällen die Erhebung einer Anklage unterdrückt wurde und daß solche Unterdrückung der Anklage mit klingender Münze bezahlt wurde. Von einigen dieser Fälle hat der Minister seit längerer Zeit Kenntnis gehabt und es ist dringend nötig, daß hier jetzt

ein großes Reinemachen

stattfindet. Wenn man fragt, warum auf einmal so spät und in so großer Zahl derartige Mißstände an die Oeffentlichkeit kommen, so ist der Grund dafür, daß es sehr gefährlich ist, gegen die Polizei als Ankläger aufzutreten. Als z. B. erst jüngst ein Verhafteter, der auf der Polizeiwache in Neukölln so mißhandelt wurde, daß man sein Wehgeschrei auf der Straße hören konnte, gegen die Beamten ein Verfahren einleitete, wurde gegen ihn die Anklage wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt erhoben. Man fürchtet sich, mit der Polizei anzubinden. Und gerade diese Furcht ist die stärkste Quelle der Korruption. Die Mißstände, wie sie der Prozeß Sollmann aufgedeckt hat, kommen nicht in Köln allein vor. Derartige Konzessionsschiebereien gibt es fast an jedem Ort. In dem bekannten Mädchenhändlerprozeß in Myslowitz wurde sogar ein Fall erwähnt, in welchem derartige Zuwendungen an Polizeibeamte auf dem Umwege über das Ministerium des Innern erfolgt sind. Es ist gerade im Interesse der Mehrheit der ehrlichen und anständigen Polizeibeamten, daß sie durch ein Eingreifen der Regierung von dem Verdachte gereinigt werden, der durch das Treiben der minderwertigen Polizeiorgane auf sie fällt. Wir sind durchaus der Meinung, daß es sehr viele unter den Polizeibeamten gibt, die ihre schwere Arbeit pflichttreu verrichten. In einem Prozeß in Essen wurde festgestellt, daß ein Polizeiassessor Ansch die Mitgliederlisten des Steigerverbandes dem Zechenverband verschafft hat, wofür er von diesem angeblich 1900 Mark erhalten habe. 600 Unterbeamte wurden nach diesem Verrat gemaßregelt, entlassen oder gezwungen, aus dem Steigerverband auszutreten und in ihren Gehältern gestürzt. Wie reimt sich das zusammen mit der flehentlichen Bitte um Schutz der persönlichen Freiheit, die der Abg. Fuhrmann vor einigen Tagen hier ausgesprochen hat. Die Freunde des Abg. Fuhrmann sind es doch gerade, die dem Zechenverbande angehören. Wir glauben, daß es den Herren nicht ehrlich um die persönliche Freiheit der Angestellten und Beamten zu tun ist. Dieser ganze

Handel des Zechenbesitzerverbandes mit der Essener Polizeiverwaltung

ist viel schlimmer als die ganze Konzessionsschieberei in Köln. Zwar hat der Regierungspräsident das Verhalten der Polizeibeamten scharf gemißbilligt, aber der Herr Ansch ist billig mit einer Disziplinarstrafe von sage und schreibe 00 M. weggekommen. Das steht in keinem Verhältnis zu der Größe seiner strafbaren Handlung, durch die er die Existenz zahlreicher Arbeiter gefährdet hat. Es wurde auch nachgewiesen, daß ein Polizeispitzel in das Bureau des Steigerverbandes eingebrochen ist, um sich die Liste zu verschaffen. Dieser Spitzel wird erheblich besser bezahlt, als der brave Schutzmann, der in Wind und Wetter seine Pflicht tut. Wir müssen die Frage stellen, ob auch sonst Polizeiverwaltungen anderen Unternehmerverbänden ähnliche Dienste leisten. Der Redner führt eine Reihe von Fällen an, in welchen Arbeiter zur Herausgabe von Mitgliederlisten durch Polizeibeamte mit Geld angestiftet wurden. Es ist doch selbstverständlich, daß nur die Unternehmer ein Interesse an solchen Mitteilungen haben können und zu diesem Zwecke mit der Polizei in Verbindung treten. Zu solchen Diensten bedienen sich die Polizeiverwaltungen sehr oft verbrecherischer Elemente, von denen die Polizei weiß, daß sie vorbestraft sind. Ich werde meine Immunität als Abgeordneter benutzen, um das, was ich hier sage, auch draußen zu wiederholen. Derartige Gesinnungslumpen sind die Elemente, die man auf uns los läßt. Bei einer Haussuchung wurden unter schwerem Mißbrauch der Amtsgewalt die Mitgliederlisten des Transportarbeiterverbandes mit auf die Polizei genommen. Bald darauf erfolgte eine Maßregelung zahlreicher Mitglieder des Transportarbeiterverbandes. Da fragt man sich doch: Wer bezahlt denn eigentlich die ganze Geschichte? Als daraufhin von unserer Seite von einer Polizeikorruption, von einem Polizeisumpf, von einem Panama gesprochen wurde, erfolgte keine Anklage dagegen. Da ist es doch wohl Zeit, daß sich der Minister einmal mit dieser Angelegenheit gründlich befaßt. Selbst bürgerliche Blätter, wie die „Kölnische Volkszeitung", der „Deutsche Kurier" und sogar „Die Post", haben anläßlich des Kölner Prozesses von einem schweren Uebel gesprochen, das man mit der Wurzel ausrotten müsse. Um nichts anderes bitte auch ich. Es ist dringend erforderlich, hier die bessernde Hand anzulegen. Wenn Sie das wollen, so müssen Sie unserem Antrage zustimmen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ministerialdirektor **Freund**:

Der Minister bedauert die Vorgänge, die in Köln vorgekommen sind. Wir haben alles getan, um die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Die Integrität einer Verwaltung ist nicht danach zu beurteilen, was in ihrem Bereiche irgendwo geschieht, sondern danach, wie die Verwaltung auf das Geschehene reagiert. Der frühere Polizeibeamte, den der Abg. Hue angeführt hat, verdient nicht das Maß von Glaubwürdigkeit, wie die Quelle, auf die die Regierung sich stützt. Dennoch sind wir nicht an seinen Berichten vorbeigegangen. Ich leugne nicht, daß ein Teil seiner Anschuldigungen an das Ministerium gegangen sind. Daraufhin sind Bestrafungen erfolgt und Maßregeln zur Verhütung ähnlicher Vorkommnisse. Ueber den Myslowitzer Fall kann ich heute noch nicht sprechen, weil noch kein Bericht vorliegt. Eines Antrages hätte es nicht bedurft, um die Regierung an ihre Pflicht zu erinnern. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Wagner-Breslau** (fk.):

Der Vorschlag, die Polizeigehälter zu erhöhen, um Bestechungen vorzubeugen, kann nichts helfen. Die Sozialdemokraten werden selbst keine Hoffnung auf die Annahme ihres Antrages durch die bürgerlichen Parteien haben. Die Polizeikommissare müßten eine längere Prüfungszeit durchmachen und die Verwaltung müßte zentralisiert werden. Der Antrag der Sozialdemokraten ist eigentlich eine Inkonsequenz. Was liegt ihnen denn an einer Besserung unserer Verhältnisse?

Ministerialdirektor **Freund**:

Der Anstellung von Polizeibeamten von einer Zentralstelle aus stehen wesentliche Bedenken entgegen.

Abg. **Heins** (Wirtsch. Vg.)

verlangt Maßnahmen gegen die Bars in Kassel, in denen geradezu skandalöse Zustände herrschen. Auch gegen die Kinos muß die Polizei vorgehen, da diese Vorstellungen viel gefährlicher sind als die Schundliteratur. Die Regierung muß den Verderbern unseres Volkstums entgegentreten. Im Falle Zabern waren es die Juden, die den Reichstag bloßstellten: der Bankbeamte Kahn, der früher Kohn hieß, der Kaufmann Aron, der Landgerichtsrat Kalisch usw. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ihr Lachen zeigt, daß ich ins Schwarze getroffen habe. Die Einwanderung russischer Juden muß verhindert werden. Ich stimme mit den anständigen Juden darin überein, daß die östlichen Juden die minderwertigsten sind. Ferner muß die Polizei dafür sorgen, daß die Juden, die ihre Namen in christliche geändert haben, wieder ihren ursprünglichen Namen annehmen. (Präsident Graf Schwerin-Löwitz: Sie trauen der Polizei doch etwas viel zu! Heiterkeit.) Wir fordern entschlossenen Kampf der Regierung gegen das Volk Israel. (Allgemeine Heiterkeit.) Wir können die ausländischen Juden entbehren, denn der Inlandbedarf ist gedeckt. (Stürmische Heiterkeit.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr.

Schluß 5 Uhr.

Parlamentarisches.

Der Kampf um die Sonntagsruhe.

In der Sonntagsruhekommission des Reichstags wurden am Donnerstag alle sozialdemokratischen Anträge abgelehnt, die bezweckten, die Grenze für die Einwohnerzahl der Städte, in denen nach den Beschlüssen der bürgerlichen Kompromißmehrheit nach wie vor Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe gestattet sein soll, herabzusetzen. Die Beschränkung der Sonntagsarbeit auf Gemeinden unter 10 000 Einwohnern fand ebenso wenig Gnade vor den Augen der vereinigten bürgerlichen Parteien, wie die Beschränkung auf 25 000 Einwohner, die die Regierung empfohlen hatte, oder die auf 50 000 Einwohner, die das Zentrum eine Zeitlang beantragt hatte. Mit 18 gegen die 11 Stimmen der Sozialdemokratie, des Grafen Posadowsky, des Abgeordneten Marquardt und des Christlichsozialen brachten das Zentrum, der Freisinn und die Nationalliberalen alle Versuche der Arbeitervertreter zum Scheitern, für die Angestellten mehr herauszuholen, und es blieb dabei, daß die Sonntagsruhe nur für die etwa 70 Städte mit über 75 000 Einwohnern eintreten soll. Ein konservativer Antrag und ein ähnlicher des rheinischen Zentrumsabgeordneten Astor wollten sogar noch die großstädtische Sonntagsruhe durch zweistündige Oeffnung der kleinen Geschäfte verderben. Das wurde nach lebhafter Bekämpfung durch den Genossen R. Schmidt gegen 6 Stimmen abgelehnt, aber der freisinnige Abgeordnete Doormann stellte auch hier noch einen Umfall für die zweite Lesung in Aussicht, weil Königshütte in Oberschlesien demnächst über 75 000 Einwohner steige und den dortigen kleinen Geschäftsleuten auch geholfen werden müsse.

Dann begann man die Dauer der erlaubten Beschäftigungszeit für die Städte von unter 75 000 Einwohnern zu diskutieren. Unsere Genossen haben dazu beantragt, von den drei bis fünf Stunden des bürgerlichen Kompromißantrages auf zwei Stunden, und zwar auf zwei zusammenhängende, spätestens 1 Uhr mittags beendete, herunter zu gehen und dafür den so beschäftigten Angestellten einen Wochentagsnachmittag freizugeben. Die Abgg. Bender und Dr. Quarck (Soz.) begründeten diese Sicherung weitgehender Sonntagsarbeit eingehend. Eine amtliche und erschöpfende Darstellung sämtlicher deutscher Ortsstatute über Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe soll auf Antrag unserer Genossen endlich bis zur nächsten Sitzung gedruckt den Kommissionsmitgliedern ausgehändigt werden.

Wieder ein ungültiges Reichstagsmandat.

In der Sitzung der Wahlprüfungskommission wurde am Donnerstag auf Grund des vorhandenen Beweismaterials endgültig beschlossen, dem im Wahlkreis Magdeburg 2 gewählten Konservativen Hoesch die auf ihn im Machtbereich der Amtsvorsteher, die den konservativen Wahlaufruf unter Beifügung des Amtstitels unterschrieben haben, entfallenen Stimmen in Abzug zu bringen. Damit ist die Mehrheit für Hoesch erschüttert und die Ungültigkeitserklärung der Wahl in der Kommission wie auch im Plenum des Reichstages sicher zu erwarten. In dem nationalliberalen Wahlprotest wird noch behauptet, daß das konservative „Intelligenzblatt" in Stendal ein Flugblatt mit gefälschten Unterschriften der sozialdemokratischen Vertrauensleute versehen zur Stichwahl herausgegeben habe, in der Absicht, die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei zu täuschen. Weiter wird behauptet, daß die Leitung des genannten Blattes der sozialdemokratischen Wahlleitung 5000—10 000 Mark Beitrag zu den Wahlkosten angeboten habe, wenn Stimmenthaltung zwischen Hoesch und dem Nationalliberalen Fuhrmann veranlaßt würde. Die sozialdemokratische Wahlleitung hatte dieses Angebot abgelehnt. In einem an die „städtischen Gewerbetreibenden" gerichteten Flugblatt, das auch der Kommission vorlag, drohte „die große Mehrheit der Landwirte im Wahlkreise Osterburg-Stendal" den Gewerbetreibenden den Boykott an, wenn sie den konservativen Kandidaten durchfallen lassen.

R. M. Maassen G.m.b.H.

Spezial-Angebote unseres Stammhauses Am Oranienplatz

Hochbahnstation Kottbuser Tor.

Sonnabends geöffnet bis 9 Uhr.

Kostüme

Wir haben einige ganz besonders preiswerte Kostüme hergestellt, die in marine, blau und gemusterten Stoffen in neuesten Fassons unsere Leistungsfähigkeit darstellen.

17⁵⁰ 25⁰⁰ 32⁰⁰ 42⁰⁰ 54⁰⁰ 65⁰⁰

Kleider

Garnierte Kleider in modernen Stoffen sind in den neuesten Frühjahrsfassons in großer Auswahl vorrätig. Unerreicht billige Preise.

14⁵⁰ 19⁵⁰ 27⁵⁰ 34⁵⁰ 48⁰⁰ 59⁰⁰

Mäntel

In diesem Artikel unterhalten wir ein enormes Lager. Unsere Selbstfabrikation bietet Gewähr für die billigsten Preise.

12⁵⁰ 19⁵⁰ 26⁰⁰ 35⁰⁰ 46⁰⁰ 57⁰⁰

Kinder-Kleidung

Knaben-Anzüge u. Paletots — Neue preiswerte Fassons. 6⁵⁰ 9⁵⁰ 12⁵⁰

Mädchen-Kleider u. Mäntel — Neue preiswerte Fassons. 6⁹⁰ 8⁷⁵ 11⁷⁵

Blusen

Einige Tausend Blusen in allen Stoffarten, von der einfachsten Hausbluse bis zur elegantesten Gesellschaftsbluse bieten eine sehr reiche Auswahl. Unsere Extra-Angebote sind beachtenswert.

2⁹⁰ 4⁵⁰ 6⁷⁵ 9⁷⁵ 11⁵⁰ 14⁵⁰

Sonntags von 12—2 Uhr geöffnet.

Zur Einsegnung

Schwarze und blaue Anzüge

Cheviot, Kammgarn-Cheviot, Tuch-Kammgarn, Corkscrew, Melton-Cheviot, je nach Qualität

M. 11.- 15.- 17.- 20.- 30.- 36.- 40.- 45.-

Prüfungs-Anzüge

modernste Stoffe, große Farben- u. Musterauswahl

M. 10.- 14.- 18.- 21.- 26.- 31.- 35.- 38.- 40.-

Sehr preiswert: Oberhemden, Kragen, Servileurs, Manschetten, Handschuhe, Hüte, Krawatten, Hosenträger u. s. w.

Jeder Käufer eines Einsegnungs-Anzuges erhält reizende Beigaben

Ball- u. Gesellschafts-Kleidung für Herren

Cutaway u. Westen	27.-	33.-	40.-	50.-
Smoking-Anzüge	40.-	50.-	60.-	80.-
Gehrock-Anzüge	40.-	55.-	65.-	85.-
Frack-Anzüge	40.-	60.-	70.-	90.-

Baer Sohn

Spezial-Haus größten Maßstabes für Herren- u. Knaben-Kleidung

Berlin — Gegründet 1891

Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11

Gr. Frankfurter Str. 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Hauptkatalog Nr. 45 (Neueste Moden) kostenfrei

Sonntag nur von 12–2 geöffnet

Sonntag nur von 12–2 geöffnet

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig. Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Pfandleihhaus Hermannplatz 6. Spottbilliger Bettenverkauf. Wäscheverkauf. Gardinenverkauf. Teppichverkauf. Goldwarenlager. Riesenauswahl Herrengarderobe. Sonntagsverkauf ebenfalls. *

Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischdecken! außergewöhnlich billig! Vorwärtsleser 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Brünn, Hackescher Markt 4 (Bahnhof Börse). Sonntags geöffnet. *

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen 25—60 Mark, Hosen 6—18 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. *

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes. Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

Bettenstand 9,—. Brunnenstraße 70, im Keller. 1200K*

Schuhmachermeister, strebsam und fleißig, erhalten Schuhwaren in Kommission unter den günstigsten Bedingungen. Offerten unter „G. 305" an Büttners Annoncenbureau, Rosenthalerstraße 42. 246/1

Teppich-Thomas, Oranienstr. 44 farbfehlerhafte Teppiche spottbillig; Gardinen, Steppdecken, Tischdecken halben Preis. Vorwärtslesern 5 Prozent Extrarabatt. 785K*

Nähmaschinen, gebrauchte, in allen Systemen billigst, schon von 10 Mark an. Bellmann, Gollnowstraße 26. 296K*

Gaskronen, dreiflammig, komplett 7,50, Gaszuglampen 6,00, Hängelichtpendel 4,00, Gaslyren 2,40, Gaswandarme 1,50. Kronenlager, Große Frankfurterstraße 92, Reinickendorferstraße 120, Schönhauser Allee 121, Neukölln, Berlinerstraße 102. 1103K*

Monatsanzüge und **Winterpaletots von 5 Mark** sowie Hosen von 1,50, **Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50**, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Nah, Mulackstraße 14. *

Hobelbänke, Werkzeug. Schumann, Markusstraße 48. 24/20

Teppiche (Farbenfehler) spottbillig. Fabriklager Mauerhoff, Große Frankfurterstraße 9, parterre. „Vorwärts"-Leser zehn Prozent Extrarabatt! 1236K*

Kinderwagen! Teilzahlung! 0,50 wöchentlich an! Riesenauswahl! Spottbillig! Richardi, Warschauerstraße 80. 2137K*

Leihhaus Moritzplatz 58a: kaufen Sie spottbillig von Kavalieren wenig getragene sowie im Versatz gewesene Jacketts, Rockanzüge, Ulster, Paletots, Serie I: 10—18, Serie II: 20—30 Mark, größtenteils auf Seide. Gelegenheitskäufe in neuer Maßgarderobe, enorm billig. Riesenposten Kleider, Kostüme, Plüschmäntel, auf Seide, früher bis 150, jetzt 20—35 Mark. Große Posten Pelzstolas in Skunks, Marder, Nerz, Füchsen, früher bis 200, jetzt 20—75 Mark. Große Auswahl in Herren-Gehpelzen, Gelegenheit in Damen-, Reise-, Wagenpelzen. Extra-Angebot in Lombard gewesener Teppiche, Gardinen, Portieren, Betten, Wäsche, Uhren, Brillanten, Goldwaren enorm billig nur Moritzplatz 58a I. 1941K*

Teilzahlung, 0,50 wöchentlich Gardinen, Portieren, Teppiche, Steppdecken, Tischdecken, Möbel, Bilder, Gaskronen, Herren-, Damen-, Kindergarderobe usw. Kredithaus Luisenstadt, Köpenickerstraße 77/78, Ecke Brückenstraße, am Bahnhof Jannowitzbrücke. 2151K

Kastenwagen, Klappstuhl verkauft Ragotzki, Schillerpromenade 39. †64

Daber'sche Eßkartoffel, frei Haus, Zentner 2,50. Reutner, Lohmühlenstraße 26. 9635

Geschäftsverkäufe.

Zigarrengeschäft zu verkaufen. Müllerstraße 38a. Auskunft erteilt Max Ziegenhals, Neue Königstraße 70.

Eckdestillation, Partei- und Gewerkschaftsverkehr, Verzug nach außerhalb. E. F. Postamt 28. †89

Kleine Gießerei mit Metallhandel und Lötzinnschmelzerei sofort billig zu verkaufen. Baade, Wassertorstraße 69. 9675

Restauration. Vorgarten, am Kirchhof, Verkehrsstraße, anschließende Wohnung. Preis 2000, 25 Helle, viel Kaffee. Postlagerkarte 11, Postamt 20.

Grünkramgeschäft, gutgehend, billig Bastianstraße 14. †

Restauration wegen Todesfall billig zu verkaufen Koloniestr. 137. †

Möbel.

Bequem. Möbel für Stube und Küche, geringste Anzahlung, kleine Raten. Ehrlich, Alte Schönhauserstraße 32. 2028K*

Bildschöne vollständige Wohnungseinrichtung, noch neu, fabelhaft billig bei Glas, Rosenthalerstraße 57, vorn III. (Gewerblich). Händler verbeten.

Nußbaummöbel. Stube, Kücheneinrichtung, billig verkäuflich. Büschingstraße 20 im Zigarrengeschäft. *

Vermietet gewesene Möbel aller Art. Plüschgarnituren spottbillig. Ratenzahlung. Möbel-Vermietungs-Zentrale, Lützowstraße 95. 23/7*

Geldheirat nicht mehr nötig. Ich liefere zu Kassenpreisen bei geringster Anzahlung und kleinsten Raten nach Vorschlag der Käufer komplette Wohnungseinrichtungen sowie Einzelmöbel unter langjähriger Garantie. Stube und Küche 180,— an, zwei Stuben und Küche 230,— an. Gebrauchte und zurückgesetzte Möbel, fast neu, besonders billig. Bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, Aussperrung, Streik selbstverständliche Rücksicht. Lieferung und Aufstellung frei Wohnung. Nichtgefallendes Umtausch gestattet. Julius Gabbert, Tischlermeister, Ackerstraße 54. Kein Warenkreditgeschäft. *

Möbel (diskret). Auf Teilzahlung liefert Wohnungseinrichtungen, auch Einzelmöbel, bei kleinster Anzahlung und den allerbequemsten Ratenzahlungen. Postlagerkarte 3, Postamt 22. 2629K*

Nußbaum-Wirtschaften unglaublich billig. Moderne Schränke mit Butzenscheiben 55 Mark. Bettstellen mit Matratzen 35 Mark. Bildschöne Küchen 60 Mark. Enorm große Auswahl in vier Etagen. Hans Lennert, Spezialhaus für Gelegenheitskäufe, Lothringerstraße Nr. 55, Rosenthaler Platz. 2064K*

Möbelhandlung Mariannenstraße 25, billige Preise. Teilzahlung gestattet. „Vorwärts"-leser 3 Prozent Rabatt. 890K*

Wohnzimmer für 265 Mark, bestehend aus: modernem Schrank, modernem Vertiko, modernen Bettstellen mit Matratzen, komplett, modernen Stühlen, modernem Spiegel und Sofa nach Wahl; ferner Kücheneinrichtung (siebenteilig) 52 Mark. Sehen Sie sich die Einrichtung vor Ankauf genau an, ohne jede Kaufverpflichtung. Möbel-Ehrlich, Alte Schönhauserstraße 32. 2027K*

Möbel-Nolte, Zionskirchstr. 38/39, 52 Jahre bestehend, liefert komplette Wohnungseinrichtung sowie einzelne Möbel auf Teilzahlung gegen Zinsvergütung. Verliehen gewesene Möbel besonders billig. Kein Abzahlungsgeschäft. 9495*

Möbel ohne Geld! Bei kleiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Osten kauft bei uns. Kretschmann u. Co., Koppenstraße 4. (Schlesischer Bahnhof.) *

80 Ankleideschränke! nußbaum, satin, mahagoni, eiche, weiß, zu denkbar billigsten Preisen! „Möbelhaus" M. Hirschowitz, nur Skalitzerstraße 25. 2147K

478 Mark eine 2-Zimmer-Einrichtung und Küche, trotz bequemster Zahlweise. 2 englische Metallbettstellen, 2 Patentböden, 2 Auflagen und Kissen, 1 echt Nußbaum-Kleiderschrank mit Schnitzerei, 1 Spiegel-Vertiko, echt Nußbaum mit Schnitzerei, 1 Trumeau mit Stufe, modern, 1 Tisch 110×68, vier moderne Stühle, 1 komplette, moderne Küche, siebenteilig, Emaillelack, unter langjähriger Garantie für beste Arbeit, zusammen 478 Mark. Besichtigung verpflichtet nicht zum Kauf. Möbelhallen Höhne u. Co., Moabit, Turmstraße 69. *

Fahrräder.

Damenfahrräder, größte Auswahl, 20,—, 25,— 30,—, 35,—, neue 40,—, 45,—, 50,—, 55,—. Machnow, Weinmeisterstraße 14. 2156K

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, Freilaufrad 28,00, nebst Garantieschein, aufgabehalber. Frankfurter Allee 104, II links. 25/1

Fahrräder, gebrauchte, größte Auswahl Berlins, 10,—, 15,— 20,—, 25,—, neue 30,—, 35,—, 40,— Laufdecken 1,—, 1,50, 2,—, Luftschläuche 1,—, 1,50. Machnow, Weinmeisterstraße 14. 2157K

Freilaufräder, Herrenrad, tadellos 30,—, Damenräder umzugwegen sofort. Kraus, Andreasstraße 54, II.

Kaufgesuche.

Platinabfälle, Gramm 5,60, Altgold, Silber, Zahngebisse, Stanniol, Glühstrumpfasche, Quecksilber kauft höchstzahlend Blümel, Schmelzerei, Auguststraße 19 III.

Goldschmelze kauft höchstzahlend Zahngebisse, alle Metalle. Witwe Rieper, nur Köpenickerstraße 157.

Zahngebisse, Goldsachen, Silbersachen, Platinabfälle, sämtliche Metalle höchstzahlend. Schmelzerei Christionat, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße). 1/1*

Fahrradankauf Weberstraße 42.

Kupfer, Messing, Zink, Zinn, Blei, Stanniolpapier, Goldsachen, Silbersachen, Platin, Quecksilber, Zahngebisse. Metallschmelze Cohn, Brunnenstraße 25. 9395*

Briefmarken, Münzen kauft Großmann, Spandauerbrücke 1b. *

Platinabfälle, alte Goldsachen, Bruchgold, Silber, Gebisse, alte Uhren, Kehrgold, Goldwatten, Quecksilber, Stanniol sowie sämtliche Gold-, Silber-, platinhaltigen Rückstände kauft Groß, Edelmetallschmelze, Berlin, Köpenickerstraße 29. Telephon Moritzplatz 3476. 2164K*

Fahrradankauf. Linienstraße 27.

Damenrad kauft Streese, Andreasstraße 54. 25/3

Kupfer, Messing, Zinn, Platin, Zink, Blei, wie alle Arten Schmelzmetalle kauft Meyer, Elisabethstraße 56. Telephon. 25/5

Lokalredakteur

gesucht!

Für die Redaktion der **„Bremer Bürger-Zeitung"** wird mit Antritt möglichst zum 1. April ein Lokalredakteur gesucht.

Kommunalpolitische Kenntnisse werden in erster Linie zur Bedingung gemacht. Gehalt nach Uebereinkunft.

Bewerbungen mit der Aufschrift **„Lokalredakteur"** sind bis zum 10. März einzureichen an **G. Nagel, Bremen**, Nordstraße 293/95. 282/20

Unterricht.

Unterricht in der englischen Sprache. Für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Zirkel, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen angefertigt. G. Swienty-Liebknecht Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9 Gartenhaus III. 44K*

Verschiedenes.

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 16.

Patentanwalt Bettel, Gitschinerstraße 94a.

Waschanstalt Alschan, Köpenick, Alter Markt 9, wäscht konkurrenzlos billig ohne scharfe Mittel und trocknet im Freien. Abholung sofort. 9665

Fahrräder repariert, emailliert Stolzenberg, Bandelstraße 23. †94*

Verband Berliner Zettelverteiler (früher Linienstraße 77) jetzt Hussitenstraße 16 bei A. Noack. Fernsprecher Norden 10021. Um gütige Aufträge bittet höflichst der Vorstand. †

Vermietungen.

Wohnungen.

Zu vermieten Ein- und Zweizimmer-Wohnungen Sorauerstraße 21.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Klavierstimmer. Fast erblindeter Genosse empfiehlt sich als Klavierstimmer. Hasselbach, Neukölln, Memelstraße 10. *

Stellenangebote.

Saffianfärber, Antikmacher, gesucht Wildenowstraße 5. 9615*

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.